links
SOZIALISTISCHE ZEITUNG

D 1600 E
Offenbach Nr. 256 September 1991
23. Jahrgang **W: DM 6,—/O: DM 4,—**

HEADLINE: Oktober 1990

MN MOSKAU NEWS
Gründungsjahr 1930
Deutschsprachige Ausgabe
C 7963 E

Nr. 10 / Okt. 1990 Diese sowjetische Zeitung erscheint in 9 Sprachen und wird in 140 Ländern verbreitet sfr 2.50 oS 23 hfl 3.40 **2,50 DM**

Droht der Sowjetunion ein Militärputsch?

Am Tag X rollen die Panzer der Roten Armee zum Kreml

Neben *Moskau News* beschäftigt sich dieser Tage auch die angesehene Zeitung *Literaturnaja Gazeta* mit der Frage: droht ein Militärputsch. Gewalt liegt als eine der Möglichkeiten, die tiefe Krise von Wirtschaft und Gesellschaft zu lösen, in der Luft. Sie muß nicht Wirklichkeit werden, aber sie kann es — mit unabsehbaren Folgen für die politische Balance in Europa und soziale Verwerfungen auf dem Kontinent, der sich in einem tiefen Umbruch befindet.

Der Verband radikal-demokratischer Militärangehöriger und Reservisten, *Stschit* (Schild), besitzt Hinweise darauf, daß es in der Sowjetunion einen genauen Plan gibt, wie das Land unter die Kontrolle der Militärs gebracht werden kann. Es ist der Notstandsplan für den Fall der Krise . . . oder des Krieges.

Doch der Putsch ist nicht die einzige Variante der Machtübernahme durch die Militärs. Sie könnten es auch schleichend tun, indem sie, wenig spektakulär in den östlichen Landesregionen beginnend, als eine der wenigen funktionierenden Organe im sowjetischen Staat in die zerrüttete Wirtschaft eingreifen, ihre Transportmittel einsetzen – bis die überall präsenten militärischen Oberkommandos die faktischen Herren in ganzen Regionen und Landesteilen werden. Ganz abgesehen davon, daß ohnehin, auch jetzt, zwischenzeitlich Krisenregionen in den Ausnahmezustand versetzt werden, in den Zustand also, in dem der Plan für den Tag X bereits Anwendung findet.

Lesen Sie das *MN*-Rundtisch-Gespräch von Experten auf den Seiten 4 und 5.

Sovjeticus: Hintergründe des gescheiterten Putsches — Mohssen Massarrat: Krieg am Golf. Ein Jahr danach — Renate Hürtgen: Zwei Varianten eines Grundverhältnisses — Lothar Baier: Rede zum Tod von Traugott König — Hans-Joachim Maaz: Sozialpsychologische Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung

Liebe Leserinnen und Leser,

wohl haben die meisten, nachdem sie am 19.8. vom Staatsstreich in Moskau erfuhren, damit gerechnet, „die Geschichte" präsentiere sich bald und einmal mehr als „Schlachtbank,... auf welcher das Glück der Völker, die Weisheit der Staaten und die Tugend der Individuen zum Opfer gebracht" (Hegel) werden. Daß es anders gekommen ist, hat mit dem Mut eines Teils der Moskauer Bevölkerung, mit der Besonnenheit einiger russischer Politiker und Militärs zu tun, aber natürlich auch mit den realen Veränderungen, die Gorbatschows Politik — trotz ihrer Mängel und Defizite — in den letzten sechs Jahren bewirkt hat. Mehr Achtung als die sehr vorsichtige Haltung der westlichen Regierungen verdienen die viel gescholtenen westdeutschen öffentlich-rechtlichen Medien, die — im Gegensatz zur Desinformation durch frisch gebackene Nahost-„Experten" während des Golfkrieges — kritisch und kompetent berichteten. Sovjeticus, der die Entwicklung der Sowjetunion seit Jahren beobachtet und kommentiert, analysiert den Putsch, seine Hintergründe und die politischen Perspektiven. Konnte die unkontrollierbare Ausweitung des Bürgerkriegs bzw. dessen Überschwappen vom Baltikum und Armenien auf die ganze Sowjetunion verhindert werden, so sieht die Lage im jugoslawischen Bundesstaat trostlos aus; wir dokumentieren das durch ein Gespräch zwischen jugoslawischen Staatsbürgern. Ludi Lodovico untersucht eines der Zauberworte, dem bei „Nationalitäten"-Konflikten eine angeblich klärende Funktion zukommt: die zur Kannibalenparole verkommene Chiffre „nationale Selbstbestimmung".

Es ist nun gerade ein Jahr her, seit Saddam Hussein Kuwait überfallen hat. Mohssen Massarrat, Vera King, Christoph Görg und Michael Scharping ziehen Bilanz zum Krieg am Golf und zur Konfusion, die der Krieg in vielen linken Köpfen verursacht hat.

Die Bilder aus dem Hafen in Bari, in dem Albaner Zuflucht suchten, sind um die Welt gegangen; und die Vision, daß die Armeen der reichen Staaten dereinst als Schutztruppen gegen den Ansturm der Armen und Hungernden aus dem Osten und von der südlichen Hemisphäre eine neue Aufgabe innnerhalb der „neuen Weltordnung" erhalten könnten, ist ein Stück wahrscheinlicher geworden. Das westliche Pharisäertum entpuppt sich hier zur Kenntlichkeit: mit vielen Worten gedachte man dieser Tage — zu Recht — der rund 200 Menschen, die in den letzten 30 Jahren (13.8.1961 - 13.8.1991) an der Mauer zur ehemaligen DDR niedergeschossen wurden. Diese Zahl von Opfern wird an der mexikanisch-nordamerikanischen Mauer — die jetzt technisch aufgerüstet wird — innerhalb von gerade mal zwei Jahren spielend erreicht. Davon spricht (fast) niemand. — Wolf-Dieter Narr und Felix Schneider schreiben über die Asyl- und Flüchtlingsdebatte, die hierzulande zynischerweise jedes Jahr in der Hauptreisezeit angezettelt wird.

Die Redaktion

Liebe Autorinnen und Autoren,

AutorInnen, die zum Erstellen ihrer Artikel mittlerweile einen Computer (MS DOS) benutzen, können uns stark entlasten, wenn sie uns zusammen mit einem Ausdruck ihren Text auch auf Diskette zuschicken (wird auf Wunsch umgehend zurückgeschickt, ansonsten mit dem Belegexemplar).

Dabei ist zu beachten, daß
— Eure 5-1/4- oder 3-1/2-Zoll-Diskette mit einem Label versehen ist, das 1. Euren Namen, 2. den Namen des abgespeicherten Dokuments sowie 3. des verwendeten Textverarbeitungsprogramms* trägt,
— dieselben Angaben auf dem Ausdruck stehen,
— der zur Erfassung verwendete Computer IBM-kompatibel ist (also kein Atari oder Macintosh).

Vielen Dank im voraus.

Eure Redaktion

(* Am besten ist für uns, wenn Eure Texte im ASCI-Format gespeichert sind.)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, Carl-Wilhelm Macke, „Sovieticus"

REDAKTIONSSEKRETÄR: Gerhard Krum (v.i.S.d.P.), Helga Haas-Rietschel

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH
Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG: moskau news

LAYOUT: P.E. Jansen, Claudia Weber

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Oktober-Ausgabe 1991 ist der 19.9.1991

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 6,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.
Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Felix Schneider
Recht auf Asyl **5**

AKTUELL

Wolf-Dieter Narr
Flüchtlinge, Asylsuchende, die BRD und wir **6**

Sovjeticus
Hintergründe des Putsches und politische Perspektiven nach seinem Scheitern **9**

Interview
Von Sarajevo bis Sarajevo **12**

Ludi Lodovico
„Nationale Selbstbestimmung" heute. Vom virtuell revolutionären Prinzip zur Kannibalen-Parole **14**

DOKUMENTATION

Nikolaj Preobrazenskij
Osteuropa — die spöttische Logik der Revolution **30**

THEMA: Sozialstaat BRDDR?

Hans-Joachim Maaz
Sozialpsychologische Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung **16**

Renate Hürtgen
Zwei Varianten eines sozialen Grundverhältnisses **18**

Monika Frommel
Grundrecht auf Schwangerschaftsabbruch **21**

INTERNATIONAL

Mohssen Massarrat
Krise und Krieg am Persischen Golf. Ein Rückblick ein Jahr danach **26**

Patrizia Lombroso
Kommt die große Depression? Armut in den USA **29**

Amato Lamberti
Mit Krawatte und Knarre. Camorra in Neapel **39**

GOLF: Aktuelle Debatte

Vera King / Christoph Görg / Michael Scharping
Deutschland verstehen? **35**

RUBRIKEN

Editorial 2

Nachrufe:
Lothar Baier: Traugott König **24**
Carl-Wilhelm Macke: „Optimisten aber, wie ich einer bin" **34**

Lektüre 4, 41

Termine 42

Cosa Nostra
Abonnement **43**
Buchläden **44**

Neue Wege in der Drogenpolitik

Der Kampf gegen die Drogen wird als große gesellschaftspolitische Aufgabe propagiert, ohne daß die Ursachen des Konsums kritisch hinterfragt werden. Alkohol und Nikotin bleiben legalisiert und eine wichtige Einnahmequelle für den Staat. Gleichzeitig werden andere Drogen illegalisiert. Durch den ,,Krieg gegen die Drogen'' werden die KonsumentInnen stigmatisiert und kriminalisiert. Der Krieg gegen die Drogen ist ein Krieg gegen die KonsumentInnen. Neue Wege in der Drogenpolitik zu finden bedeutet demgegenüber, über einen sinnvollen Umgang mit Drogen nachzudenken, denn Drogen gab es seit Bestehen der Menschheit. Es wird sie auch weiterhin geben. Zu den AutorInnen dieses Buches gehören öffentliche Drogenbeauftragte, MitarbeiterInnen der deutschen AIDS-Hilfe und andere Fachleute. Sie hinterfragen kritisch die Drogenpolitik und -hilfe und zeigen neue Wege auf. Dabei wird auch über Tabuthemen wie Entkriminalisierung und Legalisierung nachgedacht.

Vor dem Hintergrund der neuerlichen Stigmatisierung der Drogengebraucher durch das AIDS-Virus ist das Buch in Zusammenarbeit mit der Deutschen AIDS-Hilfe entstanden. Abgerundet durch ein aktuelles Adressenverzeichnis bietet es wichtige Hilfen und Argumente für Drogenberatungstellen, Betroffene, PolitikerInnen und alle Interessierten.

Es schreiben: Horst Bossong, Alfred Emmerlich, Werner Hermann, Manfred Kappeler, Kurt Kowalsky, Ralf Ludwig, Irmgard Vogt, Ingo Michels, Jürgen Neumeyer, Stephan Quensel, Heino Stöver.

SUSANNE PAPENDORF

Ralf Ludwig/Jürgen Neumeyer (Hrg.)
,,Die narkotisierte Gesellschaft? Neue Wege in der Drogenpolitik und akzeptierende Drogenarbeit''
Schüren, SP-Verlag Marburg, April 1991, DM 19,80

Medellin-Kapitalismus

,,Was die *westliche Zivilisation* in ihrer Peripherie vor allem entwikkelt, ist das negative Gegenstück ihrer selbst.'' Wer diese These, formuliert von *Joachim Hirsch* in seiner Abrechnung mit dem neuen Typus einer *metropolitanen Linken* (s. *links*, 4/91), als die typische Position eines verstockten Linksintellektuellen abqualifiziert, kann auf den Marktplätzen des liberalen Zeitgeistes gewiß sofort seinen Meinungsstand aufmachen. Nichts scheint gegenwärtig gefragter zu sein als ein wortgewandter Nekrolog auf das Ende linker Gesellschaftskritik. Da ist es dann wohl auch müßig, auf ein Buch hinzuweisen, das ausnahmsweise einmal nicht von den Bekenntnissen eines *ehemaligen* Linken handelt. Was der Autor *Alonso Salazar* in seinem Buch ,,Totgeboren in Medellín'' über den Krieg (ja *Krieg*) zwischen den großen Rauschgiftkartellen, dem kolumbianischen Militär und den vielen kleinen Jugendbanden in den verwahrlosten Peripheriequartieren von Medellín berichtet, ist eine einzige Provokation für die Freunde kapitalistischer Weltidylle. Daß insbesondere in Kolumbien, aber auch in Peru, Bolivien, Brasilien und anderen Zonen des *nordamerikanischen Hinterhofes*, ein blutiger Krieg um Anteile auf dem Rauschgiftmarkt und gegen die Armut geführt wird, ist keine Neuigkeit. Man liest gewöhnlich die kurzen Meldungen und nimmt beruhigend zur Kenntnis, wenn mal wieder irgendein ,,Boß'' erschossen oder verhaftet wurde. Das Buch von Salazar, übersetzt und mit einem ausgezeichneten Vorwort versehen von *Werner Hörtner*, bietet die Möglichkeit, einmal über die Schlagzeilen hinaus, die Dramatik der Gewalt in Medllín (und anderen lateinamerikanischen Metropolen) zur Kenntnis zu nehmen. ,,In den letzten Jahren'', schreibt Hörtner in seinem Vorwort, ,,stieg die Zahl der gewalttätigen Delikte in Medellín in erschreckendem Ausmaß an. Allein in den ersten sieben Monaten des Jahres 1990 zählte man 3.300 Mordfälle, sechzig Prozent davon betrafen Jugendliche zwischen elf und zweiundzwanzig Jahren.''

In dem Leben der von Salazar vorgestellten Jugendlichen aus den Slums und Vorstädten Medellíns gibt es anscheinend nur einen Mittelpunkt: die Gewalt. Gewalttätig sind die Lebensverhältnisse, in denen sie aufwachsen und entsprechend roh und gewalttätig sind auch die Mittel, mit denen sie sich durch das Leben (?) schlagen. Moralische Werturteile haben unter diesen extremen Lebensumständen keine Basis mehr. Das verstehen selbst die katholischen Priester. ,,Es ist schwer, die Leute zu verurteilen'', zitiert Salazar einen Pfarrer, ,,denn die Lebensbedingungen sind äußerst prekär (...). Die Jugendlichen verzweifeln, und deshalb werden sie kriminell. Außerdem gaukeln ihnen die Massenmedien jeden Tag vor, daß sie nur das Beste kaufen sollen, Markenware, ein Motorrad oder ein Auto. Und dazu braucht man natürlich Geld. So haben die Werbung und die Capos der Mafia einen bestimmten Prototyp erzeugt, den die Jugendlichen anstreben.''

Der Übersetzer Hörtner schreibt an einer Stelle seiner Einführung: ,,Die Banden der *sicarios* (der bezahlten Killer, CWM) von Medellín sind nicht Ausdruck einer neuen Form von Kriminalität, die mit polizeilich-repressiven Maßnahmen wieder unterbunden werden könnte (...). Eigentlich führen die jugendlichen *sicarios* die Ideologie der freien Marktwirtschaft zu einem — wenngleich absurd erscheinenden — Extrem: Leben und Tod werden ihres moralisch-sozialen Wertes entkleidet und auf ihren Warencharakter reduziert.''

Weltweit, so hörten wir es in den letzten Jahren nach dem Ende des völlig maroden *realen Sozialismus*, gibt es keine Alternative mehr zum ,,erfolgreichen Kapitalismus''. Das Buch Salazars, vor allem aber die Realität, die sich in ihm widerspiegelt, zeigt, wie deprimierend dieser ,,Erfolg'' letztlich ist. Kommt nach dem *Manchester-* jetzt der *Medellín-Kapitalismus*? Anzeichen dafür gibt es ja bereits in den Peripherien der großen europäischen Metropolen.

CARL WILHELM MACKE

Alonso Salazar
,,Totgeboren in Medellín''
Aus dem kolumbianischen Spanisch von Werner Hörtner; Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1991, 142 S.

Keine Bundeswehr in Krisengebiete

Der Bund für Soziale Verteidigung hat in Zusammenarbeit mit ,,Ohne Rüstung Leben'' und ,,Pax Christi'' eine 40seitige Broschüre mit kritischen Beiträgen zu der geplanten Grundgesetzänderung herausgegeben, mit der der Einsatz von Soldaten der Bundeswehr in Krisengebieten ermöglicht werden soll. Die Broschüre untergliedert sich in vier Teile: ● Bundeswehreinsätze im UNO-Rahmen ● Bundeswehr im Ausland, Einsätze im NATO-Rahmen und ,,Bündnisfall'' Golfkrieg ● Übersicht über rechtliche Grundlagen ● Bundeswehr in Krisengebiete: Planungen.

Die Beiträge stammen u.a. von Barbara Müller, Ludwig Stiegler, Jürgen Link, Norbert Gansel, Jo Angerer, Milena Ergen, Hermann Scheer, Matthias Bartke, Edgar Auth, Erich Schmidt-Euboom. Der Preis: DM 5,—, für Wiederverkäufer DM 4,—, gegen Vorauskasse.

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
,,Keine Bundeswehr in Krisengebiete'' Aufsatzsammlung zusammengestellt von Barbara Müller.
Bestellungen an: Bund für Soziale Verteidigung e.V., Friedensplatz 1a, 4950 Minden, Tel.: 06322/5102 Fax: 06322/8314

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Graefestr. 16, 1000 Berlin 61, Tel. 030/6921665 und Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 13, Tel. 030/2166652

Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080

Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/702823

Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308

Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581

Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949

Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006

Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659

Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289

Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597

Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430

Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1

Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698

München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493

Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714

Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022

Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt

Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

KOMMENTAR

FELIX SCHNEIDER

Recht auf Asyl

Mit widerlicher Regelmäßigkeit, d.h. ungefähr einmal pro Jahr, entdecken deutsche Politiker, vom Bundeskanzler bis zum Kommunalpolitiker, ihr Interesse an einer Diskussion über Ausländer und Asyl. Wie es um ihr Interesse an den Objekten dieser Diskussion, an den Ausländern und Flüchtlingen selbst, bestellt ist, hat der Bundeskanzler über Jahre gegenüber der Ausländerbeauftragten überdeutlich gemacht: Die Ausländer und Flüchtlinge gehen ihm an seinem dicken Leib vorbei. Man lese die Rücktrittsbegründung von Liselotte Funcke — wahrlich keine Extremistin, aber eine Frau die in vielerlei Hinsicht radikal wurde, weil sie die Probleme und die betroffenen Menschen kennen lernte. Zu sagen, die Bundesregierung habe sie abblitzen lassen, wäre schon Schönfärberei. Der Kanzler pflegte sie schlicht nicht zur Kenntnis zu nehmen.

In den letzten Wochen nun also wieder einmal hektisches Interesse — bloß warum? Das Bedürfnis nach Analyse der Probleme hält sich in ebenso engen Grenzen wie der Wunsch, den Flüchtlingen zu helfen. Ausgeprägt ist dagegen die Gier, beim rassistischen Volksempfinden Sympathiepunkte zu sammeln, sich parteipolitisch auf Kosten der Flüchtlinge zu profilieren und dem Rechtsstaat für Flüchtlinge durch Repression, Polizei und Abschreckung zu ersetzen. Grundlage der übel- oder wohlmeinenden Stellungnahmen ist das Horrorgemälde von den Flüchtlingen der Welt, die alle zu uns strömen. Die BRD könne doch nicht alle Flüchtlinge der Welt aufnehmen, hört man. Das hat auch niemand gefordert. Faktisch schafft die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge niemals den Weg nach Europa, sie bleibt in armen Ländern hängen. Ob es für eine Gesellschaft überhaupt eine nur zahlenmäßig festlegbare Grenze der Aufnahmefähigkeit gibt, ist umstritten. Daß sie nicht im Bereich der Flüchtlingszahlen liegt, mit denen es die BRD zu tun hat, steht aber fest und ist auch faktisch erfahrbar gewesen, gerade in der BRD, die in jüngster Zeit ein vielfaches an Um-, Aus- und Übersiedlern aufnehmen konnte. Das Horrorgemälde von den Millionen, die zu uns wollen, soll nur Zweifel an rigoroser Abschiebungspraxis und internationalen Zugangsbeschränkungen beseitigen.

Schamlos demagogisch wird auch, wider besseres Wissen, mit der Anerkennungsquote umgegangen. Nur 5 % der Asylantragsteller seien nach ihrer Überprüfung auch asylberechtigt, heißt es. Das ist eine simple Lüge. Trotz der restriktiven Praxis konnte der Asylrechtsspezialist Viktor Pfaff für 1990 feststellen: „Weit über ein Drittel der Asylantragsteller, über deren Anträge 1990 entschieden wurde, sind asylberechtigt und werden aus Gründen des öffentlichen Interesses nicht abgeschoben." Wie diese Differenz zwischen der vielzitierten fünfprozentigen Anerkennungsquote des Bundesamtes und der wirklichen Anerkennungsquote von über einem Drittel zustande kommt? Ganz einfach:

- Das Bundesamt spricht auf jede Anerkennung eine rechtswidrige Ablehnung aus. Die Gerichte korrigieren das — deswegen übrigens auch das Interesse an der „Verkürzung" des Rechtsweges.
- Beim Eintritt in die BRD werden Personen gezählt, im Anerkennungsverfahren aber „Fälle". Nun kann ein „Fall", etwa der eines Familienvaters, aus mehreren Personen bestehen. Wird der Familienvater asylberechtigt, zählt die Statistik eine Anerkennung. Seine Familienangehörigen werden zwar ebenfalls asylberechtigt, gehen aber als solche weder in die Statistik noch in die Politikerreden ein. Als nicht Anerkannte stehen sie im Verdacht des Asylmißbrauchs.
- Viele Flüchtlinge, die nicht als asylberechtigt anerkannt werden, können aufgrund internationaler Verträge, die die BRD unterzeichnet hat — etwa der Genfer Flüchtlingskonvention — oder aus völkerrechtlichen, politischen, humanitären und sonstigen Gründen nicht abgeschoben werden.

Für sensiblere Gemüter wird, seit 1990 auch von der Bundesregierung, darauf hingewiesen, man müsse eben die Fluchtursachen bekämpfen. Dies ist eine alte Forderung der Flüchtlingsorganisationen, die allerdings mit Übernahme durch die Bundesregierung ihres Inhalts beraubt wurde. In den Mediendebatten taucht sie als frommer Wunsch fürs nächste Jahrhundert auf. Und etwas ist daran sogar richtig: Fluchtursachen bekämpfen hieße sicherlich, eine andere Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik betreiben als die BRD es derzeit tut. Für manche Länder mag die Bekämpfung der Fluchtursachen in der Tat ein langfristiges Projekt sein — aber keineswegs für alle. Würde die BRD ihren NATO-Partner Türkei — etwa durch eine Beschwerde bei der Europäischen Menschenrechtskonvention — dazu bringen, wozu sich die Türkei mehrfach verpflichtet hat, nämlich zur Einhaltung der Menschen- und Minderheitsrechte, so würde der Flüchtlings„strom" aus der Türkei (immerhin 22 000 in 1990) rasch versiegen. Aber nach offizieller Lesart kommen aus der Türkei, von Ausnahmen abgesehen, nur „Wirtschaftsflüchtlinge". Und bis weit ins Jahr 1991 hielten das Auswärtige Amt und die Bundesregierung auch an ihrer Auffassung fest, ethnologische Konflikte gebe es nur in der Dritten Welt, nicht in Europa, auch nicht in Jugoslawien. Damit sind wir bei einem ersten Grundproblem der gesamten Debatte: die gewollte Ignoranz. Eine erste Forderung wäre, daß Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen wie „Pro Asyl" oder „Amnesty International" die Funktion einflußreicher Regierungsberatung übrnehmen können, um in regelmäßigen Zeitabständen festzulegen, in welchen Ländern Verfolgung stattfindet, wohin abgeschoben werden darf und wohin nicht, woher und warum Flüchtlingsströme zu erwarten sind, wie eine Bekämpfung von Fluchtursachen, die nur länderspezifisch sein kann, auszusehen hätte, welche Flüchtlinge aufgenommen werden müssen. Statt der haarsträubenden Berichte des Auswärtigen Amtes müßten Kenner der Materie erst einmal so viel Einfluß gewinnen, daß die BRD überhaupt eine Flüchtlingspolitik entwickeln könnte — eine Flüchtlingspolitik, die diesen Namen verdient, meine ich, denn eine Antiflüchtlingspolitik, eine Abschreckungspolitik, haben wir schon.

Will man die polemischen, dem alltäglichen Rassismus Vorschub leistenden Begriffsverwirrungen auflösen, so wird man wahrscheinlich um eine durchaus brutale Unterscheidung nicht herumkommen: Einerseits der unmittelbar an Leib und Leben bedrohte Flüchtling — für ihn muß weiterhin das uneingeschränkte, individuelle, nicht quotierbare Asylrecht gelten, freilich auf der Grundlage eines zu erweiternden Flüchtlingsbegriffs, der als Fluchtgründe nicht nur die politisch, sondern auch die religiöse und geschlechtliche Verfolgung anerkennt, ebenso wie Folter, Katastrophen, Umweltschäden, Krieg und Hungertod.

Andererseits der Armuts-Migrant, welcher der wirtschaftlichen Misere seines Landes entkommen will. Für ihn müssen wohl Quoten festgelegt werden. Eine Bundesrepublik, die sich als Asyl- und Einwanderungsland versteht — was das für die Flüchtlinge, für die Armen und für die Bundesrepublik selbst bedeutet, das wäre die Diskussion, die wirklich geführt werden müßte. ■

WOLF-DIETER NARR

Flüchtlinge, Asylsuchende, die BRD und wir

Als wir im Aprilheft (vgl. *links* Nr. 251) unter dem Titel „Migration als Menschenrecht" einige Artikel zur Asyl-, Flüchtlings- und Ausländerpolitik zu einem Schwerpunkt zusammenfaßten, konnten wir nicht ahnen, daß der abgehobenen politischen Klasse und den Medien nichts Abgeschmackteres einfallen würde, als das Sommerloch mit eben diesen Themen anzufüllen. Wir dokumentieren im folgenden die wichtigsten Passagen aus einer Broschüre, die Wolf-Dieter Narr im Auftrag des „Komittees für Grundrechte und Demokratie" verfaßt hat. Die Kürzungen stammen von der Redaktion und sind durch (...) gekennzeichnet.

Füchtlingsbewegungen sind ein weltweites Phänomen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es unwahrscheinlich, daß sie zurückgehen. Sie werden eher durch neue ,,Zuflüsse" verstärkt werden. Vorher bestehende ,,trocknen" aber selten ganz aus. (Die Metaphorik wird vorbehaltlich benutzt; sie darf keinen Augenblick verkennen lassen, daß es sich bei diesen ,,Strömen", ,,Bewegungen", ,,Flüssen", ,,Wellen" u.ä.m. zwar um ein massenhaftes Phänomen handelt, das aber jeweils konkret aus fliehenden und leidenden Menschen zusammengesetzt ist.) (...)

Aus der vorher kolonialisierten und heute via Weltmarkt einbezogenen und beherrschten ,,Dritten Welt" und aus Ländern der aufgelösten ,,Zweiten Welt" kommt ein Teil der Probleme zurück, die von den Ländern der ,,Ersten Welt" in großem Umfang ausgelagert wurden und werden. Die Kolonialisierung und fortdauernde Weltmarktexpansion, von der vor allem die westlich ,,entwickelten" Länder profitieren, ist auch für diese Länder selbst nicht kostenlos zu haben. Das Wohlstandsgefälle bleibt fast senkrecht steil. Jedoch: Nicht zuletzt in den flüchtigen Menschen aus Ländern der ,,Dritten Welt" kommen dort erzeugte Probleme und nicht beachtete ,,externe Effekte" bumeranghaft zurück.

Die Folgen in den kapitalistischen Metropolen und Regionen bestehen in der Ausbildung eines Subproletariats; im kräftigen Wachstum von Vorurteilen; in sich weiternden gewalttätigen Äußerungen. Diese gewalttätigen Äußerungen gründen nicht zuletzt in alten und neuen Wunden, die die kapitalistisch-etatistische Entwicklung in den ,,entwickelten" Ländern selbst geschlagen hat und weiter schlägt, in verändernd erneuter Ungleichheit, in existentieller Unsicherheit und im Mangel an Demokratie.

Das modische Zuckerwort ,,multikulturell" bleibt angesichts solcher Probleme in schaler Süßlichkeit im Halse stecken. (...)

Das aus DDR und BRD ,,vereinigte" Deutschland verfügt über eine neue deutsche Ostgrenze. Als ,,neu" zu qualifizieren ist diese Grenze nicht so sehr von altbundesdeutscher Perspektive aus. Statt der Flußlinien Elbe und Werra gilt nun die der Oder und Neiße. Die andere Bedeutung dieser Grenze ergibt sich vielmehr vor allem aus den Änderungen in Osteuropa: der Entblockung des Ostblocks. Diese Veränderungen dürften in sich ausdehnender Weise zur Folge haben, daß Tausende, wenn nicht Hunderttausende von Angehörigen der diversen Staaten Osteuropas, von Polen bis Albanien, von Aserbaidschan bis zur Republik Rußland, nach ,,Westen" sich auf den Weg machen. Und nicht zuletzt nach Deutschland. Wie soll auf diesen ,,Ansturm" reagiert werden. Mit dem leicht veränderten Ruf ,,Deutschland nur den Deutschen", also einer Grenzverschärfung? Darauf weist symptomatisch der unterschiedliche Umgang mit sogenannten Aussiedlern und Asylsuchenden hin. Der dampfende Kessel der Vorurteile könnte zum Brodeln gebracht werden. Die Politische Mobilisierung der Vorurteile noch stärker zum politischen Programmersatz werden.

Die west- und südeuropäische Einigung in Form der EG als kapitalistischem Wirtschaftsblock bringt Entgrenzungen mit sich. Wie aber sieht diese Entgrenzung für Flüchtlinge und Asylsuchende aus anderen Ländern aus? Gegenwärtig deutet alles darauf hin, daß die Aufnahmestandards einschließlich der Staatsbürgerrechte eher zu Ungunsten der Flüchtlinge und Asylsuchenden gesenkt werden, als daß diese armen Menschen eine Chance gewännen.

Bundesdeutsch (westeuropäisch) liegt eine Grenzverschärfung nahe. Ausgrenzen, abhalten, abschieben, ausweisen — lautet die immer offener und aggressiver geforderte

Handlungssequenz.

Diese ,,Lösung'' leidet unter mehrfachen, auf unterschiedlichen Ebenen siedelnden Widersprüchen, von den humanen Kosten zu schweigen:

● Die umgrenzende Einigelung widerspricht der sich immer noch ausdehnenden Internationalisierung des Kapitals. Dieser Widerspruch ist allerdings der kapitalistischen Expansionsdynamik eigen. Er treibt nicht von sich selbst aus zur Auflösung. Der Kosmospolitismus des Kapitals verschränkt sich dem ,,Ethnozentrismus'' des Privilegiums und der Unverantwortlichkeit der Produktion ,,externer Effekte'' für andere.

● Die wohlständische Abkapselung, nicht

▶ Widersprüchliche Lösungsrichtungen ◀

zuletzt um den Wohlstand als Eigentum zu erhalten, hat die Folge der Fortsetzung der Ab- und Ausgrenzung nach innen mit anderen Mitteln.

● Der Versuch, Deutschland ,,den Deutschen'' zu sichern, muß faktisch fehlschlagen. Zum ersten steht die partielle europäische Entgrenzung bevor, einschließlich neuer Aufenthalts- und mittelfristig neuer politischer Rechte. Zum zweiten bleibt die bundesdeutsche Ökonomie einschließlich des Dienstleistungsgewerbes auf ausländische Arbeitskräfte in hohem Maße angewiesen.

● Der Versuch, einen geschlossenen Wohlfahrtsstaat mit expandierendem Kapital zu schaffen, stockt die Aggressionspotentiale in der Welt auf. Er enthält mittel- und langfristig kriegerische Konsequenzen. Er fördert genozidartige Auseinandersetzungen außerhalb und ansatzweise innerhalb der ,,neuen'' BRD.

Eine ,,Doppelstrategie'' liegt nahe. Die Grenzen werden mit unsichtbaren, aber wirksamen ,,Mauern'' versehen. Zugleich wird versucht, die Situation in den Ländern zu verändern, aus denen die Flüchtlinge und die Asylsuchenden hauptsächlich kommen. Auch diese erweiterte ,,Lösung'' wird an ihren inneren Paradoxien scheitern (womit, das gilt auch für das vorstehend Ausgeführte, nicht gesagt ist, sie würde nicht versucht werden).

● Die Ursachen der Fluchtbewegungen sind im einzelnen sehr unterschiedlich. Sie müssen von Land zu Land situations- und zeitspezifisch bestimmt werden. Aber es gibt ,,Großwetterlagen'', die die diversen Aktualitäten beeinflussen. Die dominierende Großwetterlage besteht in der internationalen Zerstörung anderer Gesellschaftsformen und der Nivellierung von Unterschieden und Bedürfnissen durch den expansiven, alle Länder penetrierenden Weltmarkt bei gleichzeitiger Bestätigung und Verschärfung alter und der Schaffung neuer Unterschiede. (...)

● Der globale Tourismus und der ,,Tourismus'' der Flüchtlinge sind merkwürdig aufeinander bezogen und korrespondieren einander in den diversen Graden ihrer Entfremdung. Dazwischen liegt die Sonnen- und die Schattenseite des Wohlstandsberges. Wie soll angesichts dieser Paradoxien, die im hochgradig vermachteten transnationalen Kapital stecken, ein friedliches und nicht ausbeuterisch-aggressives Zusammenleben ,,geschlossener'' Wohlfahrtsstaaten und armer Länder möglich und tolerabel sein?

Der Vergrenzung könnte die Entgrenzung entgegengesetzt werden. ,,Multikulturell'' lautet das verheißungsinnige Lösungswort. Nur: die multikulturelle Utopie, so wie sie gegenwärtig geäußert und in Kongressen zelebriert wird, erscheint eher als Ausdruck von Wunschdenken und unpolitisch verstandener Kultur. U.a. folgende Schwierigkeiten stehen im Weg einer multikulturellen Gesellschaft, die mehr wäre als Kneipenpluralismus oder postmodernistische Modetorheit des ,,anything goes'':

● Würden Deutschlands Grenzen radikal geöffnet, würde in dieser Hinsicht seine Staatlichkeit aufgegeben. Die mutmaßliche Folge wäre, daß vor allem die Ökonomie rasch zusammenbräche, deretwegen die Flüchtlinge vor allem gekommen sind.

● Die Grenzschleifung ohne vorgängige Bewußtseins- und Verhaltensänderungen hätte wahrscheinlich zur Folge, daß ein wüster Kampf aller gegen alle anhöbe. Die staatlichen Institutionen vermöchten bestenfalls (!) repressiv ihre ,,Recht'' durchsetzen-

den Aufgaben wahrzunehmen. Die erwartbaren gewalthaltigen Unruhen führten rasch dazu, nach neuen ,,Führern'' zu rufen und eine rücksichtslose Ordnungsmacht jenseits aller allgemeinen Menschen- und speziellen Bürgerrechte aufzubauen.

● Wer also die Grenzen durchlässig machen, wenn nicht beseitigen will, der muß die organisatorischen Muster einer entgrenzten Gesellschaft, in gewissem Sinne ein Widerspruch in sich selber, genau bedenken, um andere Muster der Orientierung und Gesellung zuzulassen. Auch wer nur eine größere Durchlässigkeit der Grenzen verlangt, ist gezwungen, Verfahren und Kriterien angemessen auszuwählen und zu installieren. Solange das Reden von ,,multikultureller

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Neue Mauern in Europa (Heft 39)
Soziale Politik in der EG
Busch: Der Fortschritt darf nicht zum Rückschritt werden. Erfahrungen mit der Fristenregelung in der Ex-DDR ● *Platek:* Ist Polen auf dem Weg ins Mittelalter? ● *Ranzio-Plath:* Gleichberechtigung gibt es nicht zum Null-Tarif ● *Hey:* Armut von Frauen in der EG ● *Eckart:* Selbständigkeit von Frauen im Wohlfahrtsstaat? ● *Zanini:* Zur Krise des Wohlfahrtsstaates in Italien ● *Nova:* Sozialregulierung: Antiterrorgesetz in Griechenland ● *Mahoney:* Der Niedergang von Maggies Flaggschiff. Kopfsteuer — Die Groß(e) Britische Revolution ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Kinder? Kinder! (Heft 38)
Sünker: Das Kind als Subjekt. Notizen zu Kindheit und Kinderleben heute ● *Dokumentation:* ,,Wenn das Auge über die Mauer springt''. Reggio-Pädagogik in Hamburg ● *Kazemi-Veisari:* Augen-Blicke in Reggio-Emilia. Erfahrungen mit der Reggio-Pädagogik — Ein Reisebericht ● *Seehausen:* Arbeitswelt und Familie: Wege aus der Krise. Auswirkungen neuer Technologien auf die öffentliche Entwicklung von Kindertageseinrichtungen ● *Preissing:* Entspricht das KJHG der kindlichen Lebensrealität? ● *Ahlheim:* ,,Traurigkeit hat in der Kindheit nichts zu suchen''. Der Golfkrieg und die Angst der Kinder ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Verlust und Befreiung.
Nach dem Umbruch im Osten (Heft 37)
Widersprüche-Redaktion: Schwierige Abschiede. Fragmente zu den Erfahrungen der Jahre 1989/90 ● *Kunstreich:* Demokratische Revolution und nationale Konterrevolution. Die Fortsetzung des deutschen Sonderweges ● *Diemer:* Was ist links? Nach dem Sturz des ,,realen Sozialismus'' ● *Feurich:* ,,Wir müssen uns von dem trennen, woran wir lange geglaubt haben.'' ● *Nickel:* Deutschlands bleiche Schwestern. Ost-Frauen und West-Frauen: Vereinigte Uneinigkeit ● *Krahulec:* Erziehung nach Wandlitz. Probleme und Perspektiven sozialer Arbeit in den ,,fünf neuen Bundesländern'' ● *Bamberg:* Modell Deutschland? Gelingt dem Sozialstaat die deutsch-deutsche Integration? ● *Bock:* Der Traum des Fliegens. Von der ,,Sozialunion'' zu Übergangsarbeitslosigkeit ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

Gesellschaft" nicht mehr ist als ein Wort für einen Eintopf mit diversen Zugaben, läßt sich damit wenig anfangen. Es führt in die Irre. (...)

▶ Konsequenzen für die Bundesrepublik ◀

Ein Alarmismus, der Flüchtlings- und Asylanten-Fluten ozeanhaft auf die Bundesrepublik zurollen sieht, ist nicht angezeigt. Konrad Adam ist Recht zu geben (FAZ vom 13.11.1991): „Allen anderslautenden Bekenntnissen zum Trotz ist die Bundesrepublik ein Einwanderungsland geworden; von klassischen Einwanderungsländern, Staaten wie Kanada oder wie Australien, unterscheidet sie sich vor allem dadurch, daß sie ihren neuen Status nicht wahrhaben will. Und weil das Talent, sich die Lage nach Wunsch zurechtzukommentieren, zu den Nationaltugenden der Deutschen gehört, ist diese Ausweichpolitik in Deutschland sogar mehrheitsfähig." Wenig später fährt Konrad Adam in seinem Kongreßbericht „Kosmopolitisches Dorf" fort : „Die Masse der Migranten, der Wirtschafts-, Gewalt- oder Umweltflüchtlinge wird zunehmen und sich auf jene Länder konzentrieren, die ihnen relative Sicherheit und einen bescheidenen Wohlstand versprechen. Keines dieser Länder wird sie zurückweisen können oder wollen, schon gar nicht dann, wenn dieses Land die Fremden als Gastarbeiter, Pflegekräfte oder Rentenzahler genauso dringend benötigt wie seinerzeit Rom die fremden Soldaten." (...)

Die fortdauernde staatlich-politische Produktion von Vorurteilen ist zu stoppen. Hier sind u.a. folgende Schritte zu gehen:

- Das geltende Staatsbürgerrecht ist zu revidieren. Das „jus soli" und ein erweitertes Aufenthaltsrecht sind einzuführen. Doppelte Staatsbürgerschaft muß ohne Mühe möglich sein.
- Das geltende Ausländerrecht ist zu revidieren. Sein doppelstaatlicher (doppelrechtlicher) Charakter ist aufzuheben. Die Generalklausel „Interesse der Bundesrepublik" ist bis auf genau zu benennende Ausnahmen abzuschaffen.
- Ein Wahlrecht der länger sich in der Bundesrep[illegible]lik aufhaltenden Ausländerinnen und A[illegible]der ist durchgängig zu gewähren; [illegible] in Wirklichkeit Inländer nichtdeutscher Nationalität.
- Ethnischen Gruppen ist auf Wunsch ein hohes Maß an Selbstverwaltung und eigener Kultur zu gewähren.
- Die demokratische Mitbestimmung und weitergehend autonome Organisationen lokal und regional sind so zu befördern, daß der andauernde Verlust an sozialer Relevanz und Orientierung gebremst und gestoppt werden können. Außerdem ist das Recht auf sinnvolle Arbeit ins Grundgesetz aufzunehme. Nur aufgrund einer solchen Verfassungsreform wird es mittel- und langfristig möglich sein, daß der individuelle und kollektive Bedarf an Vorurteilen sinkt.

Das Schengener Abkommen und ähnliche Abkommen im Schweif der europäischen Einigung — oder bevor eine solche verwirklicht wird — ist in jedem Fall in seinen ausländerbezüglichen Bestimmungen aufzuheben. Die Entgrenzung, die die EG bedeutet, kann nur positiv genutzt werden, wenn den Menschen- und Bürgerrechten mehr Geltung verschafft wird. (...)

Auf eine neue bundesdeutsche und westeuropäische Außenwirtschaftspolitik kommt es an. Eine solche, Drittländern stärker entsprechende Außenwirtschaftspolitik hätte unvermeidlich habhafte Folgen für die Binnenwirtschaft und die Art des dann langsamer wachsenden und eine andere Qualität annehmenden Wohlstandes. Außerdem geht es nicht mehr an, das Investitionsverhalten transnationaler Konzerne allein dem Gott der „Weltmarktkonkurrenzfähigkeit" zu überlassen.

Auf eine multiethnische Gesellschaft kommt es konzeptionell und reell fraglos an (ohne daß hier im einzelnen bestimmt werden müßte, was eine „Ethnie" konstituiert, die nicht selten höchst herrschaftlich interessiert zustandegekommen ist und alles andere als eine „natürliche" Größe darstellt). Diese multiethnische Gesellschaft ist politisch aber so zu organisieren (zu verfassen), daß Konflikte innerhalb der einzelnen Gruppen und zwischen denselben gewaltfrei ausgetragen werden können. Die vorhandene Pluralität muß sich außerdem durchgehend an den allgemein geltenden Menschenrechten messen lassen. Minderheitenrechte sind innerhalb der Gruppen und zwischen denselben zu gewährleisten. (...)

Zu überlegen ist, inwieweit Flüchtlinge allgemein und Asylsuchende speziell als eine „Großkategorie" gleichbehandelt werden oder ob es sinnvoll und möglich ist, die Merkmale des Asylanspruchs genauer herauszuarbeiten, um Mindestsicherungen möglich zu machen. Für eine besondere Behandlung (politisches) Asyl suchender Menschen sprechen prinzipielle und pragmatische Gründe. Zugleich aber schafft diese gesonderte Bestimmung neue Abgrenzungen zweifelhafter Gerechtigkeit und öffnet bürokratischer Willkür die Tore.

Die fremdenfeindlichen Aggressionen dürften in Deutschland und Europa eher zu- als abnehmen. Diese Annahme gehört leider zu den am wenigsten riskanten Prognosen. Wenn man mit diesen Aggressionen und den Menschen, die sie äußern, nicht repressiv umgehen kann und umgehen will, dann stellt sich die schwierigste Aufgabe aller Aufklärung und Vermittlung. Wie könnte eine wirksamere Aufklärung ausehen? Welcher außer von Bürgern- und Menschenrechtsorganisationen mit beeinflußbarer Bedingungen bedürfte es? Wo sollte man zuerst ansetzen? ■

Die vollständige Broschüre kann bezogen werden beim Kommitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal (DM 4,—).

SOVJETICUS

Hintergründe des Putsches und politische Perspektiven nach seinem Scheitern

Eine erste Übersicht

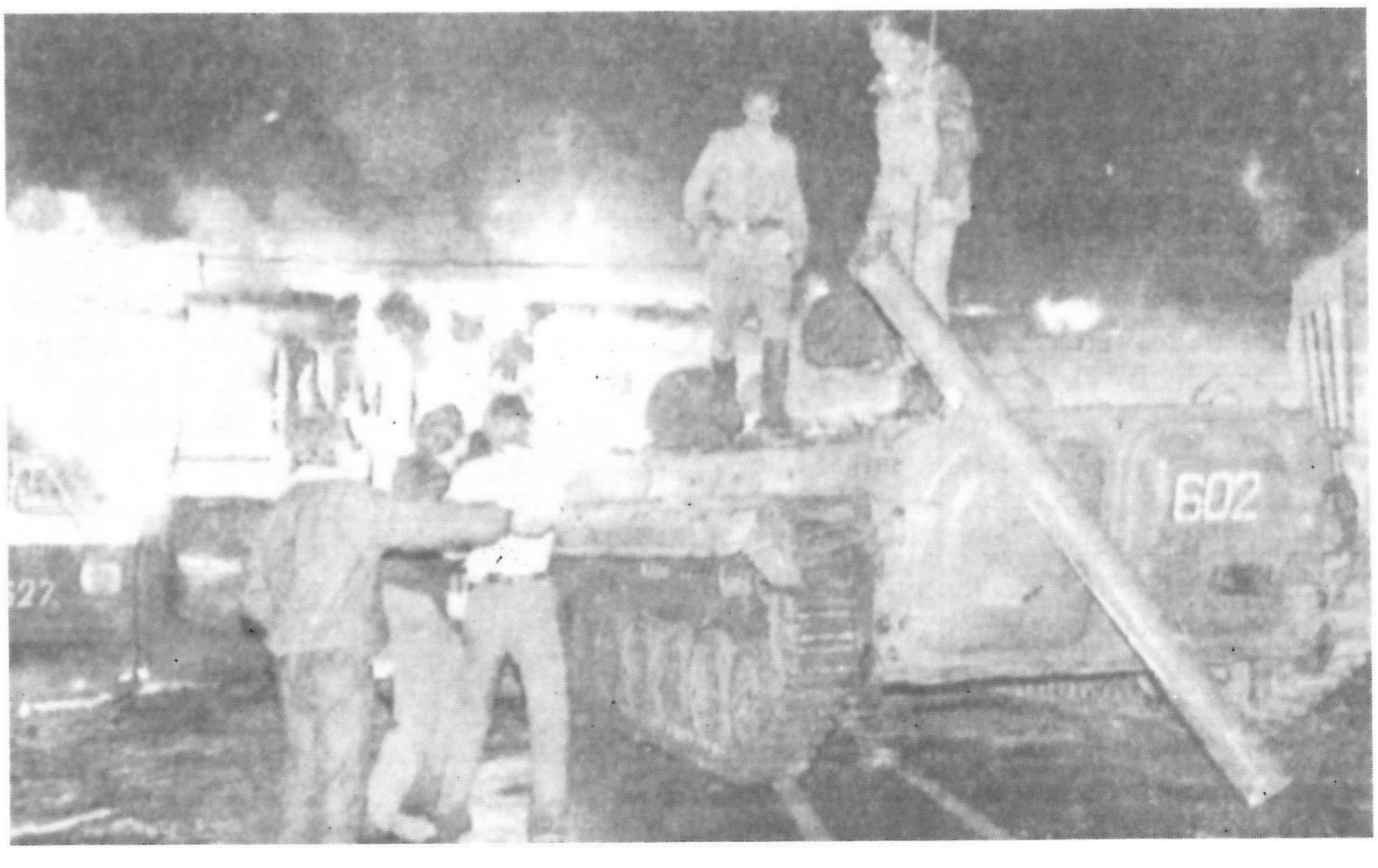
Zu den schlimmsten Erfahrungen des ersten Tages nach der sogenannten Absetzung des sowjetischen Präsidenten, Michail Gorbatschow, zählte die voreilige Bereitwilligkeit zahlreicher westlicher Politiker und Journalisten, durch anpassungsverdächtige Erklärungen die Verlautbarungen des ,,Komitees'' zum Nennwert zu nehmen. Da wurden ,,Bedingungen'' adressiert an eine Macht, die sich derselben noch gar nicht sicher sein konnte — und war. Da wurden Nachrufe formuliert auf Gorbatschow und Perestrojka, die sich zwar nicht bester Gesundheit erfreuten, aber beide noch durchaus lebendig sind und revitalisierbar.

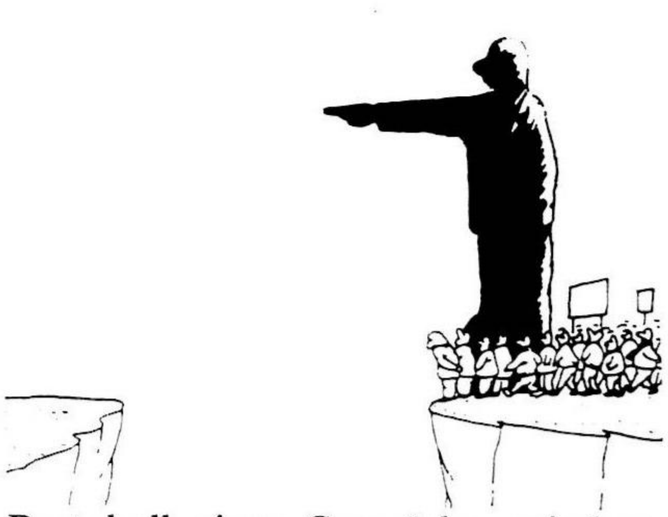
Ob es zu einer ohnehin nur kurzfristigen, autoritären, gewaltsamen Stabilisierung kommt, oder ob der Operettenauftritt des Komitees ein denkwürdiges Sommertheater bleibt, war zu jenem Zeitpunkt noch nicht ausgemacht.

Die wirklichen Ursachen des Versuchs zur Machtübernahme durch das Notstandskomitee sind in folgendem zu sehen: Der für den 20. August vorgesehene Beginn der Unterzeichnung des neuen Unionsvertrages sollte verhindert werden. Das Inkrafttreten des neuen Unionsvertrages würde das Ende der traditionellen Sowjetunion bedeuten. Seit Monaten war deutlich, daß es außerhalb des ,,Neuen Zentrismus'', der sich nach der ,,9-plus-1''-Erklärung vom 23. April 1991 herausgebildet hatte, Kräfte gab, die ihre Interessen durch die Einigung des sowjetischen Präsidenten mit den Führungen von acht bis zehn Unionsrepubliken bedroht sahen. Ein zweiter wichtiger Beweggrund der staatsstreichähnlichen Vorgänge war die Wahl von Boris Jelzin zum russischen Präsidenten (12. Juni) und vor allem sein Erlaß vom 2. Juli, der die Tätigkeit aller Parteikomitees und Organisationen in staatlichen Betrieben und Einrichtungen auf dem Territorium der RSFSR untersagt. Die Ausführung dieses Erlasses wäre über seinen formalen Gehalt hinaus ein schwerer Schlag vor allen Dingen gegen die Organisationsstruktur der KPdSU. Drittens zählt zum Hintergrund für die beabsichtigte Machtübernahme des Notstandskomitees, daß im Zuge der Reformpolitik unweigerlich die Interessen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen berührt werden. Die Liste der Mitglieder des Notstandskomitees gibt Hinweise darauf, welche Interessengruppen am stärksten von dem sowjetischen Systemwechsel betroffen waren. Erwähnenswert sind hier vor allem der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsrates der UdSSR, O.D. Baklanow, und der Präsident des Verbandes von Staatsunternehmen der UdSSR, A.I. Tisjakow. Beide stehen für die Teile des militärisch-industriellen Komplexes, die sich mit einer teilweise schlecht vorbereiteten und ausgeführten Konversion der Rüstungsindustrie sowie mit der beginnenden Umstellung von Staatsbetrieben auf Marktregulierung, was in vielen Fällen mit Privatisierungen verbunden wäre, nicht abfinden wollen. Der Vorsitzende des KGB, V.A. Krjutschkow, Innenminister B.K. Pugo und Verteidigungsminister B.T. Jasow stehen für die Sicherheitsapparate, denen traditionell überwiegend konservative Interessen nachgesagt werden. Ministerpräsident Pawlow, ein weiterer Beteiligter, hatte bereits Ende Juni versucht, zusätzliche Kompetenzen vom Obersten Sowjet zu erhalten.

Rolle der Armee

Damit haben sich im wesentlichen jene Kräfte zusammengefunden, deren traditionalistische Gesinnung schon lange kein Geheimnis war. Es gibt eine Vorgeschichte des 19. August. Nicht wenige der Mitglieder des Notstandskomitees sind bereits in den letzten Wochen und Monaten mit deutlichen Unmutsäußerungen und Warnungen an die Öffentlichkeit getreten. Im Mai dieses Jahres publizierte die Zeitschrift ,,Den'' das





Protokoll eines Gesprächs zwischen zwei hohen Militärs (dem Oberkommandierenden der sowjetischen Marine, Tschernawin, und dem vom Tiflis-Massaker im April 1989 bekannten General Rodionow), dem jetzigen Mitglied des Notstandskomitees Baklanow und dem radikalpatriotischen Schriftsteller Prochanow, in dem viele Motive der heute publizierten Erklärung auftauchen. Schon damals sagte Tschernawin, es seien „unsere Armee und unsere Marine, die Grundlage des Staates und des Systems, die die staatspatriotische Philosophie aufrecht erhalten". Nur die Streikkräfte, so der Admiral, könnten jene Kräfte bremsen, die nach einem Systemwechsel strebten. In diesem Zusammenhang sprach er auch von einer inneren „fünften Kolonne".

● Am 21. Juni folgte im Obersten Sowjet der UdSSR eine lebhafte Debatte über die Forderung von Ministerpräsident Pawlow, ihm zusätzliche Kompetenzen zuzugestehen. In geschlossener Sitzung traten schon damals die kurzfristig einbestellten, aber offensichtlich gut vorbereiteten Minister Pugo, Jasow und Krjutschkow mit Beiträgen auf, in denen sie grundsätzliche Einwände und Unmut über den Zustand des Landes wie über die Auswirkungen der Reformpolitik äußerten. Nach einer Intervention Gorbatschows wurden Pawlow die Vollmachten damals vorenthalten.

● Am 25. Juni kritisierten elf sibirische Gebietsparteichefs in einer gemeinsamen Erklärung die Politik der sowjetischen Führung scharf. „Die Handlungen der politischen und staatlichen Führung des Landes tragen in der letzten Zeit einen zunehmend volksfeindlichen Charakter", heißt es in der Erklärung.

● Am 23. Juli erschien in zwei konservativen sowjetischen Tageszeitungen ein „Wort an das Volk", in dem in dramatischen Wendungen fast alle Gruppen der Bevölkerung zur Sammlung und zum Widerstand gegen die Reformpolitik und ihre Auswirkungen aufgerufen wurden. Zu den Unterzeichnern gehörten auch zwei hohe Offiziere, der Chef der sowjetischen Landstreitkräfte W. Warennikow, und der General, Afghanistan-Held und stellvertretende Innenminister B. Gromow.

● Am 17. August schließlich — zwei Tage vor der Absetzung Gorbatschows und offensichtlich nach dem Scheitern von Pressionsversuchen auf den Präsidenten — erklärte die von Pawlow geführte sowjetische Regierung ihre „ernsthafte Besorgnis" über den neuen ausgearbeiteten Unionsvertrag, dessen Unterzeichnung am Dienstag dieser Woche mit den Unterschriften der Vertreter aus Rußland, Kasachstan und Usbekistan beginnen sollte.

Damit wird deutlich, daß die versuchte Wende des 19. August einen Vorlauf hat. Der Systemwechsel in der Sowjetunion ist ein historischer Vorgang, der ohne Widersprüche, Tempowechsel, Friktionen und ernste Probleme bei seiner Realisierung nicht zu bewerkstelligen ist. Die Perestrojka schien im letzten Jahr zunächst in vier wichtigen Bereichen blockiert. Die katastrophale Lage der sowjetischen Infrastruktur führte zu ernsten Versorgungsproblemen; die interregionalen und interethnischen Gegensätze verschärften sich; die Reformpolitik insgesamt schien immer weniger steuerbar; große Teile der Bevölkerung verloren ihren Glauben an die Politik schlechthin. Als Reaktion auf die allgemeinen Übergangsprobleme des sowjetischen Systemwechsels und auf die genannten Blockaden wurde im letzten Winter eine Strategie autoritärer Stabilisierung versucht, die Gorbatschow aus taktischen Erwägungen mittrug, zu der er aber gleichzeitig auch von starken Gegenkräften gezwungen wurde.

▶ Stagnation des Systemwechsels ◀

Auch damals spielten vor allen Dingen Tisjakow und Starodubzew eine Rolle. Nach den blutigen Ereignissen im Baltikum im Januar dieses Jahres wurde deutlich, daß weder die noch weitgehend unorganisierten, sich selbst als Radikaldemokraten verstehenden Reformer noch die reaktionären gesellschaftlichen Interessengruppen stark genug waren, entweder einen raschen Systemwechsel zu erzwingen oder ihn ganz zu verhindern. Vor diesem Hintergrund kam es am 23. April dieses Jahres zu der gemeinsamen Erklärung des sowjetischen Präsidenten und der neun Unionsrepubliken, deren Kern die Einigung auf einen neuen Unionsvertrag und auf eine sowohl entschiedene wie gradualistische Fortführung der Wirtschaftsreform darstellte. Diese „9-plus-1"-Erklärung war Ausdruck eines neuen Zentrismus, der neben den an den Verhandlungen auf der Moskauer Datscha in Nowo-Ogargowo beteiligten Republikführern und Gorbatschow weitere wesentliche politische Kräfte einschloß. Dazu zählten auch Teile der kommunistischen Partei, insbesondere die „Neue Demokratische Partei der Kommunisten Rußlands", die vom russischen Vizepräsidenten Ruzkuj geleitet wird; die Wissenschaftliche Industrievereinigung, eine Art sowjetischer Industrie- und Handelstag, geleitet vom Gorbatschow-Vertrauten Arkadij Wolskij; ferner die neue „Bewegung für demokratische Reformen", in der sich u.a. der frühere Außenminister Schewardnadse und der ehemalige ZK-Sekretär und Gorbatschow-Berater Alexander Jakowlew sowie die Bürgermeister von Moskau und Leningrad versammelten. Auch nennenswerte Teile der Staatsindustrie, der nichtstaatlichen Wirtschaftssektoren sowie der Arbeiter- und Streikbewegungen gehörten zum Hauptstrom des neuen Zentrismus. Doch war auch deutlich, daß sich an den Rändern und jenseits dieses neuen Zentrismus sowohl im „radikal-demokratischen" wie im „radikal-konservativen" Lager Kräfte formierten, die sich ausgegrenzt und die ihre Interessen gefährdet sahen.

Der Staatsstreichversuch ist gescheitert. Sein Erfolg war also nicht so zwangsläufig, wie es manche der ersten westlichen Stellungnahmen suggerierten. Der Putschversuch scheiterte, weil er von Anfang an eher einem letzten Aufbäumen sich ihrer selbst und ihrer Sache nicht sicherer Interessenvertreter ähnelte, als einer durchdachten und gut organisierten Operation. Er war schlecht vorbereitet; er wurde nicht entschieden vorangetrieben; er war nicht gut durchorganisiert. Zu keinem Zeitpunkt während dieser 60 Stunden konnte das Notstandskomitee etwas anbieten, was einer positiven, alternativen politischen Position nahe gekommen wäre. Die Mitglieder des Komitees und ihre Helfer verloren schon in den ersten Stunden des 19. August die Initiative, und sie verloren zunehmend Zeit. Rasch wurde deutlich, daß nicht sie die Richtung der politischen und sozialen Entwicklung bestimmten, sondern daß sie auf Vorgaben und Aktionen reagierten, die von der Seite der demokratischen und reformistisch orientierten Kräfte ausgingen. Der russische Präsident Boris Jelzin, die Differenzierungsprozesse in den Streitkräften und Sicherheitsapparaten, die sich entfaltende Streikbewegung und die Aktionen auf den Straßen und Plätzen der russischen Metropolen, und zunehmend auch internationale Erklärungen — diese Vorgänge waren es, die den Verlauf dieser zwei dunklen Tage prägten und entschieden.

Die Junta sah sich von Anfang an einem zweifachem Dilemma ausgesetzt: einerseits mußte sie selbst zu agieren versuchen, um ihr Bremsmanöver durchsetzen zu können. Zugleich wußte sie aber zu keinem Zeitpunkt genau, über welche politischen, militärischen und sozialen Kräfte sie jeweils verfügte. Und zweitens: auf der einen Seite versuchte sie ihren Aktionen den Anschein verfassungsmäßiger Legalität zu geben, nicht zuletzt deshalb, weil sie eine ökonomische und politische Blockade westlicher Staaten nicht hätte durchstehen können. Zugleich konnte sie gerade deshalb nicht sofort zu Beginn der Aktionen das tun, was den Ausgang des Putschversuches hinausgeschoben hätte — nämlich den russischen Präsidenten Jelzin und weitere demokratisch legitimierte Gegenkräfte rechtzeitig und entschieden auszuschalten.

Welche sind die wichtigen politischen Handlungsfelder, die wesentlichen Aufgaben der nächsten Zeit? Zunächst einmal gilt es, die gesamte Gruppe der *Putschisten* endgültig aus dem Verkehr zu ziehen. Oleg Baklanov (bislang erster stv. Vorsitzender des Sicherheitsrates) und offensichtlich auch Parlamentspräsident Anatolij Lukjanow müssen dazu gehören. Das Verhalten von Außenminister Bessmertnych und General-

stabschef Moiseev wird zu überprüfen sein. In den mittleren Schaltstellen der Sicherheitsapparate und der Kommunikationszentren müssen die Mitläufer neutralisiert werden. Man weiß jetzt sehr genau, wer wo stand. Zugleich gilt es zu vermeiden, daß sich in diesem Zusammenhang eine Jagd auf diejenigen gesellschaftlichen Kräfte entwickelt, die strukturkonservativ sind, und die zu den Verlierern einer entschiedenen Refompolitik zählen werden. Eine Eingrenzung der KP-Strukturen ist sinnvoll und möglich. Ein Parteiverbot im Unionsmaßstab, das Stürmen von Parteikomitees oder eine Diskriminierung einfacher KP-Mitglieder wären dagegen falsch. Die KP ist noch immmer sehr groß. Es ist sinnvoller, die vorhandenen Reformkräfte innerhalb der einzelnen Parteistrukturen jetzt agieren zu lassen, als sie durch zu starken Außendruck wieder zu schwächen. Hier liegt eine schwierige Aufgabe für die starken Reformkräfte außerhalb der KP: die Fortsetzung der Entstaatlichung, Entprivilegierung der KP muß vorangetrieben werden. Das bedeutet auch, daß der Jelzin-Erlaß vom 20. Juli gegen die Tätigkeit von Parteikomitees in Staatseinrichtungen und -betrieben durchgesetzt werden muß (während seine antigewerkschaftliche Stoßrichtung abgeändert werden sollte). Zugleich aber sollten Erklärungen unterbleiben, die in der labilen sozialpsychologischen Situation, die derzeit gegeben ist, spontane Massenaktionen gegen Kommunisten fördern könnten.

Der letzte Entwurf des *Unionsvertrages* muß verbessert werden. Zahlreiche Grauzonen von Zuständigkeiten müssen beseitigt, Verantwortlichkeiten präzise gefaßt werden. Das betrifft vor allem die Bereiche Verteidungs- und Rüstungspolitik und die Frage, welche ökonomischen Hebel der neuen Unionsregierung zugewiesen werden. Jelzin hat gestern schon erklärt, daß der vorliegende Entwurf, für den er sich vor einer Woche noch gegenüber Kritikern aus dem eigenen Lager nachdrücklich eingesetzt hatte, überarbeitet werden muß. Dafür lassen sich tatsächlich Gründe anführen: weiter bestehende Gegensätze verschleiernde Formulierungen würden neue Konflikte erleichtern, und die politische Gesamtlage hat sich nach dem Putsch verändert. Gorbatschow selbst erklärte in seiner ersten Pressekonferenz, nun müsse eine ,,Umgruppierung der Kräfte'' vorgenommen werden, und die Reformpolitik müsse jetzt entschiedener vorangetrieben werden.

▶ Neuer Unionsvertrag ◀

Welches Kräfteparallelogramm sich nun herausbildet, werden die nächsten Tage zeigen. Gewiß werden die Zugriffsmöglichkeiten der sowjetischen Zentralregierung weiter abnehmen. Die Position der russischen Führung ist gestärkt. Zugleich gilt es zu bedenken, daß es gegen eine übermächtige russische Republik mit einem sehr populären Präsidenten Jelzin bei anderen, wichtigen Unionsrepubliken (vor allem in Kasachstan, Usbekistan, in der Ukraine) ebenfalls Widerstände gab und geben wird. Grundsätzlich unklar ist derzeit, ob der politische und soziale Prozeß wieder stärker steuerbar wird — von welcher Kräftekonfiguration auch immer, die sich gewiß auch weiterhin im Rahmen des seit der ,,Neun plus eins''-Vereinbarung vom 24. April sichtbar gewordenen ,,neuen Zentrismus'' herausbilden wird.

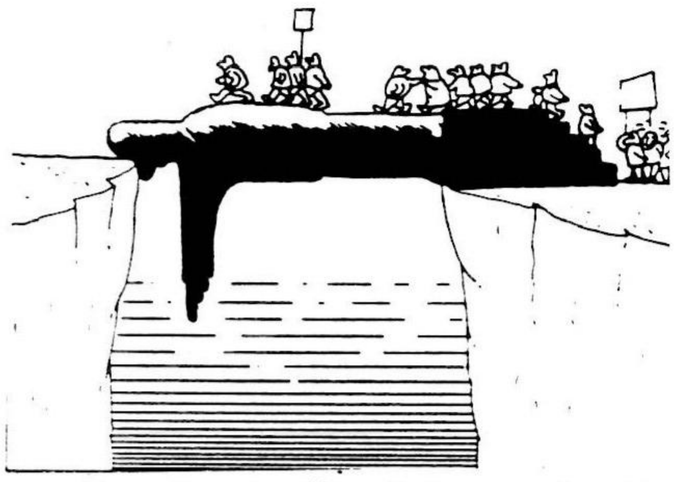
Es wäre wichtig, in den bevorstehenden Verhandlungen über eine Präzisierung des Unionsvertrages und über die neue Rollenverteilung zwischen der zu erneuernden Unionszentrale und den Republiken und Regionen Entschiedenheit, Realismus und perspektivisches Kalkül miteinander zu verbinden. Eine wirtschaftliche Stärkung und Verselbständigung der Republiken und Regionen in einem Maß, das der Zentrale knappe, aber hinreichende Kompetenzen für die Regulierung des Binnenmarktes, des Finanzsystems, des Außenhandels, der Sicherheits- und Rüstungspolitik, der Infrastrukturmodernisierung und -erhaltung, der inneren Sicherheit und des Strafrechts sowie der Not- und Katastrophenhilfe nicht mehr zugestünde, wäre wenig sinnvoll und potentiell gefährlich.

Erste Hinweise des russischen Präsidenten darauf, daß nun eine eigene russische Nationalgarde aufgestellt werden solle, sind nach den Erfahrungen des 19. August verständlich. Zugleich gilt es aber zu bedenken, welche Auswirkungen es auf die Sicherheitspolitik anderer Republiken haben könnte. Die Schaffung von eigenen nationalen *Territorialstreitkräften* in der Ukraine, in Weißrußland und in weiteren Republiken könnte weitreichende, in bestimmten Konstellationen destabilisierende Folgen haben. Nach einer raschen und präzisen Nachverhandlung des Unionsvertragsentwurfs muß er rasch von den Vertretern derjenigen Republiken gezeichnet werden, die auch in Zukunft einer erneuerten Union angehören wollen.

Im Zusammenhang hiermit und nach den Erfahrungen des Putschversuchs müssen und werden nun überzeugende Lösungen zu finden sind, die den drei *baltischen Staaten* einen realen, entschiedenen, aber auch organisierten Übergang in die faktische Souveränität ermöglichen. Hier sind nun von allen Seiten (Union, RSFSR, Estland, Lettland, Litauen) echte und zügige Verhandlungen zu führen. Die anderen europäischen Staaten müssen sich endlich ernsthaft mit der Frage befassen, wie europäische Sicherheitsstrukturen nach Osteuropa hinein ausgedehnt und gefestigt werden können. Dies ist dringlicher denn je.

▶ Beschleunigung der ökonomischen Reformen ◀

Die *Staatsbetriebe*, die bislang rechtlich oder faktisch Unionseigentum waren, werden nun stärker der offenen Marktregulierung ausgesetzt werden. Privatisierungs- und Antimonopolgesetze liegen in der UdSSR wie der RSFSR bereits vor. Ein



Kernproblem ist die Überführung der Betriebe in die Zuständigkeit der Republiken, die jetzt gewiß vorangetrieben wird. Im Zusammenhang damit warten nicht geringe Schwierigkeiten. Beispiel *Konversion:* aus politischen Gründen wäre und bleibt eine Übernahme etwa stark rüstungsbezogener Betriebe durch die RSFSR sinnvoll, um die mit diesem Produktionsbereich verbundenen politischen Interessen besser zu kontrollieren. Eine Realisierung von Marktstrukturen dagegen bedeutet eine umfassende Preisreform — eine Anpassung allein an die realen Gestehungspreis hätte drastische Preiserhöhungen in diesem Bereich zur Folge. Allein eine Erhaltung des derzeitigen Produktionsumfangs würde eine Verdoppelung, eher Verdreifachung der erforderlichen Aufwendungen des russischen Staatshaushalts bedeuten. Diese Mittel sind auf absehbare Zeit auch nicht annähernd vorhanden.

Muß westliche Hilfe jetzt anders und entschiedener konzipiert und geleistet werden? Zu den Rahmenbedingungen jeden Verhaltens in den Raum der UdSSR hinein zählt die naheliegende Tatsache, dß die Vorgänge dort in jedem Fall ganz Europa betreffen, einerlei, wie sich westliche Regierungen und Gesellschaften verhalten. Die ökologische Katastrophe, mögliche unorganisierte Grenzveränderungen und ihre Folgen, das Aufstellen von nationalen Streitkräften, wirtschaftliche Abstürze und soziale Spannungen, Migrationsbewegungen usw. betreffen die Nachbarn im Norden und Westen zwangsläufig. Eine Quarantäne ist nicht möglich. Deshalb müssen Versuche aufhören, die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten ausdrücklich oder implizit aus Europa hinauszudefinieren. Gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen müssen rasch ausgebaut werden. Eine (unmittelbar nicht realisierbare) EG-Perspektive muß erhalten bleiben. Eine positiv einwirkende begleitende Haltung muß umgehend eingenommen werden.

Überfällig ist endlich eine veränderte Kontaktstrategie im Umgang mit den neuen gesellschaftlichen Gruppierungen und Interessenvertretungen. Parteien, mit neuen Eliten, Republiken, Regionen, mit Peripherien und Provinzen. Allein dadurch kann ein Kenntnisstand erarbeitet, können Stimmungen und Tendenzen erfaßt werden, die eine wirklichkeitsnähere Beurteilung politischer sozialer und anderer Entwicklungen auf dem Gebiet der früheren UdSSR ermöglichen. ■

INTERVIEW

Von Sarajewo bis Sarajewo

Das folgende — leicht gekürzte — Interview erschien in „Le monde" vom 8.8.1991. Der Redakteur Olivier Schmitt führte es mit der französischen Schauspielerin Nada Strancar, einer gebürtigen Slovenin, mit einem französischen Produzenten serbischer Herkunft, der anonym zu bleiben wünschte und mit den Initialen D.M. gekennzeichnet wird, und dem 27-jährigen slovenischen Journalisten Stojan Pelko.

Nada Strancar: Ich stamme aus einer einfachen slovenischen Familie, die auf das jugoslawische öffentliche Leben immer instinktiv reagiert hat. Als ich vor gut 15 Jahren meine Ferien dort verbrachte, sprach man nur von „Jugoslawien". Nach und nach hat sich die Sprache radikalisiert, und zwar im wesentlichen aus ökonomischen Gründen. Es wird zunehmend schwieriger, die historischen, ethnischen und ökonomischen Probleme auseinanderzuhalten.

D.M.: Man stelle sich einen abgesperrten Raum vor, sowas wie das Floß der Medusa, in dem die Leute verhungern. Wozu denn jetzt über kulturelle Verhaltensweisen und Wertsetzungen reden? Das Hauptproblem Jugoslawiens ist sicher ein ökonomisches. Die Inflation hat vor 5 Jahren eine Rate von 1000 bis 1200 % erreicht. Früher konnte ich mich für 3 Francs satt essen. Mit einem Hunderter konnte ich mich ins Flugzeug setzen und überall hinreisen, wie's mir gefiel, das war Disneyland. Ich fragte mich, wie lange das noch gehen, wohin das führen würde. Es ist einfach: Vor zehn Jahren sagte man sich schon, daß es in Bürgerkrieg enden würde. Man darf nie dieses Leitmotiv vergessen: „wirtschaftliches Problem". Das ist sozusagen marxistisch, aber so ist es.

Ein anderes, bedeutungsschweres Leitmotiv höre ich dauernd: Die Lage in Jugoslawien ist eine immense Metapher. Jugoslawien ist ein Spiegel für die UdSSR, für Europa und für die ganze Welt. Wir sind die Kristallkugel, in der die Erdkugel ihre Probleme wahrsagt. Diese Feststellung gilt für das Land als Ganzes wie für seine Teile. Bosnien mit seinen Serben, Kroaten, Orthodoxen und Muslimen kann man als eine Metapher, eine Verdichtung für Jugoslawien betrachten. Der Erste Weltkrieg ist in Sarajevo ausgebrochen. Ich bin sicher, daß man in dieser Stadt ein Viertel findet, das metaphorisch für die ganze Stadt stehen kann, in diesem Viertel eine Mauer, in dieser Mauer ein Stein, in diesem Stein ein Loch... Die einzige Weise, die heutigen Verhältnisse in der Welt zu denken, muß von dieser Metapher ihren Anfang nehmen und den Weg gehen, der von Sarajevo nach Sarajevo führt.

Man darf nie die Grenzlinie außer acht lassen, die fünf Jahrhunderte lang Okzident und Orient getrennt hat. Diese Linie verlief, vom Okzident aus gesehen, südlich von Slovenien und Kroatien. Jenseits dieser Linie währten fünf Jahrhunderte türkischer Herrschaft über Serben, Bosniaken, usw. Das, was 1914 die Welt erschütterte, ist ungelöst geblieben. Man kann es heute in Jugoslawien und in der Sowjetunion sehen. Neuerlich habe ich gemeinsam mit Edgard Morin versucht — vergeblich übrigens — einen gemeinsamen Nenner für diese Ereignisse zu finden. Morin hat mir einen Witz erzählt: Nach dem Zweiten Weltkrieg verabschiedet sich ein englischer General von seinem amerikanischen Kollegen. Frohgemut schickt sich der amerikanische General zur Rückkehr in die USA an: „Super, fantastisch, wir haben den Krieg gewonnen". Sehr zurückhaltend antwortet der Engländer: „Den ja, aber den vorigen noch nicht". Ein Witz, und sehr gewitzt, denn die aus dem Ersten Weltkrieg geerbten Probleme sind nie gelöst worden.

Eine der widrigen Folgen ist, daß unser Land in eine Lage totaler wirtschaftlicher Abhängigkeit geraten ist. Tito hat es lange verstanden, immense Hilfe von der UdSSR und den USA zu erhalten. Vorausgesetzt, das Land bewege sich nicht. Heute bewegt es sich. Baker hat uns schon im Frühling gewarnt: „Wenn ihr euch zankt, wird der Geldhahn zugedreht". Diesen Refrain hat jetzt die EG übernommen. Unsere ganze Organisation ruht auf gekünstelter Grundlage. Wenn auch Jugoslawien in intellektueller oder kultureller Hinsicht Frankreich nicht im geringsten nachsteht, so steht es wirtschaftlich auf einer Stufe mit Bangladesh.

Olivier Schmitt: Die 80er Jahre sahen den schrittweisen Zerfall des jugoslawischen Kommunismus. Waren die Intellektuellen, die Künstler direkt an dieser politischen Entwicklung beteiligt?

Stojan Pelko: Viele von uns sind sich heute ihrer Verantwortlichkeit in der Krise bewußt geworden. Selbst ich habe mich nie aktiv in die Politik eingeschaltet. Nachdem man früher oft von der „bolschewistischen Ära" sprach, redet man jetzt von einem Wandel des Regimes. Was stimmt, ist, daß wir in den letzten sechs Jahren eine Periode großer Konfusion erlebt haben. Man hat bei uns von einem „Kommunismus der Aufklärung" gesprochen. Es war eine Art Übergangsperiode, in der alles erlaubt war.

Ich bin nie durch die strammarxistische Schule gegangen. Die Lehranstalten hatten

bereits einen gewissen Abstand genommen, gestatteten ein bestimmtes Maß an Reflexion. Wenn Ausländer nach Ljubljana kommen, stauen sie immer darüber, daß der dortige Lacan-Kreis größer als der Pariser Lacan-Kreis ist. Und doch stimmt das. Im Mittelpunkt meiner akademischen Ausbildung stehen Namen wie Foucault, Lacan, Althusser, unterrichtet von Jugoslawen, die aus Paris zurückkamen, geprägt vom Mai '68. Außenstehenden ist das etwas schwer vorstellbar; wir werden sofort nach Marx, Engels, usw. gefragt.

D.M.: 1968 ist ein Schlüsseljahr. Auch in Jugoslawien hat alles damals angefangen. Der Kommunismus hat zu krachen begonnen. Da war auf einmal ein kleiner Riß zu sehen innerhalb der monolithischen Partei. Es haben sich Zirkel gebildet. Die Risse in der „Mauer" wurden stetig mehr. Intellektuelle und Künstler aus dem Westen sind nach Belgrad gekommen: Lucien Goldmann, Marcuse, Bob Wilson, Antoine Vitez, Peter Brook, usw.

Stojan Pelko: Die Mehrzahl der slovenischen und jugoslawischen Intellektuellen war nicht direkt politisch aktiv, sondern beschäftigte sich mit der Analyse ideologischer Mechanismen. Der Reflex auf den Wandel des Regimes war bei vielen die Feststellung, daß nunmehr die Freiheit gekommen sei... Aber sehr bald schlich sich vielerorts das Irrationale ein. Vorher ging es wirklich um die Analyse, nicht selten von Stimmung und Ironie genährt, im übrigen oft bereichernd. Es sind dieselben Intellektuellen, die in Slovenien heute an der Macht sind, vor allem Schriftsteller und Wissenschaftler, deren Diskurs freilich äußerst nationalistisch geworden ist.

Es fällt mir schwer, mich mit der jetzigen slovenischen Regierung zu solidarisieren. Ich weiß nicht, ob es so recht passend ist, Baudrillard hier zu zitieren, der, als er vor zwei Jahren über das politische Tauwetter in Osteuropa schrieb, bemerkte, daß was nach dem Auftauen herauskommt, immer etwas angefault ausschaut. Und er fragt sich, ob man vielleicht nicht wieder einfrieren könnte? In Slovenien gibt es Dinge, die absolut als „nationalistisch" zu bezeichnen sind, eine Religion, die etwas blind ist.

Die öffentliche Parole lautet immer: es ist noch zu früh für die völlige Freiheit, wir müssen zusammenhalten... Zum Beispiel ist die Lage der Presse schlimmer als vor zwei-Jahren. Obwohl es Zeitungen unterschiedlicher Parteien gibt, erfährt man nicht alles, was geschieht.

Olivier Schmitt: Findet noch Zensur statt?

Stojan Pelko: Eine Zensur ganz perfider Art, denn die Machthaber sagen, es sei besser, noch etwas zu warten, die Nation vereint zu halten, um so schnell wie möglich die Unabhängigkeit zu erlangen. Vor zwei Jahren ist die von Milosevic geführte nationale serbische Bewegung entstanden. In der Belgrader Presse hat man eine große Veränderung feststellen können. Die Zeitungen begannen alle von den gleichen Dingen zu schreiben. Ich wage nicht zu behaupten, daß heute in Slovenien das gleiche Phänomen festzustellen ist, aber es drängt doch in die gleiche Richtung: Es soll nicht alles im Fernsehen gezeigt werden, es wird selektiv eingeladen. Es handelt sich um eine perfide, undurchsichtige Zensur.

Olivier Schmitt: Ein Teil der jetzigen Regierung ist aber doch in der Schule der Demokratie ausgebildet worden.

Stojan Pelko: Eine der an der Regierung beteiligten Gruppen ist tatsächlich aus der Wochenzeitung „Neue Revue" hervorgegangen. Die meisten Redaktionsmitglieder haben jetzt ein politisches Amt inne. Einige arbeiten an der neuen Verfassung mit, andere sitzen in der Führung der Universität von Ljubljana oder beraten die Regierung. Der frühere Chefredakteur ist jetzt Außenminister. Diese Gruppe ist laizistisch, steht somit in Konflikt mit der christdemokratischen Partei, der der Premierminister, der Erziehungsminister und andere wichtige Minister angehören. Voriges Jahr habe ich ein Interview mit Toni Negri geführt, das von Igor Bacvar, dem derzeitigen Innenminister, herausgegeben worden ist... Es sind keine sechs Jahre her, daß dieser linksradikale Herausgeber Texte der Roten Brigaden im Slovenischen publizierte. Heute ist er der starke Mann der Regierung. Der andere starke Mann ist Janez Jansa, vormals Redakter der Zeitschrift „Mladina" („Die Jugend"), bei der ich mitarbeite. Dieser Zweiundreißigjährige hat eine absolute antimilitaristische Vergangenheit, er war ein Dissident. Heute ist der Minister der slovenischen Territorialverteidigung; er ist es, der nach dem Eingreifen der Bundesarmee in Ljubljana als erster das Wort „Krieg" benutzt hat. Sie bilden jetzt das starke Paar der Regierung, stärker als der Präsident und der Premierminister. Man kann trotzdem von ihnen sagen, daß sie ganz und gar „Althusserianer" sind!

Olivier Schmitt: Hat die Zeitschrift „Mladina" in Slovenien und anderswo in Jugoslawien Erfolg gehabt?

Stojan Pelko: Wir haben heute eine Auflage von 80000. Es handelt sich um eine Art Anzeiger für alle in den 80er Jahren entstandenen Alternativbewegungen. Obwohl im Slovenischen geschrieben, begann sie wie andere unabhängige Zeitungen auch in den anderen Republiken und in Belgrad ein Publikum zu finden. Alle ausländischen Journalisten wenden sich zunächst an „Mladina", wenn sie nach Ljubljana kommen. Sie ist immer noch Wortführer jener anderen bedeutenden Bewegung in Slovenien, die sich nicht aktiv an der Macht beteiligt hat: die Partei der Liberaldemokraten, die aus dem ehemaligen Bund sozialistischer Jugendorganisationen Sloveniens hervorgegangen ist. In ihr finden sich Intellektuelle, die ein Studium der Soziologie, der Philosophie oder einer anderen geisteswissenschaftlichen Richtung absolviert haben.

Nada Strancar: Sind sie „sezzionistisch"?

Stojan Pelko: Sie sind in der Opposition. Sie treten für die Unabhängigkeit Sloveniens ein, aber in einem nicht gewaltsamen Prozeß. In der Liberalisierungsbewegung der 80er Jahre sind sie die ersten, die eine Oppositionspartei gegründet und gegen die Repression aufgetreten sind, sie haben die Zeitschrrift „Mladina" finanziert. Man kann deshalb behaupten, daß Slovenien das Hauptzentrum der intellektuellen Aktivitäten und der Gedankenproduktion in Jugoslawien gewesen ist. ■

Serbische Nationalisten

LUDI LODOVICO

„Nationale Selbstbestimmung“ heute —

Vom virtuell revolutionären Prinzip zur Kannibalen-Parole

Jeder Krieg produziert die Helden, die er verdient. Der Golfkrieg machte aus einem Teil der kritischen deutschen Intelligenz realitäts- und normalitätssüchtige fellow-travellers des alten Irrationalismus unter der Firma „neue“ Weltordnung oder „westliche Zivilisation“. Der Bürgerkrieg in Jugoslawien verwandelte den FAZ-Herausgeber Johann Georg Reißmüller zum rassistischen Serbenfresser. Schon am 12.12.1990 entdeckte er bei den Serben eine Spezialität, die es ihm so angetan hat, daß er nun bald täglich darauf zurückkommt: „die uneuropäische Politik des Unterdrückens anderer Völker“. Im Baltikum genauso: „die ganze Unterdrückungsaktion in Litauen ist uneuropäisch“ bzw. „asiatisch“ vulgo „sowjetisch“ (15.1.1991). Wem das alles irgendwie bekannt vorkommt, ist auf der richtigen Spur. Ich erspare mir die Nachweise. Reißmüller beruft sich — gegen die serbische Regierung — auf die „europäische Rechtskultur“ und mobilisiert wider die „orientalischen Traditionen“ (17.7.91), so als ob jene „Rechtskultur“ irgendwann vor 1945 irgendwelche substantiellen Garantien geboten hätte, die mehr als nur vorübergehend waren. Um das Gespenst zu bannen, muß man nur an ein paar markante Stationen auf dem Weg der Verwirklichung dieser „Rechtskultur“ erinnern; Ketzervernichtungen, Hexenverfolgungen, koloniale Raubzüge und Genozide, zahllose Kabinettskriege, dynastische Extravaganzen auf Kosten der Völker, nationalistische Exzesse bis hin zu den beiden maßgeblich bzw. allein von deutschen Eliten angezettelten Weltkriegen und der fabrikmäßigen Vernichtung des europäischen Judentums und anderer ethnischer Minderheiten und politischer Oppositioneller. „Serbo-Jugoslawien ist kein zivilisiertes Land“ (3.7.1991) — was das nach der im 15./16. Jahrhundert einsetzenden Sakralisierung der „Zivilisation“ als Vorwand für die Unterjochung und Vernichtung kolonialer Gesellschaften, Völker und Staaten bedeuten kann, braucht man nicht auszumalen. Zunächst begannen die Raubzüge der europäischen Staaten im Namen von Thron und Altar; später agierten die europäischen Staaten im Verein mit den USA, Rußland und Japan um Einfluß und Macht: kolonialistische und kapitalistische Interessen bündelten sich zum Imperialismus der „Zivilisierten“ gegenüber den „Unzivilisierten“; zuletzt mußten 120 - 240 000 Iraker im „Wüstensturm“ verenden, weil „europäische Rechtskultur“, „Zivilisation“ und „zivilisierte Staaten“ ausnahmsweise nicht zu-, sondern „nur“ zurückschlugen. Und nun? Auf nach Belgrad?

Die Serbenfresserei des Frankfurter Journalisten ist ein Indiz dafür, wohin man zwangsläufig gerät, wenn man versucht, die Welt nach „Nationen“, „Nationalstaaten“ oder der Fiktion des „nationalen“ Selbstbestimmungsrechts einzurichten. Es kann deshalb hier nicht darum gehen, für die Serben oder für die Kroaten einzutreten oder die serbische Herrschaftspraxis gegen die kosovo-albanischen, slowenischen oder kroatischen Ambitionen aufzurechnen. Der Kampf von Individuen, Gruppen und Völkerschaften gegen politische Bevormundung, wirtschaftliche Ausbeutung und soziale Unterdrückung ist eine Sache, das anachronistische Unterfangen, ganze Konfliktregionen nach nationalen bzw. nationalstaatlichen Kriterien zu reorganisieren eine ganz andere.

Nationalismen im modernen Sinne und Nationalstaaten sind erstens eine europäische Erfindung — und eine späte obendrein. Sie entstehen, grob gesagt, erst mit der Zerstörung der agrarisch-lokal bestimmten Gesellschaften im Zuge der ökonomischen Modernisierung und Industrialisierung. „Der Tatbestand, eine Nation(alität) zu besitzen, ist kein inhärentes Attribut der Menschlichkeit, aber er hat diesen Anschein erworben“ (Ernest Gellner). Für die Schotten zeigte das sehr schön Hugh Trevor-Roper: die Kultgegenstände des schottischen Nationalismus (Kilt, Dudelsack, Folklore etc.) kamen erst nach der Union mit England (1707) in Mode und galten zuvor unter den Schotten selbst als „a sign of barbarism“. Entsprechend tief standen die vermeintlich ursprünglichen Traditionen und Gebräuche im Kurs. Es handelt sich, wie meistens bei der nationalen Sinnstiftung im Augenblick des realen Substanzverlusts der Differenz zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht um authentische, sondern um „invented traditions“ (Eric J. Hobsbawm). Alle Versuche, Nationen gleichsam als ewige Gegebenheiten darzustellen, sind nichts als Geschichtsklitterungen des 19. — also des nationalstaatlichen Jahrhunderts. Erst im Zuge der nationalstaatlichen Formierung und zu deren höheren Ehre und Legitimation „entdeckten“ die zünftigen Nationalhistoriker des 19. Jahrhunderts, die vermeintlichen Wurzeln „ihres“ Staates im frühen Mittelalter. Im Falle Deutschlands sind die teutonisierenden Konstruktionen geradezu grotesk: als staatsrechtlich relevanter Begriff taucht 'Deutschland' überhaupt erst im 19. Jahrhundert auf — in der Deutschen Bundesakte vom 8.7.1815. Vorher ist die Nation nur adjektivisch vorhanden; erst seit dem Kölner Reichsabschied vom 26.8.1512 und bis zum Untergang des Reiches (12.7.1806) hieß es offiziell und adjektivisch „Heiliges römisches Reich deutscher Nation“. Die frühmittelalterlichen gentes, auf die sich alle Nationalitäten-Bastler gerne berufen, waren jedoch ethnisch gemischt und lebten oft und lange unter „fremdstämmigen“ Herren und Herrscherdynastien. Und zu den objektiven Determinanten des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und — nur ansatzweise — staatlichen Zusammenlebens der Menschen zwischen Mittelalter und 18. Jahrhundert konnte die Nationalität schon allein deshalb keine wichtige Rolle spielen, weil diese Gesellschaften, die ihre Truppen oft und gerne aus „Ausländern“ rekrutierten, um den eigenen Bevölkerungsbestand zu schonen, in einem strikten Sinne anational waren. Die Oberschichten, allen

„Einer der wenigen Orte, die einem heute noch Identität vermitteln, ist der deutsche Wald.“

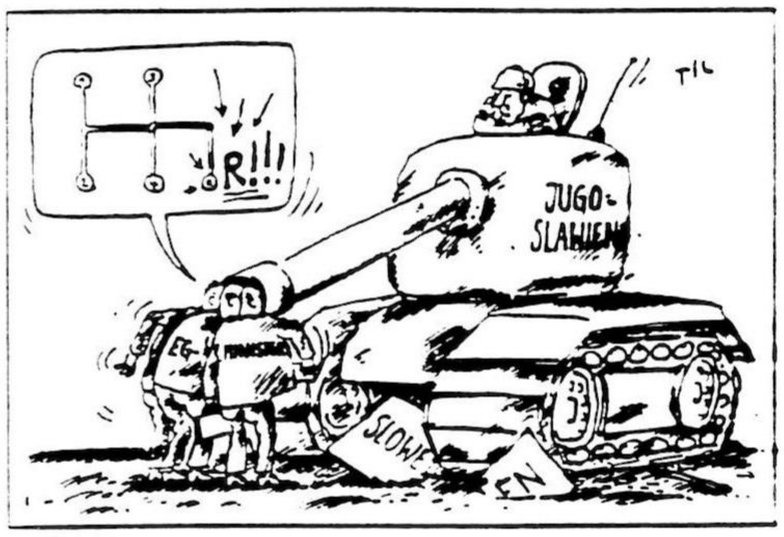
voran der Adel, orientierten sich an gesamteuropäisch generierten Handlungskodizes, Kulturmustern und Moden; oft sprachen sie die Sprache „ihres" Volkes nicht oder nur unzureichend. Für das Volk, für die Unterschichten also, hörte die Welt buchstäblich am Dorfrand auf. Und die Angehörigen der sehr dünnen Mittelschicht, die allein „Nationalität" als Abgrenzungs- und Anerkennungsmerkmal hätte ausbilden können, verkehrten untereinander lateinisch oder kommerziell — auf jeden Fall eher nach kosmopolitisch-universalistischen Standards als nach nationalen.

Zwar gelang in ganz Europa nirgends die Gründung eines homogenen Nationalstaats, aber in den meisten Fällen waren die Minderheiten doch so klein oder so assimilationswillig gegenüber der eben installierten Staatsnation, daß gravierende Konflikte nur vorübergehenden Charakter hatten.

Ganz anders lagen die Verhältnisse in Ost- und Südosteuropa. Hier brach das Prinzip „nationaler" Selbstbestimmung nicht einfach ein. Es stürzte einen halben Kontinent ins voraussehbare Chaos, dessen offener Ausbruch mit Mühe und Not solange verhindert wurde, wie autoritäre Regimes regierten. Die Versuche, im Osten und Südosten Europas nach 1918, das Kriterium der Nationalität zur Staatsbildung heranzuziehen, mußten scheitern, weil in diesen Räumen seit Jahrhunderten ethnisch, kulturell und sprachlich vielfach durchmischte Völker lebten und leben. Soziale Bindungen, ökonomische Strukturen und politische Beziehungen folgten bis dahin in diesen Regionen entlang vielerlei Traditionen und Prinzipien — nur nicht dem nationalen. Das vollkommen willkürliche nationale Prinzip erzeugte zusammen mit den höchst bunten Nationalstaaten in jedem dieser Staaten eines oder mehrere Minderheitenprobleme oder „Anschluß-„ bzw. „Befreiungs"-Bewegungen. Mit der Unterwerfung des vielfältigen lokalen und regionalen Zusammenlebens unter den Primat des Nationalen und Nationalstaatlichen wurden die Konflikte auf dem Balkan dramatischer und unlösbarer als je zuvor. Die übergestülpten nationalen Ordnungsrezepte satter „Nationalstaats"-Realisten bereiteten dem nationalistischen Populismus und der vulgär-völkischen Demagogie den Weg als Herrschaftsinstrumente. Die heute substanzlose Chiffre „nationale" Selbstbestimmung erschlich sich den Rang eines allgemeinen Volksvorurteils. Die sehr vernünftige Frage dagegen, die Habermas — soziologisch solide codiert, aber politisch wirkungslos — bereits in den 70er Jahren stellte, ob nämlich Großgruppen wie „Völker", „Gesellschaften" und „Nationen" unter den herrschenden Verhältnissen überhaupt willens und in der Lage sind, sozial, politisch, wirtschaftlich und ökologisch verträgliche „kollektive Identitäten" auszubilden, fällt nach wie vor und immer tiefer unterhalb die Wahrnehmungsgrenze.

Die vermeintlich objektiven Abgrenzungskriterien (ethnische Herkunft und Sprache) lösen sich in einem Raum wie dem Balkan schnell in nichts auf und werden damit frei verfügbar für fast beliebige nationalistische Ansprüche und Zurechnungen. Nationalistische Serben behaupten heute, der Kroate Tito habe eine Million „Serben" zwangskroatisiert, die nun „endlich" (was sonst?) für die verdiente „Re-Serbisierung" frei würden. Frei?! Alle anderen Konfliktparteien können mit dem Billig-Chip „national" mühelos ähnliche Rechnungen präsentieren. Bezahlt wird — metaphorisch und real — mit Blut. In den 20er Jahren gab es eine von den Regierungen in Osteuropa hochbezahlte Riege von Fachleuten, die sich mit nichts anderem befaßten als mit „Methoden der Nationalitätenzählung in Österreich-Ungarn und in der Tschechoslowakei". Die subkutanen Führungsagenturen wurstelten nebenher ganz unakademisch im Namen „nationaler" Selbstbestimmung mit Dynamit, Brownings und Häckler-Koch oder SIG. Für beide — Nationalitäten-Zähler und Nationalitäten-Dynamiter — wird es noch viel zu tun geben, wenn die Vergangenheit weiter als Zukunft irrlichtet.

Auch die Sprache bildet — entgegen dem naiven, national getrimmten Denken des 19.



Jahrhunderts — dort kein objektives Abgrenzungskriterium mehr, wo Mehrsprachigkeit die Norm abgibt und es mithin nur vom Willen der Individuen oder den mehr oder weniger zufälligen Einflüsterungen, denen sie ausgesetzt sind, abhängt, welcher (Sprach-) Nation sie angehören *wollen*. Als Mitglied der polnisch-deutsch-litauischen Oberschicht z.B. konnte man sich sprachlich, kulturell oder politisch je nach Opportunität an mindestens drei Nationalitäten positiv orientieren — an der polnischen, der deutschen oder der litauischen; und negativ besetzt blieben wenigstens zwei, die jüdische und die russische; für die östlichen Teile der ehemaligen Habsburger Monarchie gilt Ähnliches, ebenso wie für große Bereiche des Balkans. Der US-Soziologe W.B. Pittsburg stellte schon 1882 fest: „Der einzige Weg, um zu entscheiden, ob ein Individuum zu einer oder der anderen Nation gehört, ist, es zu fragen."

Wenn man heute daran gehen will, den Osten und Südosten vom Baltikum bis zum Balkan zu reorganisieren, so fragt sich zuerst nach welchen Prinzipien und Standards: Demokratie? Menschenrechte? Soziale Gerechtigkeit? Kapitalinvestitionen? Absatzmärkte? Industrielle Reservearmee? Sicherheitskordon gegen Flüchtlingsströme aus dem Osten und Süden? Diese Räume und die heute darin lebenden Menschen nochmals nach nationalen Mustern und obendrein borniert-nationalstaatlich gruppieren zu wollen, heißt nur, ein Bürgerkriegsprogramm zu verkleiden. Um jedem 17-jährigen Litauer, Serben, Kroaten, Kosovo-Albaner etc. ein Gewehr in die Hand zu drücken, braucht man ein paar Dutzend Millionen Dollars, willige Waffenverkäufer und nationalistisch eingefärbte Propagandisten; und schon hat man eine todsichere Garantie dafür, daß keines der wirklichen wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen und ethnischen Probleme auch nur in den Horizont gerät, in dem Lösungen, die diesen Namen verdienen, möglich sind. Wer die Lösung der Konflikte und Krisen innerhalb des jugoslawischen Bundesstaates mit der Perspektive einer „nationalstaatlichen" Neuverteilung des Territorimus betreibt, spielt am Ende des 20. Jahrhunderts das 19. und den Beginn des 20. nochmals durch. Bei dieser Reprise folgt allerdings auf die Tragödie nicht die TV-Farce, sondern die reale Katastrophe: weder die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung kleiner Gruppen durch eine sich selbst bestellende „Staatsnation", noch der „nationalstaatliche" Territorialisierungswahn jedes sich „national" kostümierenden Bevölkerungsteils vermögen in dieser wie in vielen (nicht allen!) Regionen mehr, als an der staatsfixierten Spirale von Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung weiterzudrehen. Bei allem Respekt vor dem Mut einzelner Akteure und politisch oppositioneller Organisationen zwischen Riga und Belgrad: was außer Armeen, Milizen, Uniformen und geschmacklosem Mummenschanz von Nationalstaatlichkeit (Hymnen, Fahnen und Gebete etc.) haben sie denn bisher an wirklich Entwicklungsfähigem hervorgebracht? Ist alles, was man so vernimmt, um mehr als die berühmte (aber völlig unzureichende) homöopathische Nuance besser als der in der Tat hoffnungslos unhaltbar gewordene russisch-sowjetisch bzw. serbo-jugoslawisch beherrschte status quo? Wie eine Lösung der Konflikte aussehen könnte, ist nicht einmal zu ahnen. Und alle Politiker, Diplomaten, Staatssekretäre und deren publizistische Reserveleute, die das Gegenteil daherreden („Anerkennen", „EG-Intervention", „Blauhelme" etc.), sind schon Opfer ihres „Realismus". Eines ist sicher: wenn man die Rechte aller Menschen und Bevölkerungsgruppen, die auf den Territorien des heutigen Jugoslawien und der heutigen Sowjetunion leben, egalitär berücksichtigen und schätzen will, kann man die Länder nicht nach Maßgabe der Kannibalen-Parole angeblich national abgrenzbarer „Selbst"bestimmungsrechte aufteilen: Das Selbst autonomer Subjekte bleibt so auf der Strecke; es agieren Individuen wie Ochsen am Göpel, und nur die Peitsche wechselt die Hand. Mit ambitionierter Nationalstaatlichkeit und Nationalismus werden heute berechtigte Ansprüche auf individuelle Autonomie und kollektive Emanzipation niedergemäht. ■

HANS-JOACHIM MAAZ

Sozialpsychologische Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung

Auch dem hartnäckigstenen Optimisten ist inzwischen aufgegangen, daß die Schwierigkeiten des Vereinigungsprozesses der beiden deutschen Staaten größer sind als bisher gedacht. Zunehmend wird auch klar, daß neben den direkten ökonomischen und politischen Problemen die kulturellen und psychischen Dispositionen der Menschen in Ost und West eine Barriere eigener Art darstellen. Nach der These von Hans-Joachim Maaz, Facharzt für Neurologie/Psychotherapie aus Halle/Saale, ist dabei die Kontinuität bestimmter Charakterstrukturen in Ostdeutschland Ausdruck einer — was zumindest die grundlegenden psychischen Autoritätsverhältnisse anbetrifft — nicht erfolgten Revolution. Der folgende Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, der auf der Jahrestagung des Arbeitskreises Politische Psychologie Anfang Mai im Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt gehalten wurde.

Die deutsche Vereinigung führt uns auf unsere gemeinsame Vergangenheit zurück: auf das Dritte Reich.

Der deutsche Nationalsozialismus war die bisher schwerste abnorme Gesellschaftsentwicklung in Deutschland. Mit dem Zusammenbruch dieses Systems und der darauf folgenden Spaltung Deutschlands konnte die Schuld und Betroffenheit der meisten Deutschen psychisch schnell abgespalten und wechselseitig projiziert werden. Beide deutsche Teilstaaten bekamen von den jeweiligen Siegermächten die entsprechende politisch-ökonomische Struktur verordnet und konnten sich im „kalten Krieg" gegenseitig des Bösen bezichtigen und mußten es nicht mehr als eigenes und persönliches Problem zur Kenntnis nehmen. Im Osten waren die menschenfeindlichen Kapitalisten die neuen Feinde und im Westen die gefährlichen Kommunisten.

Repression in Staat und Familie

Die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen haben vor allem auch unterschiedliche Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen der Menschen im Osten und im Westen Deutschlands geprägt. In der ehemaligen DDR herrschten unverhüllt autoritär-repressive Verhältnisse, die mehr oder weniger alle Menschen durch Unterwerfung zur Anpassung zwangen. Besonders verhängnisvoll sehe ich dabei das Zusammenspiel von autoritärer Erziehung in den Familien und Schulen und einem durchgängig repressiv-totalitären Staatssystem.

Die Mittel zur Unterwerfung waren Strafandrohung und direkte Strafen. Beschämung und Ausgrenzung, aber auch weitverbreitete frühe Trennung zwischen Mutter und Kind, meist schon bei der Geburt, und Liebesentzug bei ungenügendem Wohlverhalten. Dazu kamen Gehirnwäsche und Manipulation durch Lob, Privilegien und Unterstützung der beruflichen Karriere bei Anpassung, Disziplin und Ordnung. Die Erziehung stand grundsätzlich unter dem Motto: Wir sagen dir, was richtig und falsch ist. Wir bestimmen, was du denken, fühlen und tun darfst. Du kannst dich als Mensch nicht nach deinen individuellen Wünschen und Bedürfnissen entwickeln, sondern du hast die Erwartungen der Mächtigen zu erfüllen.

Dadurch blieben wesentliche menschliche Grundbedürfnisse unbefriedigt, die individuelle Entwicklung wurde stark behindert und die zwangsläufig daraus resultierenden Gefühlsreaktionen wurden bestraft und verpönt. Dadurch wurden ein inneres Mangelsyndrom und ein Gefühlsstau erzeugt. Auf diese Weise haben die meisten Menschen den Kontakt zu ihrer Innenwelt allmählich aufgeben müssen. Sie wurden systematisch zur Außenorientierung genötigt und damit schließlich zu abhängigen Untertanen erzogen. Die kommunistische Partei und der Staatssicherheitsdienst konnten auf solche Art erzogene Menschen dann wirkungsvoll Einfluß gewinnen mit Parolen wie: du bist für uns wichtig, wir brauchen dich, komm zu uns, wir weisen dir den rechten Weg.

Im Westen sehe ich allerdings auch autoritäre Verhältnisse in der Gesellschaft und Erziehung, allerdings indirekter und kaschierter, die Anpassung mehr durch Manipulation erzwingen, wobei Leistungsdruck, erfolgsorientierte Bestätigung und Geld die wirksamen Mittel sind. Von der auch vorhandenen inneren Entfremdung wird geschickt durch äußere Fülle und Zerstreuung abgelenkt. Geld ist offensichtlich eine wirk-

samere Droge als eine Ideologie, nur können wesentliche menschliche Dinge, wie ehrliche Beziehungen und Liebe, nicht mit Geld erworben werden.

So hat im Osten die Gesellschaft vor allem depressiv-gehemmte und zwanghaft-eingeengte Strukturen gefördert, und im Westen sind eher die narzißtisch-ichbezogenen und expansiven Strukturen entwickelt worden. So zeigen die Ostdeutschen häufiger Ängste und Unsicherheit, aber auch Gereiztheit und Gespanntheit. Die Westdeutschen sind dagegen stärker auf ihre Individualität bezogen und haben ein deutliches Dominanz- und Geltungsstreben und ein einseitiges Konkurrenzdenken entwickelt. So hatte der ,,kalte Krieg'' auch eine psychologische Dimension: Wir im Osten haben individuelle Größe und Autonomie, die wir nicht leben durften, den Westbürgern zugeschrieben, und im Westen wurden innere Schwäche und Minderwertigkeitsgefühle, auch individuelle Hilflosigkeit, die man in dieser Gesellschaft nicht zeigen darf, vor allem auf die Ostbürger projiziert. So haben auf beiden Seiten die Menschen ihre Ganzheit verloren. Mit dem Wegfall der tödlichen Grenze und der Mauer prallen plötzlich diese unterschiedlichen Sozialisationen der Menschen aufeinander und erzeugen Vorurteile und bauen damit psychologische Mauern auf.

Unterschiede verschärfen sich

Die ,,Wende'' in der DDR war insofern keine Revolution, sondern nur ein Machtwechsel, weil die psychologischen Strukturen der Menschen und der autoritäre Charakter ihres Zusammenlebens nicht überwunden wurden. Die Vereinigung Deutschlands ist politisch lediglich ein Beitritt, sozialpsychologisch kommt es nicht zum Zusammenwachsen der unterschiedlichen Sozialisationen, sondern wir haben im Osten lediglich alle Normen und Regeln der westlichen Lebensart zu übernehmen. Von daher sprechen viele von Kolonialisierung.

Selbst im günstigsten Falle, wenn die parlamentarische Demokratie und die soziale Marktwirtschaft auch im Osten nach einiger Zeit funktionieren sollten, haben die Menschen dabei psychologisch nicht viel gewonnen. Sie haben dieses neue System nicht mit eigenen Erfahrungen ausgestaltet, sie sind in das System weder hineingewachsen, noch daran psychisch und politisch gereift. Wenn sie die neuen Verhältnisse lediglich übernehmen, wird das Untertanen-Syndrom erneut verstärkt. Zusätzlich wird das bisherige Leben in der DDR total in Frage gestellt, es kommt massenhaft zu Werteverfall, Orientierungsverlust und Identitätsbrüchen mit entsprechenden seelischen Auswirkungen. Aber die im Westen mühsam erkämpfte ,,Soziale Marktwirtschaft'' zeigt sich im Osten vor allem von ihrer häßlichen Seite und wird deshalb zu Recht ,,brutale'' Marktwirtschaft genannt, mit Massenarbeitslosigkeit, vielfachen existentiellen Hilflosigkeiten und Unkenntnissen. Dadurch wachsen bei den Menschen eine schwere Enttäuschung, erneute Hilflosigkeit und seelische Verzweiflung. Die Freude über die gewonnene äußere Freiheit wird gedämpft durch das Erleben neuer Abhängigkeiten.

So wird die alte Unterwerfungsbereitschaft der Ostdeutschen erneut verstärkt und löst im Gegenzug bei den Westdeutschen das Gefühl siegreicher Überlegenheit und selbstgerechter Vormundschaft aus. Damit können sich die unterschiedlichen und z.T. sehr fragwürdigen gesellschaftlichen Prägungen nicht wechselseitig relativieren, sondern werden in ihrer Einseitigkeit und Abnormität noch verschärft. Dies halte ich für eine gefährliche soziale Zeitbombe.

Humansierung des vereinigten Deutschlands

Sollte das Wirtschaftswunder ,,Ost'' dennoch gelingen, würden wir damit Anschluß an eine expansive Wirtschaftsweise finden, wodurch die globalen Probleme auf dieser Welt, die ökologische Krise, die sozialen Ungleichheiten und vor allem das Nord-Süd-Gefälle verschärft werden. Es wird vermutlich schon sehr bald eine Riesenmauer im Osten und im Süden notwendig werden, um die durch die wachsende soziale Not in diesen Regionen entstehenden Völkerwanderungen zu verhindern.

So ruft uns die deutsche Einheit in die Pflicht, die wechselseitigen Spaltungen und Projektionen zurückzunehmen, uns unserer Entfremdung und unserer gemeinsamen Schuld mit den jeweils nur unterschiedlichen Abwehrstrategien und sozialen Fehlentwicklungen zu stellen und damit in eine umfassende gesamtdeutsche Diskussion einzutreten, wie wir jetzt und in Zukunft leben wollen, welche gemeinsame Gesellschaftskonzeption wir entwickeln wollen und müssen. Statt der ,,Verwestlichung'' des Ostens ist eine Humanisierung des vereinigten Deutschlands einzuklagen. Die ,,Wende'' und die Vereinigung Deutschlands ist nicht allein eine politische und wirtschaftliche Aufgabe, sondern vor allem ein psychosozialer Prozeß, der Erkenntnis, Veränderung und Entwicklung auf beiden Seiten erfordert.

Der Psychologie und Psychotherapie wächst dabei eine wichtige Aufgabe zu. Die Doktrin eines ständigen, aber zerstörerischen Wirtschaftswachstums kann nur dann wirklich aufgegeben werden, wenn den Menschen eine bessere Gestaltung ihrer Beziehungen gelingt, wobei es vor allem um Ehrlichkeit, Offenheit, Echtheit, Emotionalität, Herzlichkeit, Solidarität und auch Konfliktfähigkeit geht. Das momentane politische und wirtschaftliche Leben steht mit diesen Eigenschaften in einem unversöhnlichen Gegensatz. Psychotherapeuten haben auch die Pflicht, die gesellschaftlichen Faktoren zu benennen, die die Gesundheit der Menschen untergraben und das Zusammenleben vergiften. So können sie vor allem auf politische Entscheidungen drängen, die eine natürliche Entbindung, eine repressionsarme Erziehung, eine ganzheitliche Medizin und natürlichere Lebensformen ermöglichen.

Zwar kann Psychotherapie nicht eine Gesellschaft verändern, doch ist eine gesellschaftliche Entwicklung oder gar die Korrektur von Fehlentwicklungen nicht mehr ohne Bewältigung der psychischen Folgen repressiver Verhältnisse, ob sie durch Unterwerfung oder Manipulation erzwungen wurden, denkbar! Wir brauchen also einen großen runden Tisch, der Ost- und Westdeutsche, der Politiker und Wirtschaftler, Publizisten und Künstler, Therapeuten, Theologen und natürlich das Volk zusammenführt. Es geht dabei um ein neues, erweitertes Verständnis von Demokratie, Ökonomie und Ökologie. Die wachsende psychosoziale Krise im deutschen Vereinigungsprozeß macht uns darauf aufmerksam, daß ein Gesellschaftssystem — selbst unter ,,Brüdern und Schwestern'' — nicht einfach übernommen werden kann, sondern eine Entwicklung der politischen und ökonomischen Strukturen erfordert.

Die ,,friedliche Revolution'' in der DDR ist ein Symptom des historisch überholten Ost-West-Konfliktes mit einem gnadenlosen militärisch-wirtschaftlichen Wettkampf. Dadurch hat sich das Schwergewicht der globalen Konflikte auf das Nord-Süd-Gefälle und die ökologische Katastrophe auf diese Welt verlagert. Dies fordert eine neue menschliche Vernunft, die durch die bisherige parlamentarische Demokratie und soziale Marktwirtschaft nicht mehr abgedeckt wird. Uns wird ein Entwicklungsschritt abverlangt, der die psychische Entfremdung und Einengung überwindet und damit eine Voraussetzung schafft, die vorhandene aufgenötigte Anpassung der meisten Menschen an gesellschaftliche Fehlentwicklungen wirklich revolutionär aufzusprengen. ■

RENATE HÜRTGEN

Zwei Varianten eines sozialen Grundverhältnisses

Am 29.6. fand die jährliche Arbeitsgruppentagung des SB statt. Unter dem Titel ,,Eine andere Moderne'' sollten in einem der drei Foren die gesellschaftlichen Verwerfungen thematisiert werden, die aus der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung im Osten und im Westen des ,,neuen Deutschland'' resultieren. Die Referentin Renate Hürtgen, Sozialwissenschaftlerin an der Humboldt-Universität zu Berlin, mußte aus Krankheitsgründen leider absagen. Nachträglich hat sie *links* ihr Referat in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt. Mit dieser ,,ungehaltenen Rede'' beginnen wir eine ausgewählte Dokumentation der Veranstaltungsbeiträge, die wir in den nächsten Ausgaben von *links* fortsetzen.

Erwartet kein alternatives Modell von mir, nicht die Enthüllung eines unbekannten, sensationellen Faktes, kein Aha-Erlebnis oder endgültiges Resümee dessen, was da passiert in Ostdeutschland und anderswo. (Die großen Erwartungen, die ihr in den Informationswert fremder Erfahrungen setzt, teile ich nur sehr bedingt!) Im besten Fall kann meine etwas andere Sicht auf die allen bekannten Vorgänge zur Diskussion anregen. Wenn wir in diesem Forum sogar noch dazu kämen, die Fragen einzukreisen und Schwerpunkte festzustellen, die in nächster Zeit unsere theoretische oder politische Praxis bestimmen sollten, dann wäre viel erreicht. Denn eines scheint mir deutlich; weder im Westen noch im Osten gibt es ein Theorieangebot, das diesen Prozeß in seinem Werden, seinem Jetzt-Sein und seiner Perspektive zufriedenstellend abbildet. Vielleicht sind noch einige Jahre ,,abzuwarten'', vielleicht muß sich die Richtung der Entwicklung — und zwar in ganz Osteuropa — eindeutiger herauskristallisieren, um Theorien neuer Qualität entstehen zu lassen.

Dennoch: gemeinsame Diskussionen sind wichtig, allein schon, um Theorieversuche nicht immer nur aus der eigenen Suppe zu löffeln. Denn auch wenn Eure Suppe vielleicht besser schmecken sollte, es bleibt immer nur der eigene Tellerrand, über den man da schielt... Zu eben diesen Ost-Westdiskussionen einige Bemerkungen.

Ich stoße immer wieder auf mindestens drei Merkwürdigkeiten:

Erstens: Nicht wenige der sich ,,links'' oder antikapitalistisch Verstehenden erwarten, daß man vor alle Kritik an den Zuständen das Bekenntnis setzt, man halte die westliche Zivilisation, deren Früchte man nun ja auch genießen könne, schon für die bessere der Welten. Keiner von ihnen sagt, es stehe mir nicht zu, Kritik zu üben — Aber: sei es nicht schön, jetzt ,,hier'' leben zu können? Wie gesagt, es ist schon merkwürdig, daß offensichtlich als ungewöhnlich empfunden wird, wenn alternatives Denken sich — in der Art eines ,,vaterlandslosen Gesellen'' — sowohl gegen die vergangenen Gesellschaften des Ostens als auch gegen die gegenwärtigen des Westens mit gleicher Härte richtet. In der politischen Praxis sieht diese beschriebene Reaktion dann wie folgt aus: Als sich im Herbst 1989 die ,,Initiative für unabhängige Gewerkschaften'' gründete und den Versuch machte, gegen den FdGB zu mobilisieren, gab es im wesentlichen Zustimmung von Westlinken verschiedener Coleur. Diese Zustimmung wurde verhaltener, als sich dieselbe Initiative einen neuen Gegenstand gesucht hatte: die kritische Begleitung des DGB. Mit einiger Verwunderung wurde zur Kenntnis genommen, daß wir — ohne überhaupt und erst einmal die Vorzüge der bundesdeutschen Gewerkschaften erfahren zu haben, auf ihre Kritik setzen wollten. Es schwang etwas von ,,Wer ein faules Ei ein faules Ei nennt, sollte erst ein-

mal selber ein Ei gelegt haben...“ mit.

Da diese Haltung, wenn auch variantenreich, nicht selten anzutreffen ist, habe ich mit besonderer Freude zur Kenntnis genommen, daß Andrew Arato, der offensichtlich häufiger auf die Sorte ehrfürchtiger ,,Ostler“ trifft, den Appell richtet ,,... daß unsere Freunde im Osten nicht vergessen oder sich daran erinnern, daß die zweitbeste Gesellschaft notwendig radikaler Kritik bedarf.“ (Informationsrundbrief des SB, Nr. 96, Andrew Arato, Revolution, civil society und Demokratie, S. 15).

Zweitens: Die zweite Merkwürdigkeit besteht für mich darin, daß einige von Euch, wie ich vor allem den Artikeln entnehme, eine Begrifflichkeit verwenden, die ich bisher nur benutzt habe, um sie ,,in der Luft zu zerreißen“. Schon in dem Einladungstext zur heutigen Veranstaltung wird von einer ,,zivilen Utopie der Weltgesellschaft“ gesprochen und der ,,UNO als Inkarnation dieser Weltgesellschaft“, es wird der Vorschlag unterbreitet, sich eine ,,zivilgesellschaftliche Problemlösung und Konfliktregulierung“ zu überlegen. In meinem Verständnis aber sind alternative Denker aufgefordert z.B. die gerade so eifrig betriebenen ,,Konfliktlösungstreffen“ auf Regierungsebene auf ihre Pferdefüße hin zu beschreiben, also auf den Zusammenhang zwischen Machtverschiebungen von Staaten und Kapitalen und ihrer politischen Begleitmusik aufmerksam zu machen, was sich allerdings auch in der Wahl der Begriffe niederschlagen muß. (Auch für solche Zwecke ist brauchbar, was Brecht immer machte, wenn er sagen wollte, daß hinter seinem Begriff etwas anderes stecke, und darum z.B. ,,Musik“ ,,Misuk“ nannte. Vielleicht sollten wir heute über ,,Eitarkomed“ oder ,,Domakriete“ reden...!?)

Oder: Sicher läßt sich ein Zusammenhang zwischen den Forderungen der französischen Revolution nach Freiheit und Gleichheit und unserer Gesellschaft herstellen, aber im Gegensatz zu Voltaire und Rouseau sind wir doch in der Lage, die Relativität, die Widersprüchlichkeit und damit die Beschränktheit dieser Werte mitzudenken. Wird das nicht getan, bekommen jene Begriffe einen eigentümlich normativen, ahistorischen Beigeschmack. ,,Argumente“ werden da zum ,,Wesen der Demokratie“, ,,Wahrheit zur Bedingung möglicher Gewaltfreiheit“, und die ,,freieste Gesellschaft“ ist diejenige, ,,in der Wissen und Macht so scharf voneinander geschieden sind, daß die Erzeugung praktischen Wissens in der freien Diskussion der Bürger zur Macht über die gesellschaftlichen Organisation wird“. (Hauke Brunkhorst, *links*, Nr. 252, S. 57.)

Doch kein Streit um Begriffe soll hier ausgelöst werden, geht es doch letztlich um deren Praktikabilität beim Erkennen dessen, was um uns herum geschieht. Und da ist nun kritisch anzumerken: die gegenwärtigen Vorgänge in der ehemaligen DDR sind mit dieser Denkweise nicht zu erfassen! Jedenfalls dann nicht, wenn man sich nicht nur mit der Bedeutung des Parlaments beschäftigen will, bzw. einen sogenannten ,,Dritten Weg“ favorisiert, dessen Lösungsvorschläge auf einer vergleichbaren Ebene liegen. Da, wo es um Löhne, ungleiche Bezahlungen, soziale Auf- und Abstürze geht, um Eigentumswechsel und Konkurse sind derartige Erklärungen, die *im besten Fall* politische Zusammenhänge erhellen, einfach unbrauchbar. Wenn mich Kollegen aus Westberlin fragen, was sie ihren Kollegen sagen sollen, die zwar nichts gegen ,,Ostler“ haben, aber finden, die sollten erst mal ranklotzen, bevor sie Lohnforderungen stellen, und wenn sie mich dann weiter fragen, ob diese Kollegen nicht vielleicht doch ein bißchen Recht hätten, dann greife ich sinnvoller Weise auf meinen alten marxistischen Fundus zurück, mit dem sich besser noch am klarsten jener komplizierte Mechanismus von Lohn und Preisbildung, Konkurrenz und Extraprofit darstellen läßt. Ich denke, daß Euer o.g. Diskussionsangebot an diesem Bedarf vorbeigeht. Will man unsere jetzige Situation alternativ reflektieren, so bleibt m.E. nichts anderes übrig, als sein ,,Lieblingsspielzeug“ zugunsten eines Gegenstandes aufzugeben, der wieder stärker jene gesellschaftlichen Bereiche in den Mittelpunkt rückt, die außer der politischen Sphäre auch noch existieren. (Ihr könnt es bedauern und als Rückfall in die 50er Jahre bezeichnen, aber wo steht denn geschrieben, daß die Wahl des Gegenstandes mit Notwendigkeit seine dogmatische Behandlung impliziert?!) Denn so rein und klar hat sich ein gesellschaftlicher Prozeß schon lange nicht mehr offenbart: nämlich weder als zunächst politischer, kultureller oder psychischer, sondern als ganz profan ökonomischer. Wenn es uns nicht schaudert in die Niederungen dieses gesellschaftstheoretischen Ansatzes hinaufzusteigen, kommen wir der Sache vielleicht gemeinsam etwas näher! (Nebenbei: ich lese, daß Ihr bedauert, daß theoretische Linke und soziale Bewegungen auseinanderdrifften, doch wie sollte es anders sein, solange sich die einen über zivilisatorische Momente eines demokratischen Staatswesens die Köpfe heiß reden, während die anderen sich in einem ausgesprochen komplizierten Formierungsprozeß gegenüber dem Kapital befinden..?)

Drittens: Und die dritte Merkwürdigkeit im gemeinsamen Umgang der ,,theoretischen Linken“ resultiert aus der Tatsache, daß wir über den Prozeß der Wandlung des Ostens naturgemäß viel reden, den Verlauf zu bestimmen suchen, ohne uns die Mühe gemacht zu haben, das Gesellschaftsgebilde ,,Realsozialismus“ systematisch zu untersuchen. Im Gegensatz zu den Gesellschaftswissenschaftlern der ehemaligen DDR, von denen, obwohl von berufswegen ja eigentlich prädestiniert, wegen ihrer Staatsloyalität und Nähe zur Macht aber eben doch nicht, man solches sicher nicht erwarten kann, hätte ich gedacht ein größeres Interesse an diesen untergegangenen Reichen bei Euch zu finden, nicht, weil ich im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen möchte, nicht, son-

ZINS UND ZINSESZINS
DER SCHULDENLAST:
CHOLERA
IN PERU

Die Armut der Länder fernab der Wohlstandszitadellen wächst. Und mit ihr steigen auch die Krankheiten der Armut: Tuberkulose - tödlich verlaufende Durchfallerkrankungen und schließlich Cholera.
Die Ursachen sind so einfach zu nennen und so schwer zubekämpfen:

Neoliberale Wirtschaft für einen ganzen Kontinent - Kürzungen für den Sozial- und Gesundheitsbereich - 'Anpassung' an ein vermeintliches Erfolgsmodell der Ökonomie, das längst als "closed shop" funktioniert. Schwindelerregende Preiserhöhungen für Lebensmittel, Medikamente oder Brennstoff, fehlende Trinkwasser- oder Abwassernetze besorgen dann der Epidemie den tödlichen Boden.

Dagegen regen sich in Peru Basisinitiativen wie **"Accion para la Salud"** (Aktion für Gesundheit), die sich gemeinsam mit anderen zu einer Koordination gegen den Cholera-Notstand in Chimbote organisiert haben. Sie wollen kurzfristig medizinische Nothilfe bieten und langfristig für die Beseitigung der krankmachenden Zustände arbeiten:

- durch Installieren von Trinkwasserversorgung
- durch Gesundheitserziehung und Ausbildung von Gesundheitspromotoren
- durch Information und Aufklärung über die Ursachen der Epidemie

Dafür brauchen sie Unterstützung, materielle, aber auch politische: gegen die ungerechte Schuldenlast, die einen seit 500 Jahren ausgebeuteten Kontinent weiter in den Ruin treibt.

Spendenkonten:
1800 Frankfurter Sparkasse
6999-508 Postgiro Köln
Stichwort "Peru"

medico international

Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Telefon: 069/4990041/2

dern weil ich denke, wir werden nie herausbekommen, wohin sich hier was wendet, wenn wir nicht wissen, was es war. Mit erstaunlicher Gewißheit werden jedoch die unterschiedlichsten Bezeichnungen angeboten, bleiben unbegründet und sind so eher hinderlich für eine inhaltliche Auseinandersetzung. Da gibt es die Variante Sozialismus und ,,Sozialismus'' in Anführung, dasselbe noch einmal mit realexistierender Sozialismus, die Bezeichnungen Staatsozialismus und bürokratische Mangelwirtschaft, totalitäre und zentralistische Gesellschaft. Die Frage nach der Revolution oder der sogenannten oder der ,,nachholenden'' wird entschieden, bevor eine Analyse der sozialen Strukturen es überhaupt zuläßt, von einem (revolutionären) Wandel zu sprechen. Und das ganze als ,,Transformation eines totalitären Staatssozialismus in marktwirtschaftlich organisierter liberaler Demokratie'' zu definieren, finde ich angesichts des Theoriestandes einigermaßen vermessen. (Informationsrundbrief des SB, Nr. 96, S. 5)

Mein Verdacht: viele Irrtümer der ,,Linken'' haben (innertheoretisch gesehen) ihre Ursache darin, daß die DDR viel zu besonders behandelt wurde, als etwas ,,ganz anderes'' und nicht der Versuch unternommen wurde, diesen anderen deutschen Staat als ,,Fleisch vom eigenen Fleische'' zu sehen.

Mein Vorschlag: betrachten wir doch einmal diese beiden Gesellschaften als Varianten eines durchaus vergleichbaren sozialen Grundverhältnisses, suchen wir doch erst einmal die Gemeinsamkeiten, bevor wir uns in den dann zweitrangigen Streit um die günstigeren politischen Strukturen einlassen. Zu meiner Freude lese ich, daß der schon einmal zitierte Andrew Arato diesen Gedanken in seiner Anmerkung 4) äußert: ,,Und er weiß'', heißt es da bezogen auf die ost-westeuropäischen Diskussionen, ,,vielleicht werden wir von nun an kritische, politische und Gesellschaftstheorien entwickeln, die einander wesentlich näherstehen als bisher. Schließlich werden wir zur eigenen Verblüffuntg in Gesellschaften leben, die strukturell demselben Typus zugehören.'' (Informationsrundbrief des SB, Nr. 96, S. 25)

Und wo bleibt das Positive ...?

So weit meine ersten Erfahrungen nach 1 1/2 Jahren Ost-Westgespräch. Die darin steckenden Kritiken sollten nicht verheimlicht werden. Um mich aber nicht dem Vorwurf des ewigen Meckerers auszusetzen, der nichts eigenes einzubringen hat, ein paar thesenhafte Gedanken, den Vorschlag betreffend, wie die Analyse des ,,Ostens'' angegangen werden könnte.

1) In Deutschland laufen derzeit (wenigstens) zwei Entwicklungen ab: die Auflösung des zentral verfügten Eigentums, seine Neuverteilung, was ein sozial-struktureller Prozeß ist und die äußerst aktive Beteiligung an diesem Prozeß durch die zahlungskräftigen Eigentümer des ehemaligen Nachbarstaates, was ein nationalstaatlicher Vorgang ist. Gedanklich sind diese beiden Vorgänge durchaus zu trennen.

2) Diese sozialstrukturelle, gewissermaßen ,,interne'' Veränderung ist dabei der eigentliche, der dominierende Prozeß, was unschwer u.a. daran zu erkennen ist, daß alle Länder des Ostblocks auf ihre spezifische Weise letztlich das gleiche ,,erleben''.

3) Daß die besondere deutsche Situation dem ganzen seine Unverwechselbarkeit gibt, soll nicht bestritten werden. Je komplizierter aber eine gesellschaftliche Erscheinung ist, umso wichtiger erscheint es mir, den zweiten nicht vor dem ersten Schritt zu tun und alles aus dem ungleichen Entwicklungsstand der Menschen, Völker, Staaten zu erklären. Wir beschreiben damit zwar ein wichtiges Bewegungsgesetz in unserer kapitalistisch organisierten Welt, wo dieses Gesetz aber seine Quelle hat, wo es produziert wird, bleibt im Dunkeln.

4) Bemerkenswert finde ich, daß, wann immer in der Geschichte jene Verquickung von sozialen und nationalen Veränderungen zu betrachten und zu bewerten war, alle Welt — von links bis rechts — sich auf die Nationalitätenproblematik konzentrierte; sie wurde heftig diskutiert, an ihr schieden sich die Geister. Offensichtlich blieb dabei unerkannt, daß die Entstehung eines nationalen Marktes lediglich eine historisch vergängliche Form der ihr zugrunde liegenden ökonomischen Entwicklung war.

5) Um nicht demselben Fehler zu verfallen, plädiere ich dafür, daß wir unser schier unerschöpfliches Thema der deutsch-deutschen Begegnung und wie ,,sprachlos wir sind'', doch endlich zugunsten einer Analyse der sozialstrukturellen Veränderungen zurückzustellen.

6) So wäre m.E. viel geleistet, wenn die Dynamik der Veränderungen in der ehemaligen DDR als Dynamik der veränderten Klassen-, Schichten-, Gruppenzugehörigkeit dargestellt würde. Was geschieht mit der früher sehr homogenen Lohnarbeitermasse? Wer steigt in die neue herrschende Eigentümerklasse auf? Wie hoch ist der Anteil der ehemaligen Ostler in der zukünftigen Führungsetage von Wirtschaft und Politik? Und wer stellt die Mitglieder der Kleineigentümer, einer Schicht, die es praktisch vorher nicht gab?

7) Dieser soziale Um- und Neuschichtungsprozeß großen Stils, dominiert z.Zt. das gesamte Leben in der ehemaligen DDR, ein Gerangel um günstige Ausgangspositionen findet statt, und zwar in allen Klassen und Schichten gleichermaßen intensiv und aggressiv, denn die Hoffnungen, einen besseren Platz zu ergattern sind durchaus real.

8) Aber es muß kein soziologischer Ansatz sein, mein Vorschlag geht nur dahin, die sozialen Prozesse von den nationalstaatlichen sauber zu trennen und Prioritäten festzulegen. Damit wäre man auch schlagartig jene miefige Ost- bzw. Westgemeinschaft los, die auf der Behauptung aufbaut, ich säße mit Frau Bergmann in einem Boot, nur weil Frau B. auch einige ,,Anfangsschwierigkeiten'' (auf parlamentarischem Boden allerdings) hatte. Nach meiner Erfahrung hatte und habe ich mit Frau B. mehr ,,Sprachprobleme'' als mit dem türkischen Kollegen, den ich manchmal bitten muß, den Satz zu wiederholen, denn sein deutsch ist mangelhaft.

9) Gerade angesichts der verbreiteten Meinung, es handle sich in erster Linie um eine Ost-Westproblematik, die scheinbar täglich ihre Bestätigung findet, haben linke Theoretiker mit dem Trugschluß aufzuräumen, daß die entlassene Sekretärin irgendetwas mit dem neuen Geschäftsführer zu tun hätte, der sich als ehemaliger Ossi nur unter Mühen gegen die Westkonkurrenz behaupten kann. Ob sie beide es wissen oder nicht: schon heute sind sie der Westsekretärin bzw. dem Siemensgeschäftsführer näher als es jede Ostvergangenheitsgemeinsamkeit zuläßt.

10) Wie dringend geboten es ist, auf diese einfachen Zusammenhänge zu verweisen, machen jüngste Politikerreden deutlich. Da wird mit besorgter Mine mitgeteilt, daß es wohl noch lange dauern wird, bis jene ,,tiefe kulturelle und psychische Kraft'' überwunden ist... Nichts wäre günstiger, um zu erwartende soziale Spannungen kanalisieren und von den wirklichen Ursachen ablenken zu können, wenn sich die Frage nach den Gewinnern und Verlierern als Problem der unüberbrückbaren Ost-Westmentalitäten in den Köpfen festsetzte.

Ich hoffe, etwas provoziert zu haben und in einige Fettnäpfchen getreten zu sein und wünsche uns eine gute Diskussion. ■

MONIKA FROMMEL

Grundrecht auf Schwangerschaftabbruch

Weder die in der CDU diskutierten Indikationenmodelle noch die von der FDP eingebrachte Fristenlösung mit Zwangsberatung ist geeignet, die in Bayern anhängigen Strafverfahren zu beenden. Sollte keiner der beiden Vorschläge eine Mehrheit bekommen, wird nach dem 31.12.1992 das Bundesverfassungsgericht über § 153 DDR-StGB (Fristenlösung ohne Zwangsberatung) zu entscheiden haben. Nach der hier vertretenen Auffassung gibt es keinen triftigen Grund, an dessen Verfassungsmäßigkeit zu zweifeln. Spätestens mit der deutschen Einheit hat die Abtreibungsentscheidung aus dem Jahre 1974 faktisch ihre Bindungswirkung verloren. Wer aus volkswirtschaftlichen Gründen Kinderkrippen einspart, kann nicht zugleich — mit dem Anspruch auf Glaubwürdigkeit — behaupten, daß der Schutz des werdenden Lebens eine Strafdrohung gegen die Frau aus generalpräventiven Gründen erforderlich mache.

Die Forderung nach einem Grundrecht auf Abtreibung trifft den existentiell und symbolisch wunden Punkt im Geschlechterverhältnis. Sie trifft auch den Kern des herkömmlichen Verfassungsverständnisses: gefordert wird ein geschlechtsspezifisches Grundrecht, das nicht Gleichheit, sondern Differenz betont, und zwar in einem biologischen, sozialen, moralischen und rechtlichen Sinne, also umfassend. Ein Grundrecht auf Abtreibung kann kein Freiheitsrecht gegen ein als getrennt vom Körper der Mutter gedachtes Wesen sein, sondern es ist der Anspruch auf weibliche Autonomie. Es gibt sie nur, wenn wir das Recht haben, eigenverantwortlich darüber zu entscheiden, ob wir Mutter werden wollen oder nicht. Im folgenden geht es darum, dieses Anliegen zu übersetzen in eine Sprache, die sich in der juristischen (auch verfassungsrechtlichen) Arena behaupten kann.

I. Was heißt Entscheidungsfreiheit: Recht auf „körperliche Unversehrtheit" oder „Gewissensentscheidung"?

Im vorliegenen Entwurf der „Frauen für eine neue Verfassung" heißt es in Art. 4 (Gewissensentscheidungsfreiheit): „Jede Frau hat das Recht, *nach ihrem Gewissen* zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft fortsetzen will."

Eine andere Formulierung und auch eine andere systematische Einordnung wählten die VerfasserInnen des Verfassungsentwurfs der DDR (Arbeitsgruppe des Runden Tisches, Berlin im April 1990): „Frauen haben das Recht auf selbstbestimmte Schwangerschaft. Der Staat schützt das ungeborene Leben durch das Angebot sozialer Hilfen."

Das Recht auf Abtreibung ist dort ein *Freiheitsrecht*. Die Kollision zwischen dem Recht der Schwangeren und der Schutzpflicht des Staates für das werdende Leben wird zugunsten der Frau und jedenfalls gegen das Strafrecht entschieden.

Einen dritten Weg geht der im Juni 1991 in der Paulskirche vorgestellte Entwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Ländern. Nach einer ausführlichen Diskussion der hier vorgeschlagenen Verankerung der Entscheidungsfreiheit der Frau in Art. 4 GG, wird die ursprüngliche Konzeption eines Freiheitsrechtes der schwangeren Frau aufgegeben und ein eigenständiger Artikel formuliert, Art. 3 a (Schwangerschaftsabbruch):

„(1) Jede Frau hat das Recht zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht. Dieses Recht darf (umstr.: bis zum Ende des dritten Monats) nicht beschränkt werden.

(2) Wer eine Schwangerschaft abbricht, darf strafrechtlich nicht verfolgt werden, es sei denn, daß der Abbruch gegen den Willen der Schwangeren erfolgt."

Zu diskutieren sind also folgende Fragen: Wieso wird nach dem hier vorgeschlagenen und dem Entwurf des Kuratoriums das Recht auf Schwangerschaftsabbruch nicht bei den Freiheitsrechten oder dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit angesiedelt, sondern entweder als Grundrecht eigener Art interpretiert bzw. als schon in der geltenden Verfassung verankert behauptet, und zwar in Art. 4 GG. Kann die Interpretation als Gewissensentscheidungsfreiheit deutlich machen, daß es nicht um die Moralisierung der Abtreibungsfrage geht, sondern um die *moralische Autonomie* als Frau. Schließlich ist zu fragen, wie sich das Konzept eines Grundrechts auf eine freie Gewissensentscheidung zu Rita Süssmuths erweiterter Indikationslösung verhält? Bevor ich diese Frage beantworte, möchte ich kurz klären, wieso das Recht auf Entscheidungsfreiheit kein Freiheitsrecht im klassischen Sinne sein kann und in welchem Kontext jeweils von der „Gewissensentscheidung" der schwangeren Frau die Rede ist.

Gegen die Interpretation des Rechts auf Abtreibung als Freiheitsrecht sprechen juristisch-strategische und prinzipielle Gründe. Beginnen wir mit der Strategie. Die juristische Seite der Abtreibungsdebatte gleicht einem Schachspiel, in dem so gut wie alle Züge bekannt sind. Gewinnen kann nur die Spielerin, die aus einer Situation, die

nach einem Matt aussieht mehr als ein Patt zu machen versteht. Freiheitsrechte, also auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit, kollidieren unmittelbar mit Rechtspositionen, die seit einigen Jahren sehr erfolgreich behauptet und sehr wirkungsvoll juristisch umgesetzt worden sind, nämlich dem sogenannten Lebensrecht des Foetus (eine ungenaue Formulierung, die zwar den politischen Streit beherrscht, aber noch nicht die juristische Debatte) und der sogenannten Schutzpflicht des Staates (Rechtsprechung). Die allgemeine Handlungsfreiheit ist als Gegenargument zu schwach. Sie kann ohne großen Begründungsaufwand durch einfaches Gesetz eingeschränkt werden. Bei Persönlichkeitsrechten ist dies schon schwieriger. Erforderlich ist ein überwiegendes Allgemeininteresse. Es ist eine Frage des politischen Klimas, wie hoch dieses Allgemeininteresse eingestuft werden wird, wenn — was so gut wie sicher ist — das Bundesverfassungsgericht erneut über ein Gesetz zur Reform der Abtreibung zu entscheiden hat. Aber fast unüberwindlich sind die juristischen Hürden, wenn es um die inhaltliche Kontrolle einer Gewissensentscheidung geht. Die Gerichte müßten, um entsprechende Strafvorschriften zu verteidigen, erfolgreich behaupten, daß die Entscheidung gegen ein Kind keine Gewissensentscheidung sei, da es eine objektive Norm gäbe, die Frauen eine Gebärpflicht auferlegt. Gegen diese Argumentation richtet sich unsere Forderung nach einem Grundrecht auf Abtreibung. Wenn es uns gelingt, in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß es hier um eine Art Glaubensfrage geht, in der das Toleranzprinzip gilt, dann kann das Matt abgewendet und die Jahrhundertdebatte für die Anerkennung der weiblichen Autonomie entschieden werden. Juristische Argumente, die sich auf Persönlichkeitsrechte und das Recht auf freie Gewissensentscheidung berufen, haben somit bessere Gewinnchancen als solche, die nach Freiheitsrechten klingen.

Aber es gibt neben pragmatischen auch prinzipielle Argumente für die hier vorgetragene Lösung. Wenn wir ein Entscheidungsrecht beanspruchen, dann bedeutet dies, daß wir die Beurteilung der Situation der Frau überlassen wollen, weil ihr Körper, ihre Seele, ihr gesamtes Leben verändert werden wird. Wir beanspruchen also eine *Kompetenznorm*. Das klassische Grundrecht, das lediglich die Kompetenz für eine Entscheidung reklamiert, ist die Gewissensentscheidungsfreiheit. Daher soll ihr hier näher nachgegangen werden.

Das „Gewissen" ist nach Kant (die Religion innerhalb der Grenzen der Vernunft) die „sich selbst richtende moralische Urteilskraft". Es geht um mehr als nur um die „Anwendung" vorgegebener Normen. Das Gewissen ist eine reflexive Instanz. Das Recht auf Abtreibung im Sinne eines Rechts auf eine Gewissensentscheidung hat also einen doppelten Sinn. Gemeint ist Freiheit von Bevormundung und Anspruch auf Anerkennung als moralisches Subjekt. In einer Zeit konkurrierender Moralen ist der Verweis auf das Gewissen nicht rückschrittlich, sondern fortschrittlich. Er öffnet die Perspektive auf eine kontextualistische Moral, die zeigt, daß moralische Entscheidungen *personen- und situationsbezogen* sind. Daher lese ich Kants verstreute Bemerkungen als versteckte Botschaft, die sich im Grunde gegen Kants eigene Konsequenzen richtet, die aber nach 200 Jahren eine Anregung sein können für eine postkonventionelle Debatte über die Grenzen einer zu stark von den Betroffenen abstrahierenden (d.h. konventionellen und an herkömmlichen männlichen Sichtweisen orientierten) Moralvorstellung.

Personen- und situationsbezogene Entscheidungen entziehen sich nicht nur einer juristischen Nachprüfung, sie sperren sich auch gegen die scheinbare Objektivierung durch Autoritäten, denen traditionell eine „Definitionsmacht" über Menschen zugeschrieben wird (Ärzte, Pfarrer und deren säkuläre Äquivalente: Therapeuten und Sozialarbeiter). Aus der Grundrechtsdebatte wird eine Kritik an der Praxis der kontrollierenden Instanzen. Sie richtet sich sowohl gegen eine strafende als auch gegen eine helfende Kontrolle: eine Entscheidung für oder gegen ein Kind kann nur höchstpersönlich und situationsbezogen getroffen werden. Was für eine konkrete Frau in ihrer konkreten Situation „richtig" ist, das kann nur sie beurteilen. Nicht „Hilfe statt Strafe" ist der für eine künftige Abtreibungsdebatte angemessene Slogan, sondern „Hilfe ohne Kontrolle". Wenn wir unter diesem Aspekt die gegenwärtige Abtreibungsdiskussion rekapitulieren, dann erkennen wir, daß Frauen in einem grundlegenden Sinne nicht als moralische Subjekte ernst genommen werden.

Nach dieser Vorbemerkung soll der Süssmuth-Entwurf genauer untersucht werden. Dem Entwurf geht es nicht um weibliche Autonomie sondern lediglich um eine defensive Strategie gegen eine extreme Version des Lebensschutzes. Also ist dort in einem ganz anderen Sinne von einer „Gewissensentscheidung" der Frau die Rede:

„Die Schwangere muß dem abbrechenden Arzt unter Vorlage der Beratungsbescheinigung darlegen, sich in einer Notlage zu befinden, (a) die so schwer wiegt, daß ihr nach bestem Willen und Gewissen die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht zumutbar erscheint, und (b) die sie nicht auf andere ihr zumutbare Weise abzuwenden vermag."

Beim genauen Vergleich wird deutlich, was der Entwurf im Unterschied zu der hier vorgeschlagenen Regelung will. Er geht vom konservativen Modell des Vorrangs des Lebensschutzes und damit von einer grundsätzlichen *Gebärpflicht* jeder Frau aus. Aber im Unterschied zum geltenden § 218 a StGB soll die Zumutbarkeitsprüfung im Rahmen einer Notlagenindikation von der Frau selbst vorgenommen werden. Sie muß aber vorher eine mit strafrechtlichem Zwang auferlegte Beratungsstelle aufgesucht haben. Es soll also lediglich rechtstechnisch das Merkmal „nach ärztlicher Erkenntnis" im geltenden § 218 a StGB durch ein Selbstbeurteilungsrecht der Frau ersetzt werden. An eine Gewissensentscheidung im Sinne eines Grundrechts scheint dabei nicht gedacht zu sein. Es geht also nicht um die Garantie eigenverantwortlicher Entscheidung, sondern in erster Linie um die Entlastung der abbrechenden Ärzte. Sie sollen künftig kein Strafbarkeitsrisiko mehr eingehen. Der sogenannte dritte Weg ist so gesehen ein pragmatischer Kompromiß. Er bietet — verglichen mit der geltenden Rechtslage — insbesondere für die abbrechenden Ärzte eine gewisse Rechtssicherheit. Aber mehr kann und will er nicht beanspruchen. Die Tatsache, daß es sich um eine Reform aus ärztlicher Sicht handelt, erklärt auch, wieso sich mittlerweile der Deutsche Ärztetag positiv dazu geäußert hat. Die Nachteile dieses Kompromisses sind aber ebenfalls nicht zu übersehen. In Gesetzesform gegossen würde er zu einer Verschlechterung der Situation in den Ländern führen, die bislang die Beratung so wenig wie möglich verrechtlicht haben.

Bevor ich mich der Frage zuwende, wie ein Grundrecht auf Abtreibung verfassungsrechtlich begründet werden kann, soll kurz erklärt werden, ob es unbegrenzt gelten oder befristet sein kann. Jede *Frist*, also auch die Befristung der Entscheidungsfreiheit einer schwangeren Frau, zieht eine lediglich pragmatische Grenze. Zu fragen ist daher, ob eine Dreimonatsfrist der betroffenen Frau eine faire Chance einräumt, sich ohne staatliche Reglementierung für oder gegen die Mutterschaft zu entscheiden. Daß dies auf einer pragmatischen Ebene ohne weiteres zu bejahen ist, braucht hier nicht weiter ausgeführt werden. Es gibt nur ganz wenige, meist sehr extrem gelagerte Fälle, in denen eine Abtreibung nach der 12. Woche erwogen wird und in diesen Fällen liegt im allgemeinen eine medizinisch-soziale Indikation vor. Festzuhalten ist, daß auch eine Fristenlösung die Entscheidungsfreiheit garantieren würde. Es steht m.E. der Gesetzgebung frei, entweder §§ 218 ff StGB zu streichen und ein privilegiertes Tötungsdelikt bei lebensfähigen Embryonen zu normieren oder eine Fristenlösung ohne Beratungspflicht vorzusehen.

II. Verfassungsrechtliche Argumente

1) Lebensschutz, Freiheitsrechte, Persönlichkeitsrechte und das Grundrecht auf eine freie Gewissensentscheidung

Die rechtliche Begründung der Entscheidungsfreiheit einer Schwangeren kann auf folgende Grundrechte und verfassungsrechtliche Prinzipien gestützt werden: die *Menschenwürde* nach Art. 1 GG, die *Gewissensentscheidungsfreiheit* nach Art. 4 Abs. 1 GG i.V.m. der Achtung ihrer *Persönlichkeit* nach Art. 2 Abs. 1 GG. Ferner auf den Grundsatz der *Gleichberechtigung* nach Art. 3 Abs. 2 GG, da dieser verletzt ist, wenn Frauen Sonderpflichten zugemutet werden, die ihre freie Entfaltung empfindlich einschränken. §§ 218 ff StGB normieren eine mit einer Strafdrohung versehene Gebärpflicht, also eine *rechtliche Sonderpflicht*, die nur Frauen treffen kann.

Wichtig in diesen Zusammenhang ist folgende Unterscheidung. Abbrechende Dritte können nach anderen Regeln behandelt werden als die Schwangere. Auch Experimente mit menschlichen Leben können, wenn man dies für sinnvoll hält, rigide untersagt werden, ohne daß diese gesetzgeberische Entscheidung in irgendeiner Weise die rechtliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (mit Einverständnis der Frau) präjudiziert. Der entscheidende Gesichtspunkt für eine denkbare Ungleichbehandlung ist die Konsequenz eines Verbots für die Frau. Ihr wird eine folgenreiche Gebärpflicht auferlegt. Dritte hingegen werden in ihren Persönlichkeitsrechten nicht tangiert. Sie werden lediglich rechtlich verpflichtet, schädigende Handlungen zu unterlassen. Die Frau hingegen muß sich in den Dienst des werdenden Lebens stellen: physisch, psychisch, sozial, moralisch und rechtlich. Dieser entscheidende Unterschied wird notorisch übersehen. So gesehen wird meist aus einer männlichen Perspektive diskutiert.

Eine rechtliche Begründung im einzelnen wird folgende *Prämissen* beachten müssen, um in sich schlüssig zu bleiben:

- Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen geborenem und vorgeburtlichem Leben. Der Foetus ist zwar ein *Rechtsgut*, aber kein *Rechtssubjekt*.
- Dieser Unterschied ist insbesondere dann rechtlich relevant, wenn eine Regelung das Verhältnis zwischen der Schwangeren selbst und ihrer Leibesfrucht betrifft. Die spezifische Beziehung der Schwangeren zu dem in ihrem Körper wachsenden Leben ist eine auch für das Recht bedeutsame *singuläre Situation*. Alle rechtlichen Regelungen müssen differenzieren zwischen dem Schutz des ungeborenen Lebens vor Schädigungen durch Dritte und der Kontrolle der Schwangeren selbst.
- Die singuläre Situation des Schwangerschaftsabbruchs bringt es mit sich, daß ein strafrechtliches Verbot des Schwangerschaftsabbruchs aus der Perspektive der Frau — und auf sie kommt es an — ein strafbewehrtes Gebot ist, das den Inhalt hat, alle mit der Schwangerschaft und Mutterschaft verbundenen Pflichten, d.h. die *Verantwortung* für ein Lebewesen zu übernehmen. Ein solches Gebot
- berührt den Kern ihrer *personalen Identität*. Rechtlicher Zwang verletzt also ihr grundrechtlich garantiertes Persönlichkeitsrecht und ihr Recht auf eine autonome Gewissensentscheidung.

2) Kritik an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Die erste Prämisse teilt auch das Bundesverfassungsgericht. Zwar stellt es nicht ausdrücklich fest, daß es einen qualitativen Unterschied zwischen geborenem und ungeborenem Leben gibt, aber es stützt seine Entscheidung nicht auf ein subjektives Lebensrecht des Foetus, sondern auf eine dubios gebliebene Schutzpflicht des Staates: Im übrigen ,,braucht die Frage nicht entschieden zu werden, ob der nasciturus selbst Grundrechtsträger ist oder aber mangels Rechts- und Grundrechtsfähigkeit ‚nur' von den objektiven Normen der Verfassung geschützt wird'' ... (BVerfGE 39, 1 ff., 41)

Das Bundesverfassungsgericht geht also nicht von einem Lebens*recht* in einem strikten rechtlichen Sinne aus, sondern lediglich von einer Schutzpflicht des Staates. Systematisch ist dies alles andere als einleuchtend. Es hätte genügt, wenn das Sozialstaatsprinzip präzisiert worden wäre. Aber offenbar ging es nicht um eine kinderfreundliche Gesellschaft, sondern um patriarchale Macht: die Schwangere habe eine grundsätzlich anzuerkennende Pflicht, die mit einer Schwangerschaft ,,normalerweise'' verbundenen Belastungen auf sich zu nehmen.

Allerdings wird diese Zumutung ein wenig relativiert. Verfassungsrechtlich geschützt sei nicht nur das werdende Leben, sondern auch die Gewissensentscheidung der Frau, allerdings nur in einem sehr eingeschränkten Sinne. Beachtlich sei nur eine ,,*achtbare Gewissensentscheidung*'', d.h. die Weigerung in einer für sie unzumutbaren Situation. Mit diesen lapidaren Feststellungen schränkt das Gericht das Grundrecht der freien Gewissensentscheidung ein, ohne zu sehen, daß damit der Kernbereich des Art. 4 Abs. 1 GG verletzt wird, der inhaltliche Überprüfungen von Gewissensentscheidungen verbietet. Mit anderen Worten: das Gericht hat die Problematik übersehen. Er erörtert lediglich die Kollision zwischen der Schutzpflicht des Staates und der allgemeinen Handlungsfreiheit der Frau. Es kommt im Ergebnis zu einem abstrakten Vorrang des Lebensschutzes. Nicht gesehen wird, daß das Verbot des Schwangerschaftsabbruches und damit das Gebot zur Mutterschaft nicht nur die allgemeine Handlungsfreiheit einschränkt, sondern die personale Identität verletzt. Offenbar haben die Verfassungsrichter das Problem in seiner Bedeutung verkannt. Die Entscheidung ist schlicht veraltet.

Die vom Bundesverfassungsgericht vertretene Ansicht, der Staat müsse vorgeburtliches Leben auch gegen den Willen der Schwangeren schützen, bedeutet für die Frau

— Zwang zur Fortsetzung der Schwangerschaft,
— Zwang zum Gebären und
— Zwang zur Mutterschaft,

also rechtlicher Zwang, gegen die eigene Überzeugung Verantwortung für einen Menschen übernehmen zu sollen. Ein solcher Zwang ist nur legitim, wenn werdendes und geborenes Leben gleichgesetzt werden könnte (die erste Prämisse). Aber gegen eine solche Gleichsetzung sprechen gewichtige Argumente. In der Frühphase der Schwangerschaft wird der Foetus von der schwangeren Frau nicht als ein von ihr getrenntes Lebewesen erlebt. Erst in zweiter Linie ist ein Schwangerschaftsabbruch auch ein Eingriff in rechtlich geschützte Interessen der Allgemeinheit (aber nicht in Rechte des Embryos). Strafbewehrte Gebote sind im allgemeinen unangemessen und bedürfen einer eingehenden Begründung. Diese kann im Falle eines Schwangerschaftskonfliktes nicht gegeben werden. Der Schwangeren muß also die Entscheidungskompetenz eingeräumt werden, entweder die Verantwortung für das vorgeburtliche Leben zu übernehmen oder die Schwangerschaft abzubrechen. ■

Aus: ***Paulskirche 1990. Frauen für eine neue Verfassung****, erscheint in: Feministische Studien 1991 (Extra), zitiert: Feministische Studien 2/1991.*

LOTHAR BAIER

Traugott König

Am 9.7.1991 starb in Frankfurt nach kurzer Krankheit der Romanist und maßstabsetzende Sartre-Übersetzer Traugott König (geb. 1934 in Niederschlesien). Wir dokumentieren die Rede, die Lothar Baier bei der Beerdigung gehalten hat.

Einige Zeit nach dem Tod Jean-Paul Sartres hat der Philosoph Gilles Deleuze gesagt; jetzt erst merke man, was Satre bedeutet hat: allein durch seine Präsenz habe er die Leute daran gehindert, irgendetwas daherzuschwätzen.

Nun ist sein Übersetzer Traugott König tot. Ich bin jedoch sicher, daß er noch lange unter uns präsent bleiben wird, nicht nur als Übersetzer von Sartres theoretischen Hauptwerken und als zäher Betreuer der Neuausgabe von Sartres Werken in deutscher Sprache, sondern auch als Begründer eines neuen Kodex des Übersetzens. Es wird in diesem Land nicht mehr daher übersetzt werden können, als wäre nichts gewesen.

Traugott König hat nicht nur als Übersetzer ein bleibendes Beispiel gegeben, angefangen mit der ersten großen Übersetzung, dem unerhörten Wurf der ,,Kritik der dialektischen Vernunft" von 1967, die entschieden mit der lauten Routine des bis dahin üblichen Sartre-Übersetzens brach. Er hat auch, als Herausgeber der Neuedition, eine ganz heterogen zusammengesetzte Gruppe von Übersetzern geschult. Als Herausgeber begnügte er sich nicht damit, die einzelnen Bände der Neuübersetzung abzuzeichnen. Er arbeitete mit jedem Übersetzer und jeder Übersetzerin, erläuterte am konkreten Beispiel das Spezifikum des Neuen an der neuen Übersetzung. Auf diese Weise hatten alle einen Lehrer zu Hause, der bei der Arbeit über die Schulter schaute und sich da und dort mahnend in Erinnerung rief. Dieser Traugott ist immer noch unter uns, unter denen, die an der Übersetzungsarbeit mitbeteiligt waren. Und zwar nicht als drohendes Über-Ich, sondern als Verkörperung von Grundsätzen, die inzwischen weit über den Kreis der Sartre-Übersetzer hinaus ,,verinnert" worden sind, wie der von Traugott König eingeführte, für seine innovatorische Übersetzungsarbeit bezeichnende Ausdruck lautet.

Neuer Kodex des Übersetzens

Ich möchte mit ein paar Worten umreißen, worin meiner Auffassung nach die Zäsur besteht, die Traugott Königs Praxis des Übersetzens bewirkt hat. Sie hat nichts mit der Rückkehr zu einer ohnehin illusorischen Wörtlichkeit zu tun. Es geht ihr um die Beachtung der Sprachebenen, auf der sich der jeweilige Autor bewegt. Wenn der Autor dort, wie es bei Sartre häufig der Fall ist, überraschend ein anderes Register zieht, von der fachphilosophischen Sprache in die Umgangssprache überwechselt oder eine durchkompensierte Satzperiode mit einem kurzangebundenen Lakonismus abschließt, dann muß die Übersetzung der von unserer Kultur beförderten Versuchung widerstehen, solche scheinbaren Brüche einzuebnen und Kanten abzurunden. Was in der Originalsprache ausbricht, muß auch in der Sprache der Übersetzung ausbrechen.

Der Königsche Kodex des Übersetzens, wenn ich so sagen darf, hält die Übersetzer nicht nur zu äußerster philologischer Umsicht und zum Hineindenken in den Kontext an. Er ruft auch zu ständigem Mißtrauen gegenüber den Einflüssen des Zeitgeistes auf die Sprache auf, die den Übersetzer im Augenblick des Übersetzens umgibt. Die Neuübersetzung der Sartreschen Texte war ja deshalb notwendig geworden, weil die Sprache, die den Übersetzern in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten zur Verfügung stand, in rasantem tempo gealtert war. Es handelte sich um die äußerst verderbliche Mischung aus dem verblasenen Deutsch der sogenannten inneren Emigration, dem Jargon des christlichen Existentialismus und den westlichen Sprachregelungen des Kalten

Foto: Peter Maroldt

Krieges. Die Übersetzung in diesem Sprachgeist kam häufig einer Zensurierung Sartres gleich. Ich möchte nur daran erinnern, daß es im Westen Deutschlands damals nicht möglich war, Sartres Gesellschaftsklassen „Klassen" zu nennen, sie mußten zu „gesellschaftlichen Kreisen" veredelt werden. Das ohnehin in der deutschen Rezeption weithin mißverstandene „Engagement" tauchte in der Nachkriegsübersetzung als „Bindung" wieder auf. Selbst Adorno fiel in seiner Sartre-Kritik ein wenig auf diesen Bindungs-Schwindel herein.

Traugott König hat sich Sartre im Sartreschen Sinn engagiert, das heißt radikal als Zeitgenosse genähert. Im Zug der revolutionierenden Arbeit an der „Kritik der dialektischen Vernunft" hat er den gegen den Kolonialismus kämpfenden Sartre in die Bundesrepublik geholt, hat Frantz Fanons „Die Verdammten dieser Erde" mit Sartres fulminantem Vorwort übersetzt. Zur Zeit der Protestbewegung machte er uns mit der Revolte von Sartres Studienfreund Paul Nizan bekannt, indem er „Aden" und „Die Wachhunde" übertrug, diese wunderbaren, immer noch frisch gebliebenen Pamphlete, die Sartre zuvor dem zensierenden Zugriff der französischen Kommunisten entwunden hatte. Es würde zu weit führen, hier das ganze Verzeichnis der Übersetzungen aufzusagen, die Traugott König veröffentlicht hat.

Kein orthodoxer Sartrianer

Nur soviel möchte ich unterstreichen: bei aller intimen und sicher auch zustimmenden Vertrautheit mit Sartres Denken ist Traugott König niemals das gewesen, was man sich vielleicht unter einem orthodoxen Sartrianer vorstellt. Er hat zum Beispiel den von Sartre kritisierten Georges Bataille geschätzt und übersetzt. Und es soll auch nicht vergessen sein, daß er als Lektor für französische Literatur bei Rowohlt und bei Suhrkamp die Publikation einer Reihe weiterer Autoren gefördert und verantwortet hat. Ich erinnere mich noch gut daran, mit welcher Überzeugungskraft er im Gespräch für die Bücher werben konnte, die er als Lektor betreut hatte, etwa für Jorge Semprúns Roman „Der zweite Tod des Ramón Mercader". Später hat er selbst die Herausforderung angenommen, Semprúns für kaum übersetzbar gehaltenen, weil voller Anspielungen steckenden und auf Interferenzen zwischen dem Französischen und Spanischen zurückgreifenden satirischen Roman „Algarabie" unter Mitarbeit von Christine Delory ins Deutsche zu übertragen.

Der von ihm äußerst skrupulös respektierte Kodex des Übersetzens allein hätte Traugott König jedoch nicht in Stand setzen können, Sartres monumentale Flaubert-Studie „Der Idiot der Familie" ins Deutsche zu übersetzen und dabei in eine Fassung zu bringen, die in philologischer Hinsicht viel verläßlicher ist als das französische Original. Es ist bekannt, daß Sartre, den Usancen in seinem Land entsprechend, mit Belegen und Zitaten ausgesprochen freizügig verfuhr. Der Übersetzer sah sich genötigt, aus vagen Andeutungen die Belegstellen zu rekonstruieren, auf die sich Sartres Interpretation bezieht, und sie in ihrem authentischen Wortlaut wiederherzustellen. Diese Übersetzungs- und Findearbeit verrät etwas von der immensen literarischen und kunsthistorischen Bildung, über die Traugott König verfügte, ohne jemals Aufhebens davon zu machen. Sartre selbst hat zu seinen Lebzeiten noch Korrekturen an seinem Text zugestimmt, die notwendig wurden, um den Wortlaut des Flaubertschen Textes mit dem Wortlaut seiner Deutung in Übereinstimmung zu bringen. Auf diese Weise wurde

Wenig von deutscher Frankophilie

Traugott Königs deutsche Übersetzung Modell für eine verbesserte Ausgabe des französischen „Flaubert", wie überhaupt das Ordnungsprinzip, das er seiner Ausgabe der Gesammelten Werke zugrundelegt, den französischen Sartre-Editoren als vorbildlich gilt. Nebenbei sei erwähnt, daß Traugott König im Zusammenhang mit der Arbeit an „Der Idiot der Familie" die Neuübersetzung der Werke Flauberts anregte. Eine Welle weiterer Neuübersetzungsprojekte — ich denke nur an Simone de Beauvoir und André Gide — ist direkt oder indirekt von Traugott Königs Beispiel angestoßen worden.

Vom offiziellen deutsch-französischen Getriebe hat sich der Romanist Traugott König stets ferngehalten. Die Bedeutung seiner Lebensarbeit für den literarischen und intellektuellen Austausch in eben der zeremonienfernen Sphäre, in der ein produktiver Austausch tatsächlich stattfindet, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Durch seine Teilnahme am „groupe d'études sartriennes" und an zahlreichen Kolloquien und Seminaren hat er sich in Frankreich Respekt und Zuneigung erworben. Auch in Paris trauern jetzt Freunde um Traugott König: Edith und Pierre Aron, Françoise Gaillard, Jacques Leenhardt und andere.

Was Traugott König ein Leben lang zur französischen Literatur und Philosophie und zur Lebensweise überhaupt hinzog, hat, glaube ich, mit landläufiger deutscher Frankophilie wenig zu tun gehabt. Es hat bei ihm eher, möchte ich vermuten, die Empfindung einer eigentümlichen Korrespondenz gegeben. Das ein wenig preußisch Spröde, das Traugott König ausstrahlte, mag zum „leichten Romanischen" in Kontrast stehen, diesem unausrottbaren Klischee, das man in Deutschland weithin für den Wesenskern des Französischen hält, in Wahrheit findet es in bestimmten französischen Zügen ein unaufdringliches Äquivalent. Wenn ich da und dort Gelegenheit hatte, aus Anlaß eines Kolloquiums mit Traugott König in Paris zusammenzusein, gewann ich den Eindruck, daß er sich dort in einer Welt bewegte, die ihm vertraut und wesensverwandt war.

Mit großer Genugtuung hat es ihn erfüllt, als er vor fast genau vier Jahren miterlebte, daß *sein* Kongreß, der große internationale Sartre-Kongreß in Frankfurt, so viele, vor allem junge, Interessenten anzog, und daß man dieses Interesse in Paris staunend zur Kenntnis nahm. Dort hatte das modische Gerede Sartre zum toten Hund erklärt. Ein sich für zeitgeistmäßig offenbar sehr pfiffig haltender Dekorateur der großen Buchhandlung Gibert ist noch vor kurzem auf die umwerfend dumme Idee gekommen, die Pleiade-Ausgabe der Werke Sartres in einem Kindersarg zu präsentieren. Solcher Zeitgeist, scheint mir, hinkt inzwischen selbst der Zeit hinterher.

Traugott König kann das für den Herbst angekündigte Erscheinen der neuen und vollständigen Übersetzung von Sartres philosophischem Hauptwerk „Das Sein und das Nichts" nicht mehr miterleben. Zehn Jahre lang hat er zusammen mit Hans Schöneberg und einer Gruppe von Heidegger-Spezialisten an diesem ungemein schwierigen Projekt gearbeitet und noch auf dem Krankenbett Korrektur gelesen. Die neue, alle Sartreschen Begriffsbildungen minutiös nach dem Kontext ihrer philosophischen Quellen rekonstruierende Ausgabe wird im deutschen Sprachbereich einen bisher unbekannten philosophischen Denker zum Vorschein bringen.

Jenseits des Rheins gibt es gleichzeitig Anzeichen für eine Wiederentdeckung Sartres. Zum zehnten Todestag unterzog dort Julia Kristeva, als Strukturalistin bei den Antipoden von Sartres Denken angesiedelt, ihre frühere heftige Abwehr einer selbstkritischen Revision und fügte wörtlich hinzu: „Die feinen Viertel und die schicken Magazine sollen bloß nicht glauben, mit dem Fall der Berliner Mauer seien sie seinen Geist los. Sartre hat alle Chancen, zu überleben. Und zwar für lange Zeit."

Traugott König ist tot. Trauer um ihn, aber eine Trauer, die nur ihm allein gilt. Keine allgemeine Trübsal im Angesicht der Zeit. Denn seine Arbeit lebt weiter, und ein Ende der Epoche, in der und für die Traugott König gearbeitet hat, ist noch lange nicht in Sicht. ■

Joachim Raschke
KRISE DER GRÜNEN
Bilanz und Neubeginn
Hrsg. Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
Schüren Presseverlag
ISBN 3-924800-47-2
19,80 DM 224 Seiten

MOHSSEN MASSARRAT

Krise und Krieg am Persischen Golf

Ein Rückblick ein Jahr danach

Die US-Armee hat im Golfkrieg die irakische Armee erwartungsgemäß vernichtend geschlagen. Die irakische Aggression gegen Kuwait wurde beendet und die Familie Al-Sabah wieder an die Macht gehievt. Amerika empfing seine Soldaten inzwischen im Siegestaumel und mit Siegesparaden, die Amerikaner konnten durch den Sieg im Golfkrieg ihr Vietnamsyndrom endlich „aufarbeiten".

Mit der Vernichtung eines großen Teils der irakischen Armee und der Zwangsabrüstung der chemischen und atombombenfähigen Waffen stellt der Irak keine Bedrohung mehr für Israel dar. Durch den Krieg wurde somit die Hauptforderung der israelischen Regierung und der israelischen Lobby in den Vereinigten Staaten erfüllt. Israel gewann seine militärische Überlegenheit zurück. Als einziger Staat in der Region verfügt Israel nun über Atomwaffen. Damit blieb auch das Bemühen, die arabisch-islamische Atombombe irgendwo in der Region doch noch zu produzieren, ungebrochen bestehen.

Auch der „militär-industrielle Komplex" in den Vereinigten Staaten und den anderen Waffenexportstaaten trug im Golfkrieg seinen Sieg davon. Man stelle sich vor, die US-Regierung hätte sich, statt Krieg zu führen, auf die Alternative der ökonomischen Sanktionen gegen Saddam Hussein eingelassen. Die Staatengemeinschaft hätte dabei eine aktive Rolle übernommen und durch einen — zu diesem Zeitpunkt eher erreichbaren — tragfähigen Kompromiß in der Palästinafrage das irakische Regime in der arabisch-islamischen Welt auch politisch isoliert — die Menschheit hätte nach ein, zwei oder drei Jahren zum ersten Mal in der Geschichte den Sieg einer Strategie der sanften Gewalt gegen eine Aggression beachtlichen Ausmaßes feiern und erleben dürfen. Man stelle sich vor, welch einen ungeahnten und kaum wiedergutzumachenden Schaden ein solcher Erfolg für den „militär-industriellen Komplex" und dessen Philosophien nicht nur in den Vereinigten Staaten hervorgebracht hätte. Die Sinnlosigkeit der immensen Ausgaben zur Aufrechterhaltung und Aufblähung der Militärmaschinerien und -apparate wäre allen vor Augen geführt, dem letzten fanatischen Abschreckungsfetischisten wäre die Argumentationsbasis entzogen und die Legitimation jeglicher Militärgewalt bei Konfliktlösungen in unserem Zeitalter schwer erschüttert worden.

Nie zuvor hat es in der Geschichte einen derart breiten internationalen Konsens gegen die Aggression eines Staates gegeben wie gegen den Irak. Der Krieg hat die Alternative ökonomische Sanktionen obsolet gemacht. Umgekehrt hätte die Strategie der ökonomischen Sanktionen, die Option des Einsatzes von militärischer Gewalt für den Fall ihres Scheiterns offengelassen. Ohne Not und ohne ein reales Risiko wurde also die historische Chance vertan, einer Aggression größeren Ausmaßes durch gewaltfreie Maßnahmen Einhalt zu gebieten und so die Basis für eine wirklich neue Weltordnung zu schaffen. Die Kriegsbefürworter haben offensichtlich den Erfolg von ökonomischen Sanktionen und die Perspektive einer substantiell gewaltfreien neuen Weltordnung geradezu befürchtet und deshalb die Lüge von der „viertgrößten Armee der Welt" und das Gespenst des neuen Hitler an die Wand gemalt.

Nun floriert erneut das Waffengeschäft, nachdem eine tiefgreifende Krise der weltweiten Rüstungsindustrie als Folge der Überwindung der Ost-West-Konfrontation unvermeidlich geworden war. Eine Woche nach der Ankündigung einer „Abrüstungsinitiative" für Nahost durch Präsident Bush verhandelte dessen Verteidigungsminister Dick Cheney Anfang Juni mit den Nahost- und Golfstaaten über die Lieferung von neuen US-Waffen. Bis Anfang Juli waren bereits Verträge im Umfang von 30 Mrd. US-Dollar unter Dach und Fach. Auch die

▶ Waffengeschäfte ◀

Waffenschmieden Frankreichs, Großbritanniens, der Bundesrepublik, der CSFR und anderer Staaten brauchen in absehbarer Zeit um ihre Umsätze nicht zu bangen. Die angekündigten „Abrüstungsinitiativen" und Selbstbeschränkungsappelle der Industrieländer beziehen sich ohnehin nur auf Massenvernichtungsmittel, als wären die beiden Golfkriege nicht mit konventionellen Waffen, sondern mit Massenvernichtungsmitteln geführt worden.

Mit der Feststellung, „daß viele Staaten zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus auf Waffenimporte angewiesen sind, und das naturgegebene Recht der Selbstverteidigung (...) von der Charta der Vereinten Nationen anerkannt (wird)" verständigten sich die Regierungen der sieben westlichen Industrienationen bei ihrem Londoner Gipfel auf eine neue Rechtfertigung für den weiteren Export von konventionellen Waffen auch in die Krisenregionen. Nur der Mißbrauch durch ein Land wie der Irak, das sich ein „massives Arsenal anschafft, das die Selbstverteidigungsbedürfnisse weit überschreitet und seine Nachbarn bedroht", soll künftig durch Transparenz, Konsultation und gemeinsames Handeln verhindert werden (FR v. 18.07.1991). Von Abrüstungsinitiativen in den Krisenregionen, auch für konventionelle Waffen, ist überhaupt keine Rede, erst recht nicht von Waffenexportverbot. Die kreativste Phantasie gegen die Waffenimporte der Dritten Welt (nicht gegen die Exporte der Industrieländer) entwickelte die deutsche Bundesregierung. Demnach soll die Entwicklungshilfe derjenigen Entwicklungsländer gekürzt werden, die „übermäßig" Militärausgaben aufweisen. Daß dieses Instrument sich leicht in einen Hebel der Umlenkung von Entwicklungshilfegeldern nach Ostdeutschland und

Osteuropa bzw. zu einem Instrument von Diskriminierung mißliebiger Entwicklungsländer (wer entscheidet, was „übermäßige" Militärausgaben sind) verwandeln läßt, ohne die Waffenexporte im geringsten zu beeinträchtigen, liegt auf der Hand.

Nach dem Golfkrieg haben die Vereinigten Staaten ihr bewährtes Bündnis mit den Golf-Petro-Oligarchien in Kuwait, Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten wieder hergestellt bzw. gefestigt. Damit haben sie erneut Einfluß auf 45 % der Weltölreserven. Die Bush-Administration kann sich darauf verlassen, daß das Öl auch in Zukunft in ausreichender Menge und zu Dumpingpreisen sprudeln wird. Der Ölpreis sackte bereits am zweiten Tag nach Kriegsbeginn von 35 auf unter 20 US-Dollar je Barell ab. Der Iran und die anderen OPEC-Staaten werden der Ölpreispolitik der Petro-Oligarchieblocks nichts entgegenzusetzen haben. Erst recht nicht der Irak, der aus der Notlage heraus bereit sein dürfte, sein Öl zu jedem Preis feilzubieten.

Die US-Bürger brauchen an ihrem verschwenderischen Ölverbrauch auch in absehbarer Zeit keine Abstriche zu machen. Von den Öldumpingpreisen profitieren freilich auch andere Ölverbraucher. Japaner und Europäer sind, so gesehen, keineswegs nur Kriegsverlierer. Bald werden ihre Zahlungen an die USA für den Golfkrieg mehr als wettgemacht sein. Sie können auf der Basis des niedrigen Ölpreises, wie die Bundesrepublik seit dem 1. Juli d.J., die Mineralölsteuer drastisch anheben, ohne die Konjunktur beeinträchtigen zu müssen.

Japan und die EG-Staaten sind aber durchaus in einem anderen Sinne Kriegsverlierer. Sie haben ihre nach dem Zusammenbruch des Ostblocks gewonnenen politischen Handlungsspielräume wieder verloren. Von einem „europäischen Sicherheitssystem" und einer EG-Nahostpolitik ist keine Rede mehr. Auch ökonomisch müssen sie künftig größere Zugeständnisse an die Vereinigten Staaten machen. Schließlich hat diese militärische Supermacht durch den Golfkrieg unter Beweis gestellt, daß nur sie in der Lage ist, Krisen in den für die Industrieländer bedeutsamen Regionen mittels militärischer Intervention einzudämmen. Die Kontrolle über 45 % der Weltölreserven in der Golfregion wird auch in Zukunft ein entscheidender Hebel bleiben, mit dem die Vereinigten Staaten ihren ökonomisch starken, aber von Ölimporten abhängigen Konkurrenten, vor allem Japan und die Bundesrepublik, erhebliche ökonomische Zugeständnisse im Rahmen der GATT-Verhandlungen, der Zins-, Kredit- und Währungspolitik abtrotzen können.

Trotz zahlreicher Vorteile für die Vereinigten Staaten bleiben die Thesen von Bülent Ecevit und Pierre Salinger, die USA hätten bei der Besetzung Kuwaits durch den Irak selbst die Hände mit im Spiel gehabt, eine Spekulation. Wahr ist aber, daß die Bush-Administration die irakische Aggression gegen den kleinen Nachbarstaat voll und ganz im Interesse der USA genutzt hat. Wieder einmal gelang es einem US-Präsidenten, sich durch Mobilisierung des Militärpotentials und außenpolitische Intervention vor längst fälligen und langfristig unvermeidlichen Strukturveränderungen im eigenen Land herumzudrücken. Der Preis für diese kurzsichtige Politik ist sehr hoch. Die Ironie dieser Geschichte ist allerdings, daß vor allem andere diesen Preis zu zahlen haben.

Die durch die irakische Besetzung und den Golfkrieg in Kuwait entstandenen Schäden werden auf ca. 60 Mrd. US-Dollar, die Kriegsschäden im Irak auf ca. 200 Mrd. US-Dollar geschätzt. Die brennenden kuwaitischen Ölquellen beeinträchtigen das Klima und belasten die Umwelt der Region des Persischen Golfes erheblich. Wie aus einer Greenpeace-Studie hervorgeht, verloren als Folge des Golfkrieges ca. 5 Mio. Menschen ihre Wohnung und Arbeit. 150000 Menschen, Soldaten und Zivilisten, sind in Ku-

Parole während des Golfkrieges **Foto: P.E.J.**

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
September-Ausgabe des *express*:

Stark macht, was uns nicht umwirft — Das Problem Hauptamtliche ● Sachzwang Japan — die internationale Autoindustrie ● Beschäftigungsgesellschaften — ein alter ideologischer Streit ● Investivlohn ● Asbest in Südkorea ● Wie weiter mit der Arbeiterbildung ● Bildungsurlaub im Wandel der Rechtssprechung ● Lebens- und Arbeitsbedingungen Technischer Angestellter ● Buchbesprechung ● Gewerkschaftsspiegel ● Blick über den Zaun — internationale Nachrichten ●u.v.m.

Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 54,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

Foto: Ralf Eilers

wait und vor allem im Irak umgekommen (FR v. 31.05.1991). Wegen der Verbreitung von Seuchen werden, dem Bericht eines Teams von Medizinern und Rechtsanwälten der Harward University zufolge, in diesem Jahr im Irak 170000 Kinder unter 5 Jahren sterben. Die systematische Vernichtung der irakischen Kraftwerke und Kläranlagen durch die US-Armee hätten maßgeblich zur Verbreitung von Epidemien beigetragen (taz v. 24.05.1991). Dieselbe Armee hat in der letzten Kriegsphase offenbar auch ihre neusten Waffen an fliehenden irakischen Soldaten ausprobiert (FR v. 10.06.1991).

Darüber, ob die UNO-Resolution 678 mit dem Geist und den Buchstaben der UNO-Charta übereinstimmt oder nicht, werden Völkerrechtler sicherlich heftige Kontroversen führen. Die systematische Vernichtung

▶ Zweierlei Maß ◀

von irakischen Kläranlagen und die Erprobung von neuen Waffen an Menschen hat jedenfalls mit der Befreiung und der Souveränität Kuwaits nicht das Geringste zu tun. Es ist ein Skandal, daß diese Handlungen der US-Armee in unseren Medien, wenn überhaupt, nur eine kurze Notiz wert sind, während irakische Versuche, atombombenfähiges Material zu verstecken und damit Waffenstillstandsvereinbarungen zu unterlaufen, durchaus nicht zu Unrecht tage- und wochenlang die Massenmedien beschäftigen. Die Nichteinhaltung von UNO-Resolu tionen wird auch nach dem Golfkrieg mit zweierlei Maß gemessen. Es zeugt nicht gerade von der Stärke der politischen Moral in unseren demokratisch verfaßten Gesellschaften, wenn lediglich der frühere US-Justizminister Ramsey Clark, quasi als Individuum, es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Handlungen der US-Armee in einem Kriegsverbrecher-Tribunal zu erörtern; verantwortliche Politiker und Parteien auch hierzulande hüllen sich darüber konsequent in Schweigen. Es spricht auch keineswegs für die Stärke, sondern für die Schäwche der Vereinten Nationen, daß kein einziger Mitgliedsstaat es bisher für opportun gehalten hat, die Untersuchung von möglichen Verbrechen der US-Armee während des Golfkrieges in den UNO-Gremien vorzubringen. Das Vetorecht der USA im UN-Sicherheitsrat erzielt als Demoklesschwert bereits im Vorfeld entsprechender Initiativen seine Wirkung.

▶ Kriegsfolgen ◀

Der Golfkrieg hat alte Probleme nicht gelöst und neue geschaffen. Ein tragfähiger Kompromiß für die Lösung der Palästinafrage und ein dauerhafter Frieden ist weniger denn je in Sicht. Von einer Position der militärischen Überlegenheit heraus verfolgt die israelische Regierung eher eine maximalistische Politik. Zu den palästinensischen Flüchtlingslagern sind Flüchtlingslager der Kurden in der Türkei und im Iran hinzugekommen. Saddam Hussein unterdrückt, verfolgt und mordet die Schiiten im Irak. Ähnliches widerfährt den Palästinensern in Kuwait. Während das irakische Volk die Leiden des Krieges und die schwere Last der Kriegsfolgen zu tragen hat, sitzt Saddam Hussein nach wie vor fest im Sattel und sorgt trotz der Dezimierung der irakischen Armee dafür, daß die Nachbarstaaten sich weiterhin bedroht fühlen und sich u.a. auch deshalb auf eine neue Aufrüstungsrunde in der gesamten Region einlassen.

Der Golfkrieg hat auch in der Psyche der arabisch-islamischen Völker tiefe Wunden hinterlassen. Durch die perfekte Inszenierung der technologischen Überlegenheit im Krieg und die vernichtende Niederlage der irakischen Armee wurde den Menschen in der Golfregion und in der Dritten Welt überhaupt ihre Ohnmacht vor Augen geführt. Das gewachsene Selbstvertrauen der Völker, die Gestaltung der Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, wurde emfpindlich angeschlagen. Zunehmend macht sich stattdessen wieder Fatalismus breit. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis dieser Fatalismus in einen neuen Extremismus an einer anderen Stelle und mit neuen Dimensionen umschlägt. Neue Saddam Husseins sind somit vorprogrammiert.

Die Krise am Persischen Golf wurde durch die Besetzung Kuwaits hervorgerufen. Sie bot die Chance, den Beginn eines Prozesses der friedlichen Konfliktregelung, der Akzeptanzerhöhung der UNO als multilateraler Konfliktschlichter, der regionalen Abrüstung und Wirtschaftskooperation einzuleiten, der zu einer friedlicheren und wirklich neuen Weltordnung hätte führen können. Diese historische Chance ist den Partikularinteressen der USA und ihrer Verbündeten geopfert worden. Gewonnen haben durch den Golfkrieg die politische Kurzsichtigkeit und der Machtopportunismus. Auf der Strecke blieben dabei Menschenleben, die Humanität, die ökologische Vernunft und die Hoffnung auf ein friedlicheres Zusammenleben der Völker. ■

Anzeige

ISOE - Institut für sozial-ökologische Forschung

im IKO-Verlag

Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990

Aus dem Inhalt:

* ***Thomas Jahn***
Das Problemverständnis sozial-ökologischer Forschung. Umrisse einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse
* ***Thomas Kluge, Engelbert Schramm***
Das Prinzip Verantwortung als Bedingung einer ökologischen Wasserwirtschaft
* ***Irmgard Schulz***
"Müll im Kopf". Twenty years after. Ein kleinerer Versuch über den Schmutz
* ***Thomas Kluge, Engelbert Schramm***
"Grenzwerte und Risiko". Eine Vorstudie zu einer Theorie der Risikofeststellungen
* ***Egon Becker***
Bildung und Überlebenskrise. Skizze zum Zusammenhang von Ökologie, Evolution und Erziehung in der Dritten Welt
* ***Peter Wehling***
Ökologie und Nation - eine Verbindung mit Zukunft? Potentiale der "Ökologie von rechts" im vereinten Deutschland
* ***Irmgard Schulz***
Die Karrieristin - ein Geschöpf von Frauenphantasien
* ***Egon Becker***
Transformationskern und kulturelle Hülle: Wissenschaft und Universität in der ökologischen Krise

Gesamtverzeichnis der sozial-ökologischen Arbeitspapiere (AP) bei:
IKO-Verlag Frankfurt
Hattsteiner Str. 8
6000 Frankfurt 90

PATRIZIA LOMBROSO

Kommt die große Depression?

Armut in den USA

Wohnungslosigkeit, Drogen, AIDS, Armut sind inzwischen feste Vokabeln der alltäglichen Umgangssprache in den USA geworden. Es sind die Chiffren, mit denen der zunehmende soziale Verfall gezeichnet werden kann, der typisch ist für das letzte Jahrzehnt in den USA. Die ökonomische und finanzielle Krise hat die staatlichen und kommunalen Haushalte in einem kaum noch vorstellbaren Ausmaß getroffen.

Mit drakonischen Maßnahmen mußten mehr als zwanzig Staaten jetzt Abhilfe schaffen, um die Kosten der öffentlichen Ausgaben für die soziale Dienste und die öffentlichen Hilfsprogramme einzuschränken. Die Stadt New York, um nur ein Beispiel zu nennen, hat im Juni des vergangenen Jahres 7000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gestrichen. General Motors hat bereits einen wahren Sturzbach an Entlassungen angekündigt. Mit den zusätzlichen Kosten für den Golf-Krieg (80 Milliarden Dollar wurden für die ersten drei Monate kalkuliert) kann die aktuelle ökonomische Rezession sich zu einer wirklichen großen Depression ausweiten.

Das Weiße Haus hat schon vor dem Golf-Krieg die Ausgaben für öffentliche Sozialprogramme drastisch gekürzt. Damit werden die ohnehin schon tristen Realitäten besonders in den großen städtischen Metropolen nochmals einschneidend verschlechtert.

„Dieses ist nicht mehr ein auf den Föderalismus basierendes System", so klagte der Bürgermeister von Boston, Raymond Flynn, „sondern nichts anderes als die Rückkehr zum Feudalismus. (...) Um zu wissen, was Krieg ist, muß man nicht den Irak aufsuchen. Es reicht, nach New York, Detroit, Chicago zu gehen". Mit diesen Worten kommentierte Flynn kürzlich einen Report über den Hunger, die Armut und die Obdachlosigkeit in dreißig Städten der USA. Und dies alles ist das Ergebnis der Wirtschaftspolitik von Ronald Reagan und George Bush, die die USA zu dem verschuldesten Land der Welt gemacht haben, mit einem fast vollständig zusammenbrechenden Bankensystem und einem katastrophalen Bildungsniveau, das in den achtziger Jahren sein historisches Minimum erreicht hat. In diesem Kontext ist ein anderes Amerika entstanden, das vollständig vom Rest der Gesellschaft separiert ist: eine „Unterklasse", eine Art Staat im Staat, deren Lebensbedingungen an die Dritte Welt erinnert. In Expertenkreisen wird davon ausgegangen, daß innerhalb der nächsten 15 Jahre die Zahl der Wohnungslosen von heute 3 Millionen auf 19 Millionen Menschen ansteigen kann. Die kürzlichen Streichungen von Bundesmittel für die Sozialprogramme haben die soziale Situation für viele weiter dramatisch verschlechtert. Für jeden in Wohnungsbauprogramme investierten

Dollar, werden sieben andere in das Verteidigungsbudget gesteckt.

„Man kann nicht eine Milliarde am Tag ausgeben, um einen Krieg zu finanzieren, und zur selben Zeit die inneren Probleme des Landes zu lösen versuchen", erklärte John Lewis, demokratischer Kongreßabgeordneter aus Georgia. Daß heute Millionen von Wohnungslosen die Bahnhöfe bevölkern, auf der Erde schlafen, bedeckt nur mit Pappkartons, scheint niemanden mehr aufzuregen. Bis heute sind unter den Obdachlosen besonders Drogensüchtige, Alkoholabhängige und psychisch Kranke anzutreffen.

Millionen von Familien können die Wohnungsmiete nicht mehr zahlen, weil die Arbeitslosigkeitsunterstützung gestrichen oder gekürzt wurde. Auf 32 Millionen Menschen wird die Zahl geschätzt, die unter der Armutsgrenze lebt. 46 Prozent davon sind Schwarze, 34 Prozent Weiße und 15 Prozent hispano-amerikanischer Herkunft. Von diesen 32 Millionen Amerikanern sind gut 15 Millionen unter 18 Jahre und 5 Millionen unter sechs Jahre. 37 Millionen Amerikaner sind mehr oder weniger von jedweder Form der Gesundheitsfürsorge ausgeschlossen, unter ihnen gut zehn Millionen schwangere Frauen. Eine Untersuchung, die kürzlich an der Universität von Michigan veröffentlicht wurde, beschreibt die Dramatik gerade unter der schwarzen Bevölkerung der USA: demnach haben 72 Prozent der Schwarzen, noch bevor sie das 18 Lebensjahr erreicht hatten, bereits mindestens ein Jahr von der Wohlfahrt gelebt. Im Rausch von dem „Sieg am Golf" werden diese Daten sicherlich verschwiegen werden. Sollte es etwa einen Zusammenhang von Patriotismus, Krieg und sozialer Depression in den USA geben ...? ■

(Aus der „Rinascita", 24.2.1991. Übersetzung aus dem Italienischen Carl Wilhelm Macke)

NIKOLAJ PREOBRAZENSKIJ

Osteuropa — die spöttische Logik der Revolution

Die politischen Revolutionen, die die alten Regime auseinandertrieben, sind in den meisten Ländern Osteuropas bereits vorüber. Die sozialen Revolutionen stehen dagegen erst am Anfang. Sie stellen die Gesellschaft auf den Kopf, alte soziale Beziehungen werden zerbrochen und neue gebildet. Ganze soziale Schichten werden verlagert, indem einzelne Gruppen der Bevölkerung tief nach unten abstürzen und andere auf die Höhe von Wohlstand, Prestige und Macht gelangen.

Soziale Veränderungen in dieser Überstürztheit, Wucht und Tiefe hat es in Osteuropa seit der zweiten Hälfte der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre nicht gegeben. Ungefähr seit dieser Periode, der Epoche der Verstaatlichung, Industrialisierung und Kollektivierung, gab es außer in Polen nirgendwo eine solch beträchtliche Pauperisierung der Massen — und das in Friedenszeiten. Die Geschwindigkeit und Vielschichtigkeit der Veränderungen sowie die Ungewißheit der Übergangsperiode erzeugen Verwirrung bei der Bevölkerung und Politikern.

▶ Schlachten neuen Typs ◀

Die Euphorie aus den Zeiten, als die Berliner Mauer fiel, oder der "samtenen" Revolution der Tschechoslowakei oder der Dezember-Revolution in Rumänien, ist lange vorbei. Die Aktivisten der ersten Stunde mußten mit Verwunderung entdecken, daß die Wirklichkeit in vielem nicht mit ihren Erwartungen übereinstimmt. Im Februar nahm das tschechoslowakische Parlament ein Gesetz über die Privatisierung an, daß heißt über die Rückgabe des Eigentums an die früheren Besitzer. Ob das die Teilnehmer der grandiosen Demonstrationen und Streiks vom November 1989 wollten? In ihrer absoluten Mehrzahl wollten sie dies nicht nur nicht, sondern dachten gar nicht daran, daß so etwas möglich sein könnte.

Wieviel Prozent der Teilnehmer an den Oktoberdemonstrationen, die die DDR erschütterten, wollten den "Anschluß" (im Original deutsch)? Die absolute Mehrheit. Ihrerseits vermutete die Masse der Ostbürger, die mit flammenden Augen im Frühling und im Sommer die Idee des sofortigen Anschlusses unterstützt hatte, keineswegs, daß dies in einen schweren sozialen Schock umschlagen würde. Als Ergebnis der "bedingungslosen Wiedervereinigung" aller Möglichkeiten beraubt, wenigstens das eigene Schicksal irgendwie zu beeinflussen, sich zu verteidigen und die Prozesse zu regulieren, wurde Ostdeutschland zur inneren Kolonie und wird es auf lange Jahre bleiben.

Und die polnischen Arbeiter, die 1988 gleich zweifach das Jaruzelski-Regime durch mächtige Streiks erschüttert hatten? Kaum werden sie gedacht haben, daß nach der Machtübernahme ihrer Regierung das Lebensniveau um 30 - 40 Prozent fällt. So ist es immer und überall: Der Held der Oktoberrevolution kämpfte nicht für den zu-

künftigen Reiz der Kollektivierung und des stalinistischen Terrors, die Demonstranten gegen den Schah riskierten ihren Kopf im Kugelhagel nicht, um die Chomeini-Diktatur zu errichten...

Wir werden Zeugen neuartiger sozialer Auseinandersetzungen, des Kampfes nicht gegen das alte Regime, sondern gegen den neuen Kurs. Dazu gehören jene „Benzinrevolution" in Ungarn im Oktober, die das Land an die Grenze zum Bürgerkrieg gebracht hatte, oder die gigantischen Streikwellen in Rumänien im November 1990 und Winter 1991. In diesem Zusammenhang kann man auch an die litauischen Vorfälle unmittelbar nach den Preiserhöhungen unter Prunskiene erinnern. Ernste soziale Kämpfe fanden in Bulgarien und im Osten Deutschlands statt. Die ostdeutsche Polizei bereitet sich bereits intensiv auf einen „heißen Herbst" vor.

▶ Der Klassenkampf spitzt sich zu ◀

Gorbatschow wird beschimpft, daß er das „500-Tage-Programm" unter dem Druck konservativer Kräfte aufgegeben hat, die dem intellektuellen Charme der Autoren des Programms massiv ihr grobschlächtiges Streben nichts zu verändern entgegensetzen. Es ist offensichtlich, daß die Ursache tiefer liegt. Während kluge Köpfe aus Javlinskis Mannschaft in Sosenki Tag und Nacht bis zu zwanzig Stunden angestrengt arbeiteten, ohne dazuzukommen, die Ereignisse ringsum zu verfolgen, erhielt der Präsident fortlaufend Informationen. Zum Beispiel darüber, daß Ende August das Gebäude des ZK in Sofia zur Hälfte niedergebrannt wurde. Die Mehrheit der Demonstranten und Streikenden war entschieden gegen die Kommunisten, obwohl noch im Juni die Mehrheit für sie stimmte. Warum? Wegen der Folgen der Wirtschaftspolitik.

Wie das „500-Tage-Programm" durchgeführt worden wäre, wenn die politische Führung es implementiert hätte, kann man lediglich vermuten. Eines ist aber gewiß: Den 300. Tag hätte sie schwerlich erreicht. Aber ungeachtet dessen gibt es ausreichend Gründe, um unsere heutigen Spitzenpolitiker für politische Kamikazen zu halten.

Unsere sogenannten „Humanisten" und mit ihnen auch ganz durchschnittliche, leichtgläubige Schwachköpfe machen sich unnötigerweise über den „Klassenkampf" lustig. Entweder sei er ein böswilliges Hirngespinst der Bolschewiken oder — und das ist die sanftere Variante — eine Sache der tiefsten Vergangenheit. Aber es genügt, an einem beliebigen Tag dieses oder des vergangenen Jahres ein bißchen in der täglichen Presseschau über die Ereignisse in Osteuropa zu lesen, um sich davon zu überzeugen: der Klassenkampf ist mitnichten ein Hirngespinst, nirgends ist er verschwunden, eher verschärft er sich (so als ob die geniale These des Genossen Stalin während des Februar-März-Plenums 1937 bestätigt würde). Es steht auf einem anderen Blatt, wohin dies führt.

Die Ironie der nachrevolutionären sozial-

ökonomischen Politik besteht darin, daß sie besonders empfindlich die Leute des Mittelstandes, nämlich ausgerechnet die Schichten getroffen hat, aus denen sich zur damaligen Zeit die Opposition rekrutierte und die die Stoßkraft lieferte, die die diktatorischen Regime zu Fall brachte. Der allgemeine Rückgang des Lebensstandards wirkt sich in der Mehrzahl der Fälle nicht auf die Reichsten aus. Im Gegenteil werden sie häufig noch reicher. Und die Existenz einer Mehrheit derjenigen, die unter dem vorherigen Regime zu den Ärmsten der Armen gehörten, kann sich nicht verschlechtern. Der Staat ist gezwungen sie zu ernähren, wenn auch nur deswegen, daß sie nicht an Hunger sterben. Die Sorge um die Ausgestoßenen ist für einzelne Politiker Ehrensache, für andere aber ausgezeichnetes propagandistisches Wechselgeld...

▶ Angriff auf die Mittelschichten ◀

Dagegen wurde das Leben für den Großteil der Mittelschichten immer schlechter. Nur eine Minderheit von ihnen stieg in materieller Hinsicht auf, viele von ihnen fielen vor allem wegen der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit unter die Armutsgrenze. Materiell und psychisch verloren, geraten sie in die Sackgasse. Im Gegensatz zu Arbeitnehmern verfügen Arbeitslose über kein reales Kampfmittel, um ihre Lage zu verbessern. Kumpel oder Lehrer können streiken oder mit Streik drohen. Arbeitslosen ist das unmöglich. Der Angriff auf die Mittelklasse wird sich auf deren zukünftige politische Präferenzen auswirken. Viele politische Favoriten der Vergangenheit werden unvermeidlich durch neue ersetzt.

Von der demokratischen Revolution wurde allenthalben die Ausdehnung der innerbetrieblichen Demokratie erwartet. Aber genau das Gegenteil passiert. Mit unterschiedlichen juristischen Vorzeichen wird sie überall abgewürgt. Den ideologischen Rahmen dieses Prozesses bildet der allgemeine sozial-ökonomische Kurs der Kapitalisierung. Von welcher Demokratie kann die Rede sein, wenn der Eigentümer das Recht haben soll, über sein Eigentum nach Belieben zu schalten und zu walten? Von diesem Kurs werden wahrscheinlich nur die Arbeitnehmer der früheren DDR einen Vorteil haben, wo es keine Spur von Betriebsdemokratie gegeben hatte, jetzt aber das in dieser Beziehung sehr fortschrittliche und detaillierte Recht der BRD eingeführt wurde.

Gewerkschaften und ähnliche Organisationen, z.B. Arbeitnehmerorgane auf Betriebsebene, sind allmählich zu einer realen Kraft geworden. Sie stellten bereits ihre Fähigkeit unter Beweis, eine ganze Branche, manchmal sogar das gesamte Land stillzulegen und fast jede beliebige Regierung in die Knie zu zwingen. Dabei ist das die einzige authentische Kraft, die die Interessen der Arbeiternehmer vertritt, denn die Parteien, die sich analogen Aufgaben widmen, sind sehr schwach und (noch?) nicht fähig, die Massen zu leiten. Mustergültig sind hier die ungarischen Ereignisse im Oktober: Gerade die Arbeiterorganisationen legten das Land lahm und zwangen die Regierung zum Rücktritt, während die linken Parteien unterschiedlichster Herkunft, die vermeintlich seit Generationen an derartigen Aktionen teilnehmen, im Abseits standen und noch nicht einmal auf den fahrenden Zug aufspringen konnten.

Und bei uns? Keine unserer neuen Parteien ist bisher einen Pfifferling wert. Stattdessen ist jeder regionale Verband der Bergleute eine Kraft, die nicht unterschätzt werden darf.

▶ Kurs auf Kapitalismus ◀

Der Kurs auf den Kapitalismus erzeugt ungeachtet der gegenwärtigen ökonomischen Schwierigkeiten, die Widerstände hervorrufen, eine starke Ausdifferenzierung der Gesellschaft. Langfristig werden neue soziale Erschütterungen unvermeidlich sein. In Osteuropa beginnt jetzt eine neue Runde der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals. Das ist entweder nur über die Umverteilung des vorhandenen gesellschaftlichen Eigentums oder im Grunde genommen durch die Ausplünderung der Mehrheit der Gesellschaft zugunsten ihres fortgeschritten-

neu im

Verlag Westfälisches Dampfboot

Elmar Altvater
Die Zukunft des Marktes
Ein Essay über die politische Ökonomie der Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden' Sozialismus.
ca. 300 S. - ca. DM 34,80 - ISBN 3-924550-48-4

Rainer Gries
Die Rationen-Gesellschaft
Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege
ca. 400 S. - ca. DM 39,80 - ISBN 3-924550-50-6

Logie Barrow, Dorothea Schmidt, Jutta Schwarzkopf (Hrsg.)
Nichts als Unterdrückung?
Geschlecht und Klasse in der englischen Sozialgeschichte
ca. 250 S. - ca. DM 45,00 - ISBN 3-924550-51-4

Johannes Gröll
Das moralische bürgerliche Subjekt
ca. 190 S. - ca. DM 29,80 - ISBN 3-924550-49-2

Rainer E. Zimmermann (Hrsg.)
Das Sartre-Jahrbuch Eins
ca. 150 S. - ca. DM 29,80 - ISBN 3-924550-52-2

Gesamtverzeichnisse beim Verlag: 4400 Münster - Achtermannstr. 10 - 0251/56268

sten Teils möglich, wobei dieser nicht immer der wirtschaftlich, sondern sozial nützlichste ist. Aber kann man von einer Köchin verlangen, daß sie auch noch hübsch sein soll? Jedenfalls sammelt sich in der Region ein Potential neuer sozialer Explosionen mit gewaltiger Sprengkraft an.

Die heutigen sozialökonomischen Prozesse wurden nicht durch die politischen Revolutionen ausgelöst, sondern letztere dienten als mächtige Katalysatoren. In unterschiedlichsten Formen hatten diese Prozesse fast überall wenigstens einige Jahre vor der Revolution sowohl faktisch als auch legislativ in der offiziellen Ideologie und Propaganda begonnen.

Die wichtigsten politischen Kräfte auf nationaler Ebene von 1989 bis 1991 lassen sich durch einen kontinuierlichen Wandel nach rechts charakterisieren. ,,Solidarność'', das ,,Ungarische Demokratische Forum'' oder das ,,Bürgerforum'' in der Tschechoslowakei begannen als breite, wirklich demokratische Bewegungen, ohne offen antisozialistische programmatische Vorstellungen zu hegen. Schritt für Schritt wurde ihre offizielle Ideologie prokapitalistisch (im UDF sogar mit einem Zusatz von Klerikalismus), und entsprechend wechselten auch die Gesichter in ihren Führungsgremien. Dieser Prozeß läßt sich auch sehr gut an der Entwicklung der personellen Zusammensetzung der tschechoslowakischen Regierung überprüfen. Dort wurde der Mangel an rechten Politikern, deren leuchtendstes Beispiel der Vizepremier Walter Komarek ist, nach und nach beseitigt, und letzten Endes rissen Ultramarktverfechter unter Vaclav Klaus' Führung die absolute Herrschaft an sich.

Exakt die gleiche Entwicklungslogik läßt sich auch in ähnlichen Organisationen in der Sowjetunion zurückverfolgen, zum Beispiel in den Volksfronten Lettlands und Estlands, bei ,,Sajudis'' in Litauen und der ,,Ruch'' in der Ukraine.

Aus den Bewegungen werden oft diejenigen herausgedrängt, die sie gründeten, wenn sie sich nicht an die neue Richtung anpassen konnten oder wollten. Viele der Akteure der ersten Stunde steigen entweder völlig aus dem Spiel aus, wie zum Beispiel die Prager Studenten, oder geraten wie die Initatoren der Revolution in der DDR ins politische Abseits. Es herrscht die Zeit der Pragmatiker. Es ist bezeichnend, daß sich an der Spitze des Bürgerforums mit W. Klaus ein Konformist hielt, der es noch wenige Monate vor der Revolution ablehnte, eine Petition mit der Forderung zu unterzeichnen, Havel aus dem Gefängnis freizulassen. Die heroischen Dissidenten wurden einfach verdrängt.

Es gibt eine interessante Gesetzmäßigkeit. Mit fortschreitender Entwicklung der Revolution erwachten immer neue Schichten aus dem Dornröschenschlaf und schlossen sich der Bewegung an. Sie trugen in sie eigenständige Anschauungen hinein, die sich sehr von den Ansichten der ,,Gründungsväter'' unterschieden. Obwohl sie die alte Etikette beibehielten, veränderten die Bewegungen letzten Endes völlig ihr Gesicht.

So geschah es in der DDR, wie schon am Anfang des Artikels erwähnt. In ihrem Streben nach Popularität waren die Parteien gezwungen, ihr Fähnchen nach dem Wind zu richten und schnell ihre Slogans zu ändern. Noch im Dezember 1989 unterstrichen die führenden Vertreter der wichtigsten nichtkommunistischen Parteien lauthals, daß sie lediglich für den Sozialismus und für die Entwicklung der DDR als sozialistische Alternative zur BRD eintreten. Innerhalb eines halben Jahres forcierten die gleichen Leute dann die ,,Vereinigung im Galopp'' mit der BRD.

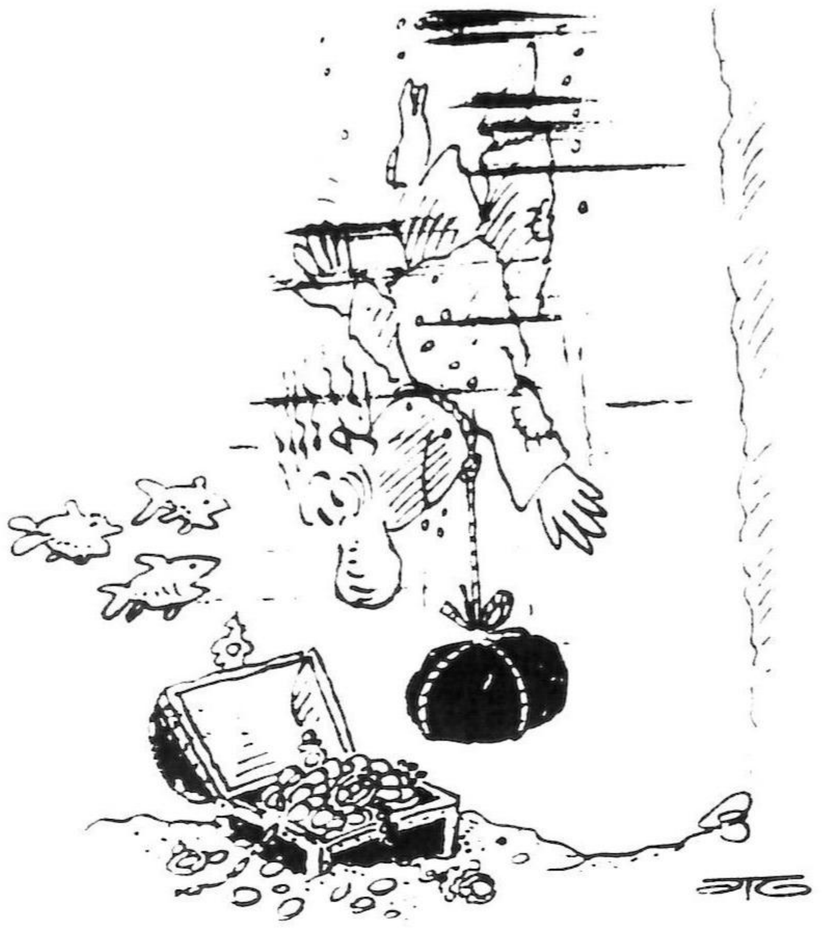
Kaum an die Macht gekommen, spalteten sich die mächtigsten demokratischen Bewegungen. Sie einte der gemeinsame Kampf gegen das Regime und später die Furcht vor dessen Wiederbelebung. Als das Regime zerbrach und die Angst verflog, zerbrach auch der Zusammenhalt. Einige konkurrierende politische Formationen wurden auf der personellen Basis ehemaliger ,,Solidarnośc-Aktivisten'' gegründet. Aus dem ,,Bürgerforum'' wurden noch im November 1990 die Linken mit Petr Uhl an der Spitze hinausgeworfen, und im Winter 1991 spalteten sich diejenigen, die geblieben waren, auch formal in zwei Gruppen.

An der Schwelle zur Spaltung steht auch das slowakische Gegenstück des Bürgerforums, die ,,Öffentlichkeit gegen Gewalt''. In einer Reihe von Ländern (besonders deutlich wahrscheinlich in Ungarn) verläuft die Haupttrennungslinie der politischen Kräfte jetzt zwischen halbpatriarchalischen Nationalisten und prowestlichen Modernisten.

Insgesamt ist das linke Spektrum sehr schwach. Nichtkommunistische, der Herkunft nach linke Parteien, stellen nirgends eine ernsthafte Kraft dar, denn sie sind zersplittert, aber seit Herbst 1990 sind Einigungstendenzen zu erkennen wie die Fusion unterschiedlicher sozialistischer Parteien in Polen, die gemeinsame Kandidatur bei den Wahlen in Deutschland oder die Vereinigung der Sozialdemokraten mit dem Klub ,,Obroda'' in der Tschechoslowakei. Ungeachtet ihrer Diskreditierung, stellen die früheren kommunistischen Parteien (heutzutage in ihren unterschiedlichen Ausprägungen und mit ihren verschiedenen Etiketten) erstaunlicherweise überall eine reale und ziemlich solide Kraft dar. Aber nirgends verfügen sie über die Perspektive, in nächster Zeit wieder an die Macht zu kommen. Sie haben ein nicht großes aber ziemlich stabiles Wählerreservoir, das sich nicht von ihnen abwendet und sich weder von der Lage im Lande noch von der nicht dem ,,Standard'' entsprechenden Vorstellungswelt der früheren Kommunisten irritieren läßt. Allerorten und oftmals in mehreren Anläufen spalteten sich die orthodoxen Elemente je nach dem Grad ihre Orthodoxie von den früheren kommunistischen Parteien ab und gründeten eigene Organisationen. Aber nirgends, außer in Ungarn, denn die VSRP ist ein spezieller Fall, überwanden derartige Parteien die Grenze politischer Exotik. Das gleiche kann man auch über die Abspaltungen anderer Couleur (vom Typ der ,,Demokratischen Plattform'') sagen. Wie richtig oder attraktiv ihre politischen Slogans auch sein mögen, die Absplitterung der Grüppchen von der traditionellen Parteistruktur bedeutet ihren Abgang ins politische Nichts. Der Fluch des alten Regimes lastet weiterhin auf ihnen.

Lateinamerikanische Variante

Wenn man den unwichtigen extrem linken Flügel (linker als die Ex-Kommunisten) außer acht läßt, wird eine sehr interessante Sache klar: Alle Parteien sind ,,untereinander nicht so verschieden''. Ihre tatsächlichen und nicht erfundenen Unterschiede liegen in der Taktik, den Fristen und Methoden, aber absolut nicht in ihrer Strategie. Die Wahl



der grundsätzlichen Richtung ist immer die gleiche: Markt, Privatisierung und für die Werktätigen ein bestimmter Happen. Letzteres vergißt niemand zu erwähnen, lediglich die Motive sind andere: einmal ist es aus ,,Gerechtigkeit", mal zur Schmerzbetäubung.

Es hat sich herausgestellt, daß die ,,Rolle der Persönlichkeit" am Steuer des Staatsschiffes übertrieben wurde. Ob es Mazowiecki gibt oder nicht, Jaruzelski oder nicht, ob mit Mladenow und Lukjanow oder ohne sie — der staatliche Kurs bleibt im ganzen der gleiche. Denn er wird durch die Wechselbeziehungen der sozialen und politischen Kräfte bestimmt und nicht durch das Schild an den Türen des Präsidentenzimmers.

Ist es relevant, ob es Gorbatschow gibt oder nicht? Würde die Auswechselung des Namensschildchens auch unsere Innenpolitik beeinflussen? Das Problem liegt nicht darin, sondern in der Verteilung der Macht.

Für das heutige Osteuropa ist die sozialpolitische Instabilität charakteristisch. Regierungskrisen fallen oft auch mit dem Wechsel der Führung zusammen. Nach all dem zu schließen, laufen die Dinge in Richtung ,,Lateinamerikanisierung". Dabei habe ich die Situation vor Augen, die für viele Länder Lateinamerikas seit Mitte der siebziger und besonders in den achtziger Jahren typisch ist: Unter den Bedingungen von finanzwirtschaftlichem Chaos und Hyperinflation legt die neue Regierung einen harten aber Wunder versprechenden Plan vor. Zu Beginn löst er tatsächlich einen erstaunlichen Effekt aus, aber schon nach ein, zwei Jahren tritt der vorherige Zustand wieder ein. Der Wirtschaftsminister wird wie ein Scharlatan fortgejagt. An seine Stelle tritt ein anderer ökonomischer Wundertäter. Der Kreis wiederholt sich, schließt sich erneut usw. usf. Zugegebenermaßen hat sich ähnliches im nachrevolutionären Osteuropa bisher noch nicht ereignet.

Die Kluft zwischen den Massen (darunter auch die der Parteien) und dem politischen Establishment wird immer breiter.

Es wäre falsch so zu tun, als ob das parteipolitische Feld Osteuropas bereits ,,bestellt" ist, so daß keine neuen politischen Kräfte mehr entstehen könnten. Ein bedeutender Teil der Bevölkerung sieht bisher noch keine Repräsentanten der eigenen Erwartungen. Die Entstehung und der Aufschwung völlig neuer Strömungen ist deshalb absolut möglich. Der unerwartete Erfolg Tyminskis, der nur deshalb verlor, weil die aufgeschreckten Konkurrenten sich um Walesa zusammenschlossen, ist lediglich das erste Signal. Es herrschen auch Bedingungen für die Entwicklung neuer Parteien auf unerwarteter Grundlage — wie zum Beispiel die Bewegungen für die Unabhängigkeit Mährens in der Tschechoslowakei.

Zu einem wichtigen Element des Massenbewußtseins wurde der Zusammenbruch von Mythen und Illusionen, die immer für die Unterdrückten und Verfechter jeder beliebigen Diktatur charakteristisch sind. Die Realität wurde freigelegt. Früher konnte alles Unglück auf die Russen und die Kommunisten abgewälzt und gelobt werden: ,,Stürzen wir sie — und alles ist OK!" Jetzt ist allen klar, daß es bei einer um das sechs- bis zehnfache niedrigeren Arbeitsproduktivität als in Westeuropa eine irreale Gefühlsduselei ist, über den dortigen Lebensstandard zu träumen.

Die Sowjetunion war allen bei der Demokratisierung voraus, als erste führte sie halbwegs freie Wahlen durch. Aber nun blieb sie in puncto politischer Demokratisierung hinter allen anderen außer Albanien und zum Teil Jugoslawien zurück. Selbst die nächsten Perspektiven der Demokratie in der UdSSR sind unklar. Das liegt aber nicht an bösen Absichten, sondern daran, daß sich im Land ebenso schärfste Widersprüche wie sozialer Sprengstoff angesammelt haben, daß selbst die Möglichkeit einer formaldemokratischen Entscheidung alles andere als offensichtlich ist. Darin überflügeln wir alle, wahrscheinlich auch Jugoslawien.

Schon im Mittelalter erstreckte sich in Osteuropa entlang der Elbe eine soziale Grenze. Das Territorium im Osten der Elbe durchlebte die ,,zweite Ausgabe" des Kirchenrechts, das es im Wsten nie gab. Dies bedingt in vielerlei Hinsicht auch die nachfolgenden Entwicklungsunterschiede. Seit der zweiten Hälfte der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts verlief entlang der gleichen Linie eine neue förmliche Grenze.

Die historischen Wege Rußlands und Osteuropas sind nicht die gleichen. Zwischen den beiden Weltkriegen liefen sie scharf auseinander. Es ist möglich, daß sich unsere Bahnen erneut getrennt haben und wir uns zwar in die gleiche Richtung aber auf verschiedenen Wegen bewegen.

Die heute herrschende Ideologie in den Ländern zwischen Elbe und Ussuri stellt im Grunde eine Paraphrase des bekannten Lenin-Zitats ,,Alle Nationen gelangen zum Sozialismus, aber jede auf ihre Art" dar. Nur heute lautet sie: Alle Nationen gelangen zum Kapitalismus. Wobei sie unter Kapitalismus eben den heutigen Westen verstehen wollen. Die Geschichte wird zeigen, ob es so ist. ■

Nikolaj Preobrazenskij, Historiker, in: Cas Pik, 13.5.1991. Aus dem Russischen von Manfred Sapper.

▶ Alle Wege führen nach... ◀

Mit Ausnahme der christlichen Parteien hat sich die Mehrheit der politischen Kräfte Osteuropas noch nicht nach ihren sozialen Grundlagen ausdifferenziert. Leute aus unterschiedlichen sozialen Schichten unterstützen ein und dieselbe Partei und gehen dabei nicht so sehr von eigenen Interesse als von ideologischen Präferenzen aus. Aber die Zeit der Volksparteien geht vorbei. Sie sollten sich deutlich auf bestimmte soziale Gruppen einstellen und im Verlauf der politischen Auseinandersetzungen beweisen, daß genau sie deren Interessen zum Ausdruck bringen und verteidigen. Das ist umso wichtiger, als durch den fallenden Lebensstandard und den Verlust der eigenen Identität in der Gesellschaft eine massive Frustration auf dem Vormarsch ist. Die politische Aktivität geht scharf zurück, im besonderen die Wahlbeteiligung. Die Leute nehmen zu Recht an, daß von ihnen nur wenig abhängt.

Anzeige

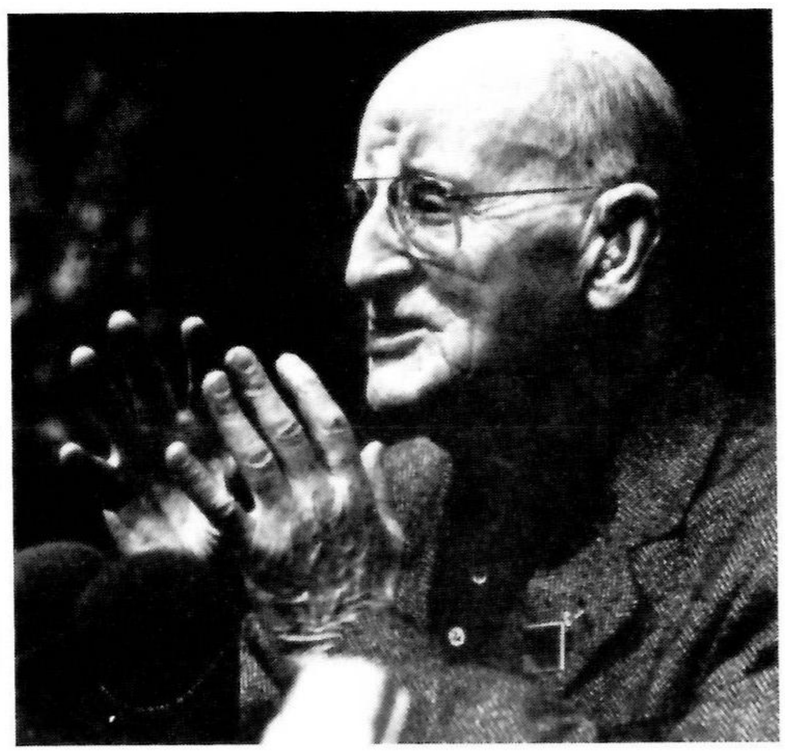
Victor Serge
Erinnerungen eines Revolutionärs

Victor Serges Autobiographie gehört zu den eindrucksvollen Selbstzeugnissen des revolutionären Sozialismus. Serge zeigt leidenschaftliche Rebellen, unglückliche Outlaws, kleinliche Opportunisten, elende Wohnquartiere, Gefängniszellen, berichtet von Absichten und Irrtümern in der Entwicklung der Arbeiterbewegung. Als Augenzeuge erlebt er die anarchistische Bewegung in Paris und Barcelona, die Oktoberrevolution in Leningrad und das Entstehen der Kommunistischen Internationale. Seine Erinnerungen reflektieren ein halbes Jahrhundert Sozialgeschichte. Gebunden, 480 S., 38.- DM

Edition Nautilus
Hassestraße 22. W-2050 Hamburg 80

CARL-WILHELM MACKE

„Optimisten wie ich



aber, einer bin“

Die Geschichte der großen Männer ist vorbei. Dies zu betrauern, haben wir kein Bedürfnis. Auch die Geschichte *großer Frauen* mögen andere schreiben. Aber mit dem Tod jedes einzelnen Begleiters oder jeder einzelnen Begleiterin auf dem Wege zu einer freieren, gerechteren Alternative zum kapitalistischen Status Quo spüren wir mehr, was und wer uns verloren gegangen ist. Aus guten Gründen sind wir heute skeptischer und zurückhaltender geworden gegenüber einer rasenden Gegenwart ohne Gedächtnis. Deshalb nehmen wir uns heute, vielleicht mehr denn je die Zeit, wenigstens in einem Nachruf an den oder die zu erinnen, deren Biographie und deren Werk für eine Tradition steht, die es wert ist, unter neuen Bedingungen und vielleicht auch in anderen Formen, fortgesetzt zu werden. Hier findet auch die Erinnerung an Axel Eggebrecht ihren Platz, der Mitte Juli starb.

Stimmen, vor allem Stimmen aus dem Radio, haben in meiner politischen Sozialisierung eine große Rolle gespielt. Drei Stimmen ragen dabei heraus: Die des leisen, melancholischen, jedes Wort übergenau prüfenden liberalen Aufklärers *Jean Améry;* die ebenso unverwechselbare, aber weniger artifiziell klingende Stimme des katholischen Sozialisten *Walter Dirks* und schließlich die auch in der Kommentierung bedrückender Zeitereignisse immer ein wenig optimistisch, gelegentlich sogar heiter klingende Stimme *Axel Eggebrechts.* Dessen fortlaufende Kommentierung des Frankfurter Auschwitzprozesses, seine empfindlichen Wahrnehmungen auch der leisesten Entschuldigungen von Nazi-Verbrechen, seine unentwegten Mahnungen vor dem rechtskonservativen Populismus eines Franz Josef Strauß und vor allem sein, auch in der Stimme schon spürbar, engagiertes, ja lustvolles Streiten für die Ideale einer aufgeklärten, liberalen Demokratie, hat Generationen von Rundfunkhörern geprägt. Daß der zunächst „Nordwestdeutsche“, später „Norddeutsche Rundfunk“ (NDR) jahrzehntelang ein wahrer Hort der Aufklärung und Modernität in der so klerikal provinzialisierten Bonner Republik war, ist auch Axel Eggebrecht, einem seiner Gründungsmitglieder zu verdanken. Später, als Albrecht von Niedersachsen und Stoltenberg/Barschel aus Schleswig-Holstein den NDR in die konservative Zange nahmen („Rotfunkkampagne“ in den späten siebziger Jahren), blieb wenigstens im III. Hörfunkprogramm noch die Erinnerung an bessere, demokratischere, experimentierfreudigere Zeiten des NDR wach. Da reichte es, nur die Stimme von Axel Eggebrecht, der auch nach seinem offiziellen Ausscheiden aus dem NDR noch hin und wieder Zeitereignisse kommentierte, zu hören, um nicht ganz vor dem konservativen Roll-back in den Massenmedien zu verzweifeln.

Axel Eggebrecht, das war für viele der Konsumenten und mehr noch der Produzenten des Hörfunks in den sechziger, siebziger Jahren ein Name, ein Symbol für einen den Idealen der Französischen Revolution, den demokratischen Traditionen seit Heinrich Heine und dem Anti-Faschismus der Weimarer Zeit verpflichteten Journalismus. Eggebrecht, selber aus dem Leipziger Großbürgertum stammend, hat unzählige bürgerliche Journalisten an die Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften herangeführt.

Seine Essays über die Literaturgeschichte („Meine Weltliteratur“, Bonn, 1985) halten in vielen Passagen einer wissenschaftlichen Kritik schwerlich stand. Seine Urteile über Klassiker der Weltliteratur, die er in vielen Rundfunkessays zur Diskussion stellte, sind subjektiv, oft zu einseitig. Daß sie den Hörern und Lesern aber ein Verständnis und eine Sympathie für die aufklärerischen, pazifistischen und demokratischen Traditionen in der Literaturgeschichte vermittelten, ist unbestreitbar. An einer stets wiederholten Reaktion auf die gegen ihn erhobenen Kritiken prallten seine Gegner immer wieder ab: „Ich ziehe mich auf meine subjektive Meinung zurück und teile sie mit; in der Hoffnung, andere zu eigenen Ansichten zu ermuntern“. Eggebrecht hatte zu allen politischen und kulturellen Zeitereignissen eine dezidierte eigene Meinung, aber er war zu antiautoritär, um sie auch nur mit einem Hauch von Arroganz anderen aufzudrängen: „Das ist meine Meinung. Ich stelle sie zur Diskussion.“

Erst langsam, etwa über die Lektüre der Mitte der siebziger Jahre erschienende Lebensbeschreibung „Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche“ (Reinbeck, 1975) erfuhren wir näheres über seine Biographie. Zum Beispiel, daß Axel Eggebrecht sein journalistisches Handwerk noch in der legendären „Weltbühne“ zusammen mit Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky erlernt und weiterentwickelt hat. Wenn Eggebrecht im Rundfunk über die Weimarer Republik und den Faschismus aufklärte, wurde kein Buchwissen eloquent präsentiert, sondern eigene Erfahrungen wiedergegeben. Eggebrecht berichtete immer auch über seine Kämpfe (und die der „Weltbühne“) gegen die deutsche Militärkaste, gegen den erzreaktionären Sumpf im Hintergrund des nationalsozialistischen Aufstieges, gegen die Täter barbarischer Verbrechen im deutschen Namen und für ihre so schnell wieder vergessenen Opfer.

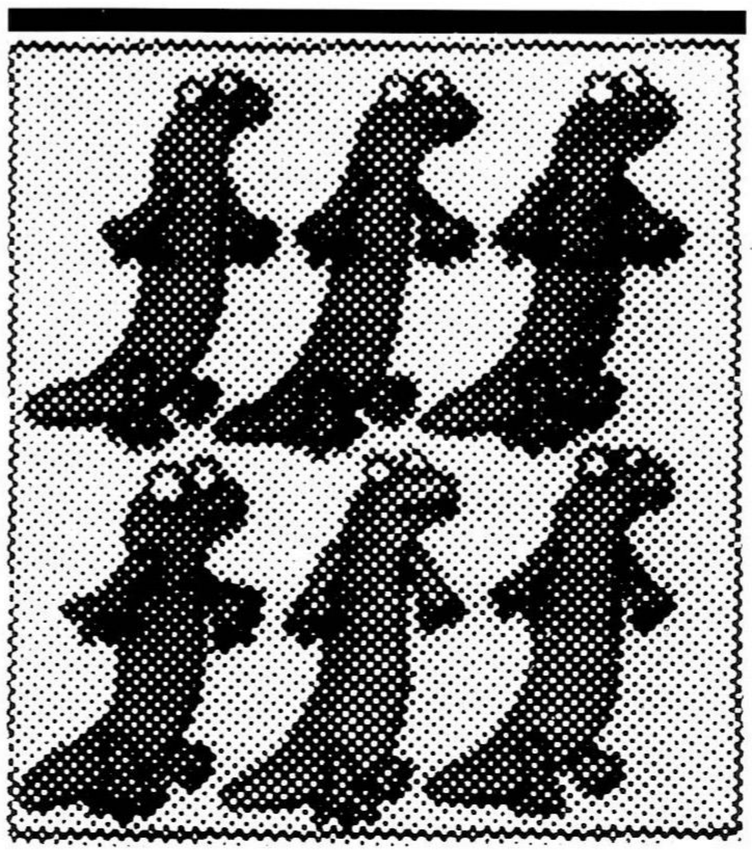
„In Traditionen denken“, so formulierte es einmal Peter Rühmkorf, ein Freund Eggebrechts, „heißt für einen Deutschen, die Nazis immer mit dazu denken.“ Genau das hat Axel Eggebrecht seine Hörer und Leser immer und immer wieder in Hunderten von Kommentaren zu lehren versucht. Das in den späten sechziger Jahren, insbesondere im Umkreis der Studentenbewegung von '68 eine Beschäftigung mit der faschistischen deutschen Vergangenheit so vehement eingeklagt wurde, ist auch der Insistenz einiger Journalisten, wie zum Beispiel Axel Eggebrecht, zu verdanken.

Eggebrecht erinnert aber, bei allem Beharren auf die aus dem Nationalsozialismus zu lernenden Lektionen, auch daran, daß es in Deutschland neben der Pickelhauben- und kleinbürgerlichen Zipfelmützentradition stets andere, freiheitliche, nicht-militärische, widerständische, emanzipatorische Maulwürfe gegeben hat, die wühlen und wühlen, mit und ohne Feder. „Die Leute, die sich einst um die ‚Weltbühne‘ scharten“, schrieb Axel Eggebrecht in seinem Essay zum Neudruck der „Weltbühne“ im Jahre 1979, „waren natürlich keine Hellseher; aber alles in allem etwas weniger blind, als viele ihrer Zeitgenossen. Das machte sie unbequem und sogar verhaßt. Sie haben die tödlichen Krankheiten der ersten deutschen Demokratie frühzeitig erkannt und nach Kräften zu heilen versucht. Sie haben aber auch die heiteren Seiten des Lebens nicht vergessen. Sie waren keine Fanatiker. Es sieht so aus, als bestehe auch heute, gerade heute ein Bedarf an solcher Publizistik.“ ■

VERA KING / CHRISTOPH GÖRG / MICHAEL SCHARPING

Deutschland verstehen?

Zu den folgenden Beobachtungen und Überlegungen hat uns der Versuch veranlaßt, die Irritationen zu verstehen, die die Debatten über den Golfkrieg unter deutschen Linken ausgelöst haben. Diese zeigten eine tiefgehende politische Verunsicherung und eine emotionale Zerissenheit, die vor allem in den Phänomenen einer agressiven Moralisierung, einer offensiven Tabuisierung von Kritik, der völligen Verselbständigung des Antisemitismus-Vorwurfs, einem mitunter grotesken Pro-Amerikanismus, sowie der Verteufelung des Pazifismus, aber auch der spiegelbildlich auftretenden Unfähigkeit, sich über die als Gesinnung kultivierte Ablehnung des Krieges hinaus mit seinen Hintergründen und Nebenwirkungen zu beschäftigen, zum Ausdruck kam.



Diese erklärungsbedürftigen Erscheinungen legen den Bezug auf die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nahe. Es ist unsere Grundthese, daß die Golfkriegsdiskussionen die Anfälligkeit der gesamtdeutschen Gesellschaft für neue Formen einer ideologischen Integration demonstriert hat. Diese neue Integrationsform wäre hinsichtlich tragender Bestandteile durch eine Reproduktion wesentlicher Motive der in der ersten Nachkriegszeit vorherrschenden Verarbeitungsformen sozialer Realität charakterisiert, die in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen allerdings in veränderter Weise zum Ausdruck kommt.

Die deutsche Vereinigung, die im Zuge des auch den Golfkrieg in dieser Form erst ermöglichenden Wegfalls der Ost-West-Polarität stattfand, bescherte beiden Gesellschaften das Problem einer neuen Selbstverständigung nach innen und nach außen. Die in diesem Prozeß aufgebrochene Konfrontation mit der deutschen Vergangenheit geriet unter zusätzlichen Druck geforderter Handlungskonsequenzen aufgrund der auch vom deutschen Exportwunder mitzuverantwortenden Bedrohung Israels. In dieser Situation wurde der Golfkrieg zum Kristallisationspunkt einer Diskussion über die veränderten politischen Bedingungen, in der die Frage nach den aus der Nazi-Vergangenheit zu ziehenden Lehren einen besonderen Stellenwert erhielt. An den in dieser Diskussion geäußerten Argumenten und Haltungen setzen wir im folgenden an, ohne jeden Anspruch, ein vollständiges oder „objektives" Bild zu liefern. Es ist weder unsere Absicht, Irritationen wegzudiskutieren und standpunktfest als unbegründet zurückzuweisen. Wir wollen aber auf einige Aspekte eingehen, die uns von besonderem Interesse für Fragen gesellschaftskritischer Opposition im neuen Deutschland zu sein scheinen.

In einigen der die Golfkriegsdiskussion prägenden Positionen sehen wir die Möglichkeit einer Neuzusammensetzung des „Tickets" sich abzeichnen, das schon für die Nachkriegszeit als Integrationsform in Deutschland kennzeichnend war. Der Begriff des „Tickets" stammt aus der „Dialektik der Aufklärung". Horkheimer und Adorno verwenden ihn dort, um Ideologiebildungsprozesse unter den Bedingungen totalitärer Vergesellschaftung zu analysieren. Unter dem Einfluß einer übermächtigen gesellschaftlichen Realität steigern sich die Ohnmachtserfahrungen der Individuen in einem Maße, daß die darin gelegene narzißtische Kränkung keinen anderen Ausweg mehr zuläßt als die Identifikation mit der Herrschaft im Sinne einer Identifikation mit dem Agressor. Die Alternativlosigkeit der für die Erhaltung des Selbst vorfindlichen Bedingungen erzwingt eine En-Bloc-Adaption der ideologischen Kernpunkte der Herrschaftsideologie, die nur unter Verleugnung der Erfahrung gesellschaftlicher Widersprüche und ihres Niederschlags im Individuum zu leisten ist. In der daraus resultierenden projektiven Verarbeitung der Widersprüche, ihrer Externalisierung und dem Haß auf das Andere bildet das Ticket den Kern des modernen Antisemitismus und damit der „Grenzen der Aufklärung". Tickethafte Ideologiebildungsprozesse beruhen auf dem Zwang zur „Selbsterhaltung ohne Selbst", der Aufrechterhaltung einer starren Identität um den Preis des Verlustes der Erfahrungsfähigkeit, von Reflexion und Kritik. Ihnen ist die Verleugnung von Widersprüchen immanent, das Nicht-zur-Kenntnisnehmen der eigenen Entsagungen und der dazu notwendigen Selbst-Leistungen.

Da Horkheimer und Adorno den Begriff des Tickets verwenden, um Ideologiebildungsprozesse im Nationalsozialismus zu kennzeichnen, darf er keineswegs umstandslos auf andere Verhältnisse übertragen werden. Allerdings deuten sie selbst an, daß er auch in der Nachkriegszeit seine Bedeutung hat. Wir schließen an diese Überlegungen an mit der Einschränkung, daß seine Geltung immer unter dem Vorbehalt von in öffentlichen Diskussionen angelegter Selbstaufklärung verbleibt und deshalb nicht als unveränderliches Merkmal sozialer Verhältnisse angesehen werden darf. Im Anschluß an Horkheimer und Adorno hat Detlev Claussen darauf verwiesen, daß der kalte Krieg nur die Wahl ließ zwischen einem an die Sowjetunion gebundenen *kommunistischen* und einem *westlichen Ticket*. Beide verweisen gerade in ihrer symmetrischen Referenz auf unterschiedliche „Varianten des Vergessens" der nationalsozialistischen Vernichtungsstrategie. Auf diese Struktur baute die ideologische Integration der Nachkriegszeit auf. Nun könnte man annehmen, daß nach dem Ende der Ost-West-Polarität auch das Ende dieses ideologischen Grundmusters gkommen sei. Die Diskussionen um den Golfkrieg legen eine andere Sichtweise na-

Verlag 2000 GmbH

Geschichte der Farbwerke Höchst und der chemischen Industrie in Deutschland
216 S., DM 25,—
ISBN 3-88 534-210-3
Dieses Buch ist nicht von Geschichts- oder Sozialwissenschaftlern geschrieben. Es ist entstanden aus einer Reihe von Wochenendseminaren, die wir für Kolleginnen und Kollegen aus den Farbwerken Hoechst veranstaltet haben. Der rote Faden, der durch diese Seminare ging, war die geschichtliche Kontinuität dieses Werkes in der Entwicklung der chemischen Produktion, den Arbeitsbedingungen, der Betriebsverfassung, der gewerkschaftlichen Arbeit. Ein Lesebuch aus der Arbeiterbildung.

Peter-Erwin Jansen (Hg.)
Befreiung Denken — Ein politischer Imperativ. Ein Materialienband zu Herbert Marcuse
210 S., DM 22
ISBN 3-88 534-314-4
Zehn Jahre sind seit dem Tod Herbert Marcuses am 29. Juli 1979 vergangen. Solange aber die real existierenden Möglichkeiten der Entfaltung von Freiheit, Glück, Selbstbestimmung der Menschen, Wohlstand gesellschaftlich unterdrückt werden, solange steht die Frage nach individueller Befreiung und gesellschaftlichen Alternativen auf der Tagesordnung. Die jeweiligen konkreten Strategien emanzipatorischer Praxis zu entwickeln, bleibt Aufgabe der politischen Diskussion und Auseinandersetzung. Dem blieb Herbert Marcuse ein lebenlang verpflichtet. (Mit Texten von: Kevin Anderson, Barbara Brick, Detlev Claussen, Joachim Hirsch, P.E. Jansen, Susanne Kill, Joachim Volke u.a. und mit bisher unveröffentlichten Arbeiten von Herbert Marcuse).

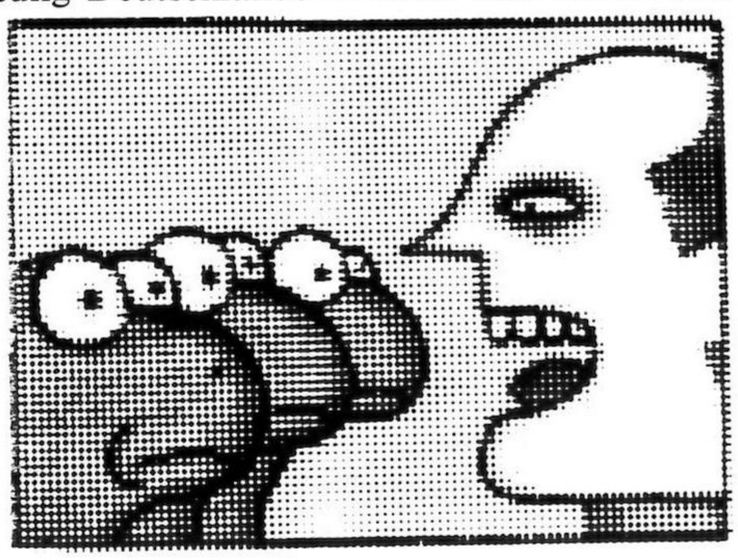
Express-Redaktion (Hg.)
Bio- und Gentechnologie
74 S., DM 10,
ISBN 3-88114-311-4
Bio- und Gentechnologie fügt sich ein in die herrschende Logik industrieller Entwicklung. Insofern ist keine „neue Qualität des Eingriffs in die Natur" gegeben, sondern eine Fortführung bisheriger Entwicklungen. Kritik darf daher nicht bei der Technologie allein ansetzen, sie muß tiefer gehen und Produktion wie Verwertung von Wissenschaft und Technik unter gegebenen Bedingungen ins Zentrum rücken.

Verlag u. Vertrieb: Verlag 2000
Postfach 106062, 605 Offenbach
Tel: 069/885006

he. Es ist eine der Nachkriegssituation vergleichbare Konstellation, die heute, allerdings als „bewußt" vollzogene Konsequenz der damaligen Verleugnung des Nationalsozialismus, zu erzeugen versucht wird. Die Verleugnung wird verkehrt in ihr Gegenteil und kann gerde dadurch die gleiche Funktionen erfüllen: Einerseits die Enttraumatisierung der deutschen Geschichte, andererseits, als deren Mittel, die Affirmation der etablierten politischen Institutionen und der sie tragenden Denkweisen. Beider Effekt ist Handlungs- und Realitätstüchtigkeit. Das Ticket liefert ein affirmativ auf die veränderten weltpolitischen Bedingungen bezogenes hegemoniales Leitbild.

Ideologiebildung im Nachkriegsdeutschland

Das westdeutsche Nachkriegsticket konstituierte sich seiner verborgenen Motivation nach über die doppelte Verleugnung sowohl der eigenen Verstrickung in den nationalsozialistischen Schuldzusammenhang als auch der mit der Niederlage erlittenen Kränkung der narzißtischen Identifikation mit diesem Regime in ihrer Verschränkung mit der von den Siegern etablierten Nachkriegsordnung. Auf der bewußten Seite erscheinen die En-Bloc adaptierten ideologischen Kernpunkte Westorientierung, Antikommunismus, Wohlstands- und Leistungsfetischismus. Die Aufrechterhaltung dieses Tickets war angewiesen auf die Spaltung Deutschlands in BRD und DDR. Der



Blick auf die DDR als „negative Vergleichsgesellschaft" (Lepsius) ermöglichte den Westdeutschen eine Stärkung ihres auf Wohlstandschauvinismus und Leistungsfähigkeit beruhenden Selbstbewußtseins, das die erlittenen Verluste und die Erfahrung von Zerstörung, Vernichtung und Schuld kompensiert hat. A. u. M.Mitscherlich haben die „monomane Ausschließlichkeit" des „werktätigen Eifers" herausgestellt, mit dem der wirtschaftliche Wiederaufbau in der Nachkriegszeit betrieben und die beunruhigende psychische Gegenwärtigkeit des Vergangenen verdeckt wurde. Diese Prozesse gleichen einer Aktualisierung des calvinistischen Gedankens, daß die Differenz von Wohlstand als Indiz einer Differenz von Schuld interpretiert werden kann.

Mit diesen Motiven sind Externalisierungen des Bösen verbunden. Externalisiert wird der eigene Täterstatus, und zwar in doppelter Weise: in der Form einer Delegation von Schuld an die BürgerInnen der DDR und in Form einer Projektion des Verfolgers auf die das Erreichte zugleich bedrohenden Kommunisten. Zugleich ermöglichte die Externalisierung der Schuld auf die BürgerInnen der DDR eine Externalisierung der eigenen Sühnebedürfnisse. Gemäß der Logik dieses Mechanismus wurden die BürgerInnen der DDR Opfer dessen, was die Totalitarismustheorie den Westdeutschen gerade auch in seinen sozialpsychologisch-kulturellen Dimensionen als von ihnen selbst bereits überwunden zu betrachten erlaubte. Die spezifische Entlastung der Westdeutschen beruhte also auf der Externalisierung der Täter-Opfer-Relation als ganzer. Grundlage dieser projektiven Verarbeitungsformen der eigenen Vergangenheit war die sprichwörtliche Deklaration einer *Stunde Null*, in der der „Bedeutungsentzug der Geschichte" (A. Eckstaedt) als Westorientierung vollzogen wurde. Neben einer inhaltlichen Bewertung der politischen Implikationen der Westorientierung, die in der heutigen Betrachtung dominieren, müssen deswegen die sozialpsychologischen Determinanten ihrer „Wahl" besondere Beachtung finden. Denn diese sozialpsychologischen Bedingungen der Institutionalisierung der Westorientierung erschwerten eine kritische Auseinandersetzung mit den Implikationen dieses Prozesses. Nicht zuletzt die dadurch verursachten sozialen und kulturellen Schranken und Retardierungen des von der Westorientierung erwarteten Zuwachses an sozialer Rationalität waren konstitutiv für das Entstehen einer gesellschaftskritischen Opposition in den 60er Jahren.

Von einer potentiellen Neuzusammensetzung des Tickets glauben wir nun vor allem deswegen sprechen zu dürfen, weil einige der in den Golfkriegsdiskussionen dominanten Positionen eine der Nachkriegssituation analoge Zwangslage suggerieren. Diese Zwangslage bezieht sich genau auf das Motiv, die Westorientierung als alternativlose Konsequenz aus und als gelungene Bewältigung der deutschen Geschichte zu stilisieren und eine rückhaltlose Bejahung dessen zu fordern, was sich realgeschichtlich durchgesetzt hat. Unverzichtbarer Katalysator dieser Zumutung ist die Bedrohung Israels im Golfkonflikt, insofern deren Funktionalisierung die moralische Unausweichlichkeit der Bejahung des Krieges behauptet. Wer dieser vermeintlichen Unausweichlichkeit nicht Folge leistete, der wurde dem Verdacht ausgesetzt, die *Lehren aus der Geschichte* nicht gelernt, demokratiefeindlich und sogar latent antisemitisch zu sein.

Elemente der Neuzusammensetzung

Den realen Hintergrund dieses Versuchs stellt der *Fall der Mauer* dar. Mit dem Wegfall der West-Ost-Polarität, für die Westdeutschen der *negativen Vergleichsgesellschaft* DDR und der entlastenden Strafe der Spaltung, mußten die unbewußten Motive

der bisherigen Orientierungen virulent und bewußtseinsnäher werden. Soweit die Schuldfrage durch die Spaltung Deutschlands lediglich partiell stillgestellt wurde, mußte sie mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten erneut in Fluß kommen. Sie wurde mit der Auflösung der Grenze gewissermaßen reimportiert. Aber es ist nicht nur so, daß mit dem Verschwinden der DDR die projektiven Entlastungen eigener Schuld bedroht wurden. Die Auflösung der *negativen Vergleichsgesellschaft* internalisiert zugleich das Krisenpotential der eigenen Gesellschaft einschließlich der Erfahrungen subjektiven Leidens und zu erbringender Unterwerfungsleistungen. Die Kehrseite des Sieges der kapitalistischen Marktgesellschaften ist unter diesem Aspekt eben auch, daß diese nunmehr tendenziell selbst die ganze Last ihrer historischen Legitimation zu übernehmen haben.

Nicht umsonst spielte daher in der Diskussion die Frage eine entscheidende Rolle, ob und inwiefern der Golfkrieg im Rahmen der Neuordnung des Nord/Süd-Verhältnisses zu interpretieren ist. Die Auflösung der durch die Bipolarität gesicherten Ordnungsprinzipien der Wahrnehmung der internationalen Machtverhältnisse und der Rolle der ehemaligen BRD in ihnen, macht die Etablierung neuer Interpretationsmuster notwendig. Erschwert wird spätetens nun die Deutung der verschiedenen internationalen Konflikte sowohl nach dem Schema des Antikommunismus als auch nach dem des Antiimperialismus. Die Suspendierung der Deutungsmuster, die der West-Ost-Konflikt bereitstellte, artikuliert sich als Angst vor dem zwischenstaatlichen Naturzustand. Erkennbar wurde diese Angst an einer der Varianten des Vergleich von Saddam Hussein mit Hitler. Die Variante des Vergleichs nämlich, die sich auf den Hitler des Münchener Abkommens, also den Hitler von 1938 bezog und damit explizit die Singularität der Vernichtung der Juden berücksichtigte, zielte auf den Diktator Hitler. Die Parallele bezog sich damit auf die fehlende Kalkulierbarkeit eines demokratisch nicht abgesicherten Regimes, das sich in seinen Reaktionen an keine Verträge zu halten braucht. Bei genauerer Betrachtung zeigt dieser Vergleich allerdings seine Grenzen: nicht die Diktato-

ren an sich können gemeint sein, wenn vor wie nach dem Golfkrieg eben sie als von demokratischen Regierungen durchaus geschätzte (Vertrags-)Partner die Sicherheit und Stabilität internationaler Beziehungen garantieren. Die Angst vor dem Naturzustand richtet sich also nur auf jene Regimes, die sich gegenüber dem Kalkül der Interessen der westlichen Staaten verselbständigen. Besen, die in diesem Sinne dem Zauberlehrling nicht mehr gehorchten, waren sowohl Noriega als auch Hussein. Damit gibt sich die Angst vor dem zwischenstaatlichen Naturzustand als die Ahnung zu erkennen, daß die Durchsetzung des westlichen Zivilisationsmodells keineswegs den ewigen Frieden der Staatenwelt bedeuten kann, weil sich in ihm notwendig partikular bleibende Interessen mit seinen universalistischen Gehalten verbinden — es in sich selbst widersprüchlich ist. Und die zunehmende Verlagerung dieser Widersprüche an seine Peripherie hat auch seine soziale, ökonomische und ökologische Krisenhaftigkeit universalisiert. Die Angst vor dem Naturzustand hat also durchaus ihre realen Hintergründe, der Vergleich Hussein/Hitler allerdings verdunkelt sie, ist ein Momemt der „Zitadellenkultur" (Werckmeister).

Wie die hinter der Angst vor dem Naturzustand stehende Mystifizierung der bewegenden Kräfte der „Neuen Weltordnung" zum Element des Tickets umfunktioniert wird, zeigt sich besonders am Vorwurf des Antiamerikanismus gegenüber der Friedensbewegung. Die damit geforderte Tabuisierung der Kritik an den kriegführenden alliierten Mächten stand einerseits für den Versuch, die Vermischungen von realen Interessenlagen und normativen Prinzipien wie auch die Bedeutung der supranationalen Organisationen wie der UNO zugunsten eines einseitigen Verweises auf die Geltung des Völkerrechts zu verleugnen. Andererseits lenkt der Vorwurf von der Wahrnehmung der Bedeutung der BRD ab. Selbst ihre relative Distanz zu den kriegsführenden Parteien war für ihre Position als eine der dominierenden Zentren der sich neu heraus-

spw

DAS MAGAZIN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN LINKEN

In den letzten Ausgaben von spw schrieben u.a.: Detlev Albers - Ursula Beer - Ulrich Briefs - Anke Brunn - Christoph Butterwegge - Wolf-Michael Catenhusen - Diether Dehm - Klaus Dörre - Katrin Fuchs - Monika Ganseforth - Norbert Gansel - Jörg Goldberg - Heinz-Gerd Hofschen - Mechtild Jansen - Sabine Kebir - Uwe Kremer - Norbert Mappes-Niediek - Lutz Marz - Wolfgang Michal - Susi Möbbeck - Peter von Oertzen - Horst Peter - Heide Pfarr - Susanne Schunter-Kleemann - Margret Steffen - Wolfgang Thierse - Karl Hermann Tjaden - Ludger Volmer - Michael Wendl - Frieder Otto Wolf

SPW - ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT

COUPON: *Ich bin neugierig auf spw. Senden Sie mir ein kostenloses Probeheft.*

Vorname, Name (in Druckbuchstaben)

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Einsenden an:
spw-Verlag, Kieler Str. 13, 5000 Köln 80

bildenden Weltordnung vorteilhaft. Das Ausmaß, in dem die Herausbildung eines neuen Selbstverständnisses der BRD durch ein Ticket geprägt werden könnte, zeigt sich aber gerade auch an manchen Argumenten der Friedensbewegung. Wenn die BRD auch in friedlicher Form eines der Zentren einer gänzlich unfriedlichen Weltordnung darstellt, dann kann dem nicht mit Verweis auf die Untauglichkeit von Kriegen zur Konfliktlösung allein begegnet werden. Beide Pole der Auseinandersetzung haben insofern eines gemeinsam: die Ausblendung der Kritik an der ökonomischen und machtpolitischen Konstitution des eigenen Staates und seiner Rolle im internationalen Kontext. Diese lässige Härte, die sich weigert, die Gesamtkonstellation des Krieges über seinen unmittelbaren Anlaß hinaus zur Kenntnis zu nehmen, ist funktional für das Selbstverständnis des neuen Deutschlands. Mit dieser Ausblendung etabliert sich, würde sich die von uns beschriebene Tendenz tatsächlich durchsetzen, eine der Nachkriegsordnung des kalten Krieges analoge Wahrnehmungsstruktur zur Definition des eigenen und des gegnerischen Lagers, des „Nordens" und des „Südens", dem kritisch nichts mehr entgegengesetzt wird.

Funktionalisierung der Schuld

Verschärft kommt dieser Mechanismus der Ticketproduktion zum Ausdruck in einer zweiten Variante des Vergleichs Saddam Husseins mit Hitler, die jenen zum Wiedergänger von diesem erklärt, auch und gerade in Bezug auf Auschwitz. Dieser Vergleich betreibt eine aggressive Moralisierung der zu ziehenden Lehren aus dem Nationalsozialismus. Diese Moralisierung spekuliert auf die psychologischen Mechanismen, die die in der Vernichtung der Juden gelegene Totalisierung der Schuld immer aufs Neue zu erfordern scheint. Sie ist erfolgreich, soweit diese Totalität der Schuld nicht trauernd integriert, sondern projektiv abgewehrt wird. Hier wird die Funktionalisierung der wieder virulent gewordenen deutschen Vergangenheit zum Zwecke aktueller politischer Erfordernisse offensichtlich. Die projektive Verarbeitung der Schuld soll in den Dienst einer alternativlosen En-Bloc-Affirmation der widersprüchlichen Gehalte der westlich-kapitalistischen Zivilisation gestellt werden. Die Vernichtung des diabolischen Aggressors löst die Probleme von Vergangenheit und Gegenwart in einem. Insofern kommt diesem Argument eine vergleichbare Funktion zu wie der im Historikerstreit von neokonservativen „Geschichtsrevisionisten" vertretenen Relativierung der Singularität von Auschwitz.

Doch stellt sich die Frage, in welcher Weise auch in der „Zweiten Generation" die unverarbeitete Schuld nachwirkt und nach vereinfachender Auflösung drängt. Die Psychoanalytikerin Anita Eckstaedt gibt Hinweise darauf, daß die vollzogene Selbst-

Foto aus: Niemandsland, Heft 7, 1988

integration der ersten Generation in den Nationalsozialismus in der „zweiten" als „paradoxe Struktur von Opfer und Täter in einem" erscheinen kann. Diese weitgehend unbewußt bleibende Paradoxie könnte aus der Gleichzeitigkeit der Identifizierung mit den Eltern als Täter und mit ihrem Auftrag der Wiedergutmachung resultieren. Betont wird von Eckstaedt insofern die Notwendigkeit einer partiellen Versöhnung mit den bösen Anteilen der Eltern, um dem Muster der Reaktionsbildungen, der einfachen Negationen zu entkommen.

In der Diskussion des Golfkrieges zeigten sich Indizien dafür, daß in dem Maße, in dem diese partielle Versöhnung mißlingt, Dispositionen zur projektiven Verarbeitung jener Paradoxie entstehen. Wir meinen wiederum insbesondere die Bereitschaft, der zweiten Dimension der Hitler-Hussein-Identifikation im Sinne einer Gleichsetzung der aktuellen Bedrohung Israels mit Auschwitz zu folgen. Auch wenn man die antisemitischen Töne in der Debatte sehen und die Bedeutung der Metapher „Deutsches Gas auf Israel" betonen muß — diese umstandslose Gleichsetzung können beide Faktoren nicht rechtfertigen. Allzu deutlich ist aber, daß sie zu einer geradezu unausweichlichen moralischen Bejahung des Krieges treibt; sie unterbindet Reflexion und dient den Bedürfnissen nach ihrer Vermeidung. Eine solche Auflösung des deutschen historischen Dilemmas impliziert für die „Zweite Generation" nun freilich, daß ihre moralische Entschuldung einer phantasierten Vernichtung der Eltern (real der Irakis) und der damit verbundenen Negierung der eigenen Existenz bedürfe. Demgegenüber würde die Wahrnehmung der projektiven Anteile hinsichtlich der neuen Inkarnation des Bösen die Möglichkeit eröffnen, diese Anteile auf sich zurückzunehmen und damit auch die verborgene Identifizierung mit dem Bild des grausamen Diktators anzuerkennen. Damit wäre sicherlich auch eine Steigerung der Einfühlung und Vorstellungskraft hinsichtlich der destruktiven und traumatisierenden Folgen eines Krieges verbunden; Alternativen zur militärischen Intervention wären nicht so schnell ausgeschlossen worden.

Wir hatten eingangs bereits darauf hingewiesen, daß wir unsere Überlegungen zur Möglichkeit der Neuzusammensetzung eines Tickets als vorsichtige These auffassen möchten. Dieser Prozeß ist weder abgeschlossen noch alternativlos, sondern Gegenstand sozialer Auseinandersetzungen und Lernprozesse. Deshalb ist es nicht zuletzt entscheidend, welchen sozialen Akteuren es in der Zukunft gelingen kann, an die mit der Geschichte der Neuen Linken und der Neuen Sozialen Bewegungen verbundenen Erfahrungen anzuknüpfen, die von uns benannten Zusammenhänge kollektiv durchzuarbeiten und auf die neue Konstellation zu übertragen, um einer Verfestigung ideologischer Momente zu Tickets reflexive Aufklärung entgegenzustellen. ■

Zeichnungen in diesem Artikel aus: Carel Capek, Krieg der Molche, Berlin-Ost 1988.

Anzeige

Die WochenZeitung

WoZ

WEIL'S IN DER GANZEN BRD NICHTS VERGLEICHBARES GIBT.

☐ Ich will die schweizerische WochenZeitung WoZ kennenlernen und vergleichen. Bitte senden Sie mir vier Nummern gratis.

Vorname:

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Einsenden an:

WoZ, Postfach, CH-8059 Zürich

AMATO LAMBERTI

Mit Krawatte und Knarre

Camorra in Neapel

In Süditalien ist das Phänomen der Mafia inzwischen ein soziales und politisches Problem allerersten Ranges. Die Mafia (oder die Camorra in Neapel) beherrscht große Teile der legalen Ökonomie. Mitglieder von Mafia (oder Camorra-)Clans treten unauffällig auf im feinsten dunklen Anzug oder eben — wie im Filmext — mit der Knarre in der Hand. Da die Mafia ein so großer ökonomischer Faktor in der Gesellschaft geworden ist, muß sich jeder mit ihr auseinandersetzen. Amato Lamberti ist Direktor des ,,Osservatorio sulla Camorra", des Institutes zur Beobachtung der Camorra in Neapel. Es gibt niemanden, dem gegenwärtig in der Beurteilung der Camorra eine größere Kompetenz zugestanden werden kann als Lamberti. Im Auftrag der PCI-PDS in Neapel faßte er in dem folgenden Artikel den gegenwärtigen Stand seiner Recherchen zusammen.

Seit Jahren konzentriert sich die Kriminalität in Neapel in den besonders heruntergekommenen Stadtteilen des historischen Zentrums und der neuen urbanen Peripherie. In den letzten Jahren hat sich, parallel zu den Vertreibungsprozessen des Subproletariats aus dem urbanen Zentrum die Kriminalität in wahren Getto-Quartieren, die südamerikanischen Favelas gleichen, konzentriert. Hier ist ein einigermaßen ziviles Leben kaum noch möglich. Die Daten sprechen für sich: Sowohl 1988 als auch 1989 sind Secondigliano, Montecalvario, Pendino, S. Lorenzo, Vicaria (Stadtteile an der nördlichen Peripherie Neapels, CWM) die Quartiere mit der höchsten Kriminalitätsdichte. In San Carlo all' Arena, Barra und Soccavo registriert man den höchsten Anstieg der Kriminalität im Jahre 1989. In der Provinz ist es die Küstenregion von Portici bis Castellammare di Stabia. Im Norden ist Casoria das zentrale Krisengebiet. In den meisten Fällen werden die Verbrechen von bereits vorbestraften Personen verübt. Besonders ausgeprägt ist auch die Zahl der Verbrechen, die bisher unbestrafte Personen ausgeübt haben. 1988 waren 64 Prozent aller verhafteten Personen bereits vorbestraft. 1989 stieg ihre Zahl noch einmal um 9,3 Prozent. Waren 1988 nur 27 Prozent der verhafteten Personen vorher nicht straffällig registriert gewesen, so stieg die Zahl jetzt auf 36,5 Prozent.

Für eine immer größere Zahl von Menschen im Großraum von Neapel, dies zeigen die Statistiken, ist kriminelles Handeln nichts außergewöhnliches mehr. Es ist ihnen zu einer Lebensgewohnheit geworden. Kriminell zu werden, scheint hier inzwischen einen großen Nimbus zu besitzen. So ist es auch zu erklären, daß die ,,organisierte Kriminalität" scheinbar keinerlei Nachwuchssorgen besitzt.

Auffallend ist auch, wie sehr sich die ,,Clans" oder ,,Familien" imıner weiter zersplittern. Nach einer kürzlich von Seiten der Carabinieri erstellten Untersuchung, existieren über einhundert Camorra-Gruppen, die um die Herrschaft in der Region in und um Neapel kämpfen. In den Jahren seit 1985 bis heute hat sich eine wirkliche *Pulverisierung* der ,,Familien". 1983, zur Zeit der großen Verhaftungswellen zählte man in Kampanien nicht mehr als ein Dutzend ,,Familien", eingeschlossen die *Nuova Camorra Organizzata* (NCO), die in Wirklichkeit eine Föderation mehrerer Familien war. 1987 gab es wenigstens 26 verschiedene, untereinander heftig verfeindete Clans, die sich aus den ,,historischen Familien" der Nuvoletta, der Bardellino, der Zaza heraus formiert haben. Nach dem Report der Mobilen Einsatzpolizei von Neapel ließen sich wenigstens 32 ,,Clans" identifizieren, die allein in der Provinz Neapel operierten. Hier findet heute ein bitterer Krieg um die Kontrolle des gesamten Territoriums statt. Diese Gemetzel haben aber auch einen stark symbolischen Charakter: sie machen öffentlich, wer jeweils das Territorium erobert hat und welcher bisher dominierende ,,Clan" verloren hat.

▶ Erpressungen ◀

Wo auch immer sich die organisierte Kriminalität einnistet, gehören *Erpressungen* zu ihren traditionellen Aktivitäten. Hier spielt weniger der ökonomische Gewinn eine Rolle, als die symbolische Macht der Legitimierung der Autorität des camorristischen Clans und seines Führers. Der Umsatz wird hier auf tausende von Milliarden Lire pro Jahr geschätzt.

Alle camorristischen Clans üben diese Erpressungen aus. Sie reichen von der bloßen verbalen Einschüchterung bis zur Gewalt, von der Forderung nach Zahlungen für die Angehörigen der inhaftierten Camorristi bis zur erpreßten Auftragsvergabe von Beleuchtungen bei verschiedenen Stadtfesten. Die Zahl der in diesen Erpressungsgeschäft involvierten Menschen wird auf über 10 000 geschätzt. Es sind die ,,Handlanger" der kriminellen Organisationen, die für alle Aktivitäten eingesetzt werden, die die Kontrolle der Region und der Geschäfte des ,,Clans" sichern.

Den Umfang der Geschäfte mit *Zigarettenschmuggel* kann man auf einige Tausende von Milliarden kalkulieren. Die Zahl der hier tätigen Menschen ist sehr hoch, sicherlich mehr als 25 000. Es handelt sich um Personen, die in der Mehrheit der Fälle nicht als Camorristi oder Anhänger der organisierten Kriminalität betrachtet werden können. Sie sind aber die informelle Basis für den sozialen Konsens der Camorra.

Es handelt sich hier um eine Aktivität, die sich, sei es in Bezug auf den Umsatz und den Verdienst, sei es in Bezug auf die Inve-

stitionen und der Beschäftigungen, immer mehr ausweitet. Die interessantesten Bereiche sind heute die Fabrikation gefälschter Kleidung (Unterhemden, Jeans, Krawatten, T-Shirts) von Lederwaren (Taschen, Schuhe, Kleinwaren), von Uhren, Cassetten und Videos. Nur für Kampanien wird der Umsatz auf 1 500 Milliarden im Jahr geschätzt gegenüber 5 000 Milliarden auf nationaler Ebene (nach Schätzungen der ICA, International Antercounterfeinting Coalition. Das ICA ist eine amerikanische Gesellschaft, die sich dem Kampf gegen falsche Produkte in der ganzen Welt widmet).

Immobilien und Bausektor

Auf diesem Gebiet ist die Camorra ganz besonders aktiv. Alle alten und neuen Clans haben auf diesem Sektor einen bemerkenswerten Einfluß gewonnen. Die Immobilien- und Bauwirtschaft ist *das* Betätigungsfeld der Camorra. Die Liste der Gesellschaften, bei denen der Besitz oder die Mehrheitsbeteiligung der Camorra feststeht, ist jetzt schon extrem lang. Hier sind wenigstens sechzig Immobiliengesellschaften der Camorra identifiziert worden. Fast alle diese Gesellschaften operieren über den Erwerb und den Verkauf der Immobilien hinaus im Bausektor, wo ihr Interesse besonders den großen Wohnkomplexen gilt. Die Camorra hat überall ihre Finger im Spiel, von der Grube, zur Fabrikation der Bausteine, bei den Erdarbeiten, der Betonfabrikation, der Produktion von Keramiken, den Hygiene-, Sanitär-, Türen-, Malerarbeiten, in den Konstruktionsbüros und den Immobilienfirmen.

Kommerzielle Dienstleistungen sind in der gesamten Gesellschaft ein expandierender Gewerbezweig, der natürlich auch von der Camorra umlagert wird. Das sichtbarste Beispiel ist die Gesellschaft ,,Agizza Spa'', ein bereits wegen mafioser Aktivitäten vorbestraftes Säuberungsunternehmen, das unter anderem, das unter anderem den Zuschlag bei der Vergabe der Reinigungsaufträge für das Gericht, die Präfektur und die Tabakmanufaktur in Neapel bekommen hat. Bis nach Bologna und Venedig weitet sich heute deren Aktivität aus. Aber die Präsenz von Reinigungsunternehmen der Camorra ist auch in großen Fabriken der Region nachweisbar. Zahlreich sind darüber hinaus die Dienstleistungsunternehmen unter der Kontrolle der Camorra, die die Schulen, Krankenhäuser, öffentlichen und privaten Einrichtungen beliefern. Die heutige Camorra beschränkt sich nicht mehr nur auf die Kontrolle der Gemüsemärkte, sondern hat ihre Präsenz auch auf die Industrie ausgeweitet, um auch bei der Distribution von Fleisch und Fischwaren mitzureden. Immer zahlreicher werden die Investitionen der Camorra im *Agrobusiness*, um damit die großen regionalen, nationalen und europäischen Märkten mitzukontrollieren. Auf diesem Sektor scheint der Clan der Nuvoletta der dynamischste in Kampanien und im südlichen Lazio zu sein. Ein ganz neuer Sektor camorristischer Aktivitäten ist die Blumenzucht, vor allem bei den Exportunternehmen und dem Verkauf im Einzelhandel.

Freizeitindustrie

Die Expansion des Drogenmarktes ist der organisierten Camorra auch durch starke Investitionen gerade dort gelungen, wo sich Jugendliche in ihrer Freizeit besonders häufig aufhalten: in den überall anzutreffenden Freizeitzentren mit ihren Flipper- und Video-Games-Spielhallen. Besonders bemerkenswerte Investitionen werden in den überdiemsionierten Diskotheken getätigt, in denen oft tausende von Jugendlichen unter Bedingungen anzutreffen sind, die für den Drogenvertrieb optimal sind. Diese Diskotheken werden praktisch immer von Vorbestraften geführt. Das ganze Hinterland von Neapel ist davon bereits übersät. Ein völlig neues Investitionsgebiet der Camorra sind auch die Freizeitparks. Kolossale Dimensionen hat das Engagement der Camorra im *Eurodisneyland*, das derzeit in Afragola errichtet wird. Es handelt sich um einen Freizeitpark des Typs von *Gardaland*, für das zehntausende von Tagelöhnern angeheuert und in dem demnächst mehr als tausend Menschen beschäftigt sein sollen.

Vor allem von Seiten der Führer der Camorra-Familien wurde seit jeher das Geschäft der *Autosalons* und der Vertretungen von Autofirmen als ihr ureigenstes Betätigungsfeld angesehen. Bis heute ist jedoch immer ein anderer Typ der Investition unterschätzt worden: die Autogaragen und Parkplätze in Kampanien, die zu einem hohen Prozentsatz von Vorbestraften und Verbrechern geführt werden, die fast immer mit kriminellen Organisationen in Verbindung stehen.

Im *Handelssektor* hat die Camorra immer schon ihr Kapital investiert. Für die kriminellen Handlanger der Camorra bedeutet die Eröffnung eines Geschäfts in gewisser Weise, den scheinbar seriösen in die Gesellschaft, mit der er seine Lebensweise auch öffentlich legitmieren kann. Die Möbelgeschäfte und vor allem die Supermärkte sind das neue Geschäft der organisierten Kriminalität. Es sind wahre Zentralen der Geldwäsche und Rückführung vor allem des Drogenhandels in legales Kapital. Gerade in diesem Sektor wären systematischer Untersuchungen notwendig, um die Geldbewegungen, den An- und Verkauf von Lizenzen zu ermitteln.

Seit 1970 kann man die organisierte Kriminalität in Neapel nicht von der Droge trennen. Zusammen mit dem Baugewerbe hat die Droge in den letzten Jahren das Erstarken, die Reorganisation und den Wiederaufbau von Mafia, der N'drangetha (Bezeichnung für die organisierte Kriminalität in Kalabrien, d.Ü.) und der Camorra bewirkt. Durch illegale Bauten und Schutzgelder hat sich die Camorra ungefähr 20 000 Milliarden Lire angeeignet. Der Markt der Drogen beläuft sich, entsprechend einigen Studien auf 11 000 Milliarden, entsprechend anderen Studien hingegen wenigstens auf 40 Milliarden pro Jahr. Es handelt sich immer um ungefähre Daten, da genaue Daten über die Verteilung des Drogenkonsums nicht vorhanden sind. Wenigstens sechzig Gruppen oder ,,Clans'', die fast immer in ,,Kartelle'' zusammengefaßt sind, arbeiten auf diesem Sektor. Die Mitglieder der ,,Clans'' erledigten sehr differenzierte Aufgaben auf dem regionalen, dem nationalen und dem internationalen Sektor des Drogenhandels. Über die logistischen Basen hinaus, die in ganz Kampanien angesiedelt sind, sind sie auch im Zentrum und Norden Italiens aktiv — in Rom, Mailand, Turin und in der Toscana. Im Ausland hat die Camorra ihr operatives Verteilerzentrum vermutlich in Spanien. Camorra-Connectios finden sich aber auch bis nach Santo Domingo, Peru und den USA. In Kampanien kontrolliert die Camorra direkt oder indirekt den gesamten Verkauf von Heroin, Kokain und Marihuana. Die Zahl der auf diesem Sektor ,,Beschäftigten'' beträgt ungefähr 25 000. Die Camorra benutzt hier zum Teil auch die Abhängigen. In den Verteilerringen sind sowohl Alte als auch überwiegend ganz Junge.

Die wachsende Bedeutung der Droge zur Stärkung der organisierten Kriminalität basiert auf folgenden Gründen:

1. Die Droge verschafft den kriminellen Organisationen einen Organisationen einen imposanten Tagesprofit von durchschnittlich hunterten von Milliarden Lire. Das ist alles liquides, von zentausenden von Händen eingesammeltes Geld, das sofort zu weiteren ökonomischen Operationen genutzt werden kann.

2. Die Camorra und die anderen kriminellen Organisationen eröffnen eigene Bankfilialen für die Sammlung und Verwaltung des Geldes. Man kann davon ausgehen, daß in ganz Italien mehr als 10 000 offene Filialen der ,,Narco Bank'' von Mafia, Camorra und N'drangehta mit einer täglichen Einnahme von 150 - 200 Milliarden Lire existieren. Ein großer Teil dieses Geldes wird sofort wieder in weitere Geschäfte investiert. Ohne erfahrene Manager und Börsenbroker kann diese Ökonomie der Kriminalität nicht aufrechterhalten werden. Mit ihren Erfahrungen werden die Gelder aus legalen Unternehmungen vermischt mit den Einnahmen aus dem illegalen Drogen- und Baumarkt. So ist es nicht mehr möglich, Unterschiede nach den Herkunftsquellen des Geldes zu machen.

Die zwei Flüsse aus der legalen und der illegalen Ökonomie fließen zusammen und damit wird jede Kontrolle unmöglich. ■

Der Text wurde dem von der Unione Regionale ,,PDS'' della Campania herausgegebenen ,,Rapporto 1990 sulla Camorra'' entnommen und von Carl Wilhelm Macke ins Deutsche übersetzt.

Eine Fundgrube von Erfahrungen

„Die DDR hatte keine Revolution, sondern einen Kollaps der bestehenden Ordnung. Ich würde hinzufügen: dann aber folgte eine Invasion, eine Konterrevolution von außen.“ Diese Worte stammen von Peter Marcuse, Sohn Herbert Marcuses, in den USA lebender Professor für Stadtplanung. Nachzulesen in dessen Buch „A German Way of Revolution“, so der, in Anbetracht des Eingangszitates, etwas widersprüchlich anmutende Titel.

Nicht schon wieder, möchte man/frau meinen. Die Flut variierender Schilderungen der sattsam bekannten Geschehnisse im ehemals „anderen Deutschland“ scheint immer noch anzuschwellen. Das vorliegende Buch ist jedoch eine empfehlens- und lesenswerte Ausnahme von eben angedeuteter Regel.

Aus der Sicht eines Amerikaners und, ob des Fehlens der deutschdeutschen Binnenperspektive, entsprechend ohne BRD-Überheblichkeiten und Wessi-Borniertheit, beschreibt Peter Marcuse die Ereignisse in der DDR zwischen dem 15. August 1989 und dem 21. Juli 1990.

Begleitet von seiner Frau Frances näherte sich Marcuse dem DDR-Alltag als teilnehmender Beobachter, im Rahmen eines Arbeits- und Studienaufenthaltes, zuerst in Weimar, später, unterbrochen von einigen Kurzreisen ins europäische Ausland, in Ost-Berlin. Er beschreibt die Ereignisse abseits des großen Spektakels; nicht „Mauerklopfen“ und „Bananenkaufen“ stehen im Mittelpunkt seiner Beobachtungen, sondern die Begegnungen und Gespräche mit den „Betroffenen“, sowie deren und seine eigenen Erfahrungen im bröckelnden, real-existierenden Sozialismus. Das hierbei für Marcuse die Stadtplanung der DDR einen besonders wichtigen Indikator darstellte, eröffnet dem/der LeserIn interessante Einblicke auf gesellschaftliche Entwicklung in der DDR aus ungewohnter Perspektive.

„... wir wollten an Ort und Stelle erleben, was gut (wenn überhaupt etwas) und was schlecht (wir nahmen an, viel) ist in der DDR, wie sie damals war. Die Niederschrift all dessen und meine Arbeit am hiesigen Wohnungs- und Planungswesen ist ein Versuch in dieser Richtung.

Eine wohltuende distanzierte, sehr authentische Schilderung des Lebens in der DDR und der vergangenen Entwicklung, aber dennoch engagiert wider den zeitgeistigen Abgesang auf „den“ Sozialismus. Ein, so finde ich, gelungener Versuch!

THOMAS KUNZ

Peter Marcuse
„A German Way of Revolution“
Dietz Verlag Berlin, DM 14,80

Auswechselbank der Moderne?

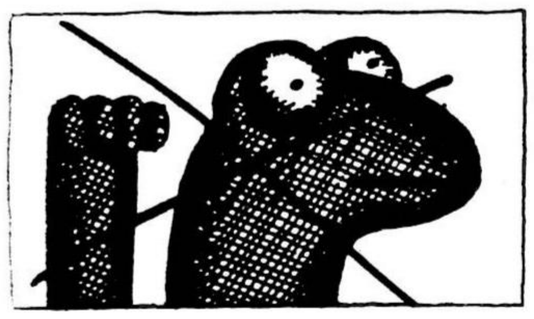
Die schwarzen Schriftsteller des Bürgertums, wie de Sade und Nietzsche haben die Dialektik der Aufklärung bis zu jenem Punkt getrieben, an dem Entzauberung in Enttabuisierung aller menschlichen Beziehungen umschlägt. Unter dem Diktat der Selbsterhaltung und ihrem Organon, der instrumentellen Vernunft, verkehren sich die Relikte des Heiligen, Achtung und Anerkennung, in die profane Kultur einer gegenseitigen Mittel-zum-Zweck Beziehung. Die Euphorie über die Freiheit, die die Fesseln der Tradition gesprengt und die Angst vor der Natur in ihre Beherrschung verwandelt hat, ist der Furcht vor der Freiheit gewichen, die den bloßen Willen ohne Bestimmung zurückläßt: der Nihilismus.

Die Konsequenzen dieser Entwicklung der Moderne bilden seit 150 Jahren das Thema zahlloser Dispute und Analysen. Diesen ist nun ein schmales Bändchen des polnischen, 1968 exilierten Philosophen, Leszek Kolakowski zugesellt worden. Der provozierende Titel „Die Moderne auf der Anklagebank“, der dem gleichnamigen Titelaufsatz entnommen wurde, erschöpft sich in dem, was vorab angekündigt war: in einer „halbphilosophischen Predigt“. Die „halbphilosophischen“ Begriffsbestimmungen dienen Kolakowski, der hier nur im Ansatz zu den grundlegenden sozialphilosophischen Prämissen vordringt, nur dazu, seine „Predigt“ vorzubereiten.

Der Schrecken über die Kehrseite der „Entzauberung“, die weder Rückkehr zur Tradition der Antimodernen, noch blindes Vertrauen in die Moderne, zuläßt, wird bei ihm zum Schrecken über „das Verschwinden des Tabus“. Die Irrationalität der Achtung und Befolgung offensichtlich „törichter Tabus“, ohne die menschliche Gemeinschaft nicht möglich sei, zwingt Kolakowski in die aporetische Lage, etwas anzuerkennen zu müssen, daß der Rationalität nichts entgegenzusetzen hat. Wenn die modernen Gesellschaftssysteme überleben wollen, werden sie gezwungen sein „wider (ihren) Willen einige jener ‚irrationalen‘ Werte wiedereinzusetzen“. Umkehrschluß: die moderne Gesellschaft beweist damit, daß vollkommene Rationalität nicht zu haben sei. So macht man aus der Not eine Tugend: Hilfe versprechen „Akte des lebendigen Glaubens“, die die Teilnahme am Heiligen in einer endlos profanisierten Welt retten. Zum Glück läßt Kolakowski seinen empiristisch geprägten Skeptizismus nicht in Fundamentalismus umschlagen, so daß einige Passagen der Aufsätze — etwa über Kulturrelativismus — Anregendes, wenn auch nicht viel Neues bieten. Trotzdem gewinnt man gelegentlich den Eindruck, nicht auf der Anklagebank der Moderne, sondern auf der Auswechselbank zu sitzen.

JOACHIM VOLKE

Leszek Kolakowski
„Die Moderne auf der Anklagebank.“
Manesse Verlag Zürich, 1991



Osteuropa

Der Zerfall Osteuropas wird nach dem Putschversuch in der Sowjetunion und dem de-facto Bürgerkrieg in Jugoslawien fast ausschließlich von der Perspektive der Macht bzw. des Machtverlusts her gesehen. Timothy Garton Ash untersucht in seiner ausgezeichneten Veröffentlichung die Entstehung der „neuen regierenden Eliten“ in den osteuropäischen Ländern. Im Zentrum seiner Arbeit stehen die Oppositionsgruppen in den „ehemals“ sozialistischen Staaten und ihre Institutionalisierung in den jetzigen Machtzentren. Unbedingt zu empfehlen.

P.E.J.

Timothy Garton Ash
„Aus den Zentren Mitteleuropas 1980 - 1990.“
Hanser Verlag 1990, 475 Seiten, DM 48,—

Zwangsarbeiter

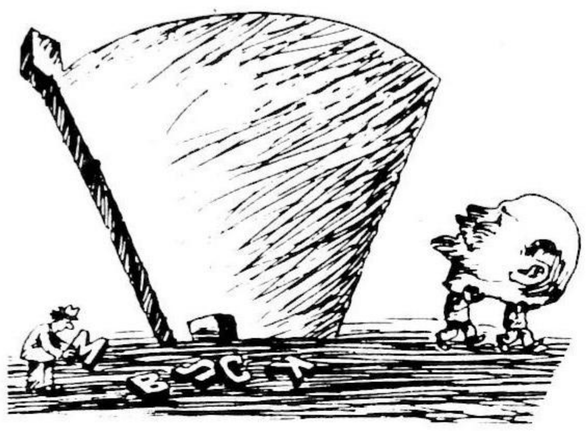
Zwischen 1938 und 1945 wurden mehr als 10 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene in das nationalsozialistische Deutschland gebracht, um dort zur Arbeit eingesetzt zu werden; die meisten von ihnen zwangsweise und unter elenden Bedingungen. Hinzu kamen noch zehntausende von KZ-Häftlingen, deren Überlebenschancen sich oft auf wenige Monate reduzierten. Der „Reichseinsatz“ erfaßte Arbeitskräfte aus insgesamt mehr als 20 Ländern und wurde bald zum Schreckensbegriff in ganz Europa. 1944 war ein Drittel aller Arbeitsplätze in Deutschland von ausländischen Zivilarbeitern, KZ-Häftlingen oder Kriegsgefangenen besetzt.

In diesem Band wird die Geschichte dieses größten Falls der zwangsweisen Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften seit dem Ende der Sklaverei im 19. Jahrhundert erstmals in europäischer Perspektive untersucht. Autoren aus 10 Ländern untersuchen die Ausgangsbedingungen in den verschiedenen davon betroffenen Ländern, die Vorgehensweise der Deutschen und die Haltung der einheimischen Behörden sowie die Lage der nach Deutschland verschickten Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken und Lagern des Reiches.

Dabei stellt sich heraus, wie unterschiedlich diese Entwicklung in den einzelnen Ländern vor sich ging und wie differenziert die Lebensbedingungen der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten in Deutschland waren. Die Skala reichte hier von Formen der traditionellen Arbeitermigration, wie es sie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gab, bis zur „Vernichtung durch Arbeit“ in den Lagern und unterirdischen Produktionsanlagen für KZ-Häftlinge.

Es wird aber auch deutlich, daß die Erfahrungen oft jahrelanger Zwangsarbeit in Deutschland bei den davon Betroffenen tiefgreifende Spuren hinterlassen hat, die nach wie vor als Hypothek auf der gemeinsamen Gegenwart und Zukunft in Europa lasten.

Ulrich Herbert (Hg.)
„Europa und der *Reichseinsatz*“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945
Klartext Verlag 1991, 432 Seiten, DM 44,—



BürgerInnen in Bewegung

Zu ,,Bürger- und Menschenrechtspolitik in der Bundesrepublik, eine Zwischenbilanz und eine Ausblick'' veranstaltet das Bildungswerk der Humanistischen Union im November eine Tagung in Soest/Westfalen (im Landesinstitut für Schule und Weiterbildung).

1991 ist es dreißig Jahre her, daß die Humanistische Union gegründet wurde — kein Anlaß zu Jubelfeiern, aber doch Grund genug, Zwischenbilanz zu ziehen. Die Konjunktur war für Bürgerrechtspolitik nicht immer die beste, gegenüber sozialen Bewegungen wurde das Insistieren auf Rechtsstandpunkten oftmals als nachrangig erachtet. Aber die Ökologiebewegung und die Frauenbewegung haben viele neue wichtige Impulse für Bürger- und Menschenrechtsinitiativen hervorgebracht und der endgültige Zusammenbruch der osteuropäischen Systeme scheint auch neue Chancen zu eröffnen.

Zu Vorträgen, Diskussionsbeiträgen und Foren — u.a. über Zukunftsaussichten bügerInnenrechtlicher Politik, neue Formen politischer Teilnahme, feministische Fragen an Demokratie und Recht, das Verhältnis von demokratischer und ,,sozialer Frage'', die BRD als Einwanderungsland, Quotierung und Frauenpolitik, gläserne ArbeitnehmerInnen, Europäisierung der Polizei — haben wir eingeladen: Claus Leggewie, Günter Frankenberg, Andrea Maihofer, U.K. Preuß, Heiner Busch, Alfred Roos, Wolfgang Templin, Wolfgang Hien, Rosemarie Will, Antje Vollmer u.a.

TeilnehmerInnengebühr: 70,— bzw. 40,— DM (für Unterkunft und Verpflegung im Tagungshaus). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.
Termin: 22. - 24. November 1991
Weitere Informationen und Anmeldung: Bildungswerk der HU, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen 1, Tel: 0201/227982.

(Schreckliche) neue Welt — Was nun?

Diskussion mit Udo Knapp & Alexander Gauland (angefragt) anläßlich ihrer soeben erschienenen Bücher ,,Wagnis'' und ,,Was ist Konservatismus?''.
Termin: 26. September 1991
Ort: Pferdestall, Ulmenstr. 20, 6000 Frankfurt Westend
Veranstalter: AG Zukunft

Einladung zur ordentlichen Mitgliedertagung des SB am 28.9.91

Liebe SB-Mitglieder, liebe Fördererinnen und Förderer, liebe Freundinnen und Freunde,

es ist eine Binsenwahrheit, daß es in diesen garstigen Zeiten nicht gerade einfach ist, drei linke politische Zeitungen herauszubringen. Der Wind bläst uns von allen Seiten ins Gesicht: politisches Desinteresse bei Leserinnen und Lesern, resignative Reaktionen bei Redakteurinnen und Redakteuren, Frust bei Sektretärinnen und Sekretären im Offenbacher Büro, Auflagenschwund, Beitragsschwund, Spendenschwund. Angesichts dieser und anderer Widrigkeiten haben wir das Büro von einem qualifizierten Beratungsteam betriebswirtschaftlich auf seine Zukunftschancen hin gründlich analysieren und durchleuchten lassen. Das Ergebnis dieser Analyse und der politische Wille in den drei Redaktionen von „Widersprüchen", „express" und „links" decken sich darin, daß es betriebswirtschaftlich und politisch ebenso unnötig wie falsch wäre, die Herausgabe der Zeitungen — also die verbliebenen Hauptaktivitäten unter dem Dach und mit der Förderung des SB — einzustellen. Andererseits warnen die Berater vor dem Weitermachen wie bisher: kurzfristig ginge das, aber schon mittelfristig würde die finanzielle Ausstattung nicht mehr ausreichen. Auch in den zum Teil verjüngten Redaktionen herrscht die Stimmung vor, daß eine gemeinsame Anstrengung nötig ist, um die Motivation dafür zu steigern, die politische Aufklärungsarbeit trotz ungünstiger und schwieriger Umstände fortzusetzen. Selbstverständlich sind es auch zahlreiche Rückmeldungen von Leserinnen und Lesern, die die Redaktionen darin bestärken, nicht aufzugeben. Die drei Redaktionen und der Arbeitsausschuß laden deshalb zur ordentlichen Mitgliedertagung am

Samstag, 28.9.1991, 11 Uhr (ab 10 Uhr Frühstücksbuffet),
Evang. Studentengemeinde (ESG), Lessingstr. 2, 6-Frankfurt/M 1

ein. Auf dieser Tagung werden die Redaktionen ihre Konzepte vorlegen und gemeinsam mit den Mitgliedern darüber diskutieren, welche politischen Schwerpunkte die drei Zeitungen verfolgen sollen, warum die Herausgabe der Zeitungen politisch sinnvoll ist, wie die Auflagen erhöht und wie die finanzielle Basis der Projekte mittelfristig verbessert werden können. Schließlich wird auf der Tagung der neue Arbeitsauschuß gewählt werden, den sich die drei Redaktionen als arbeitsfähiges, die Finanzen kontrollierendes, die publizistischen Aktivitäten koordinierendes und planendes Gremium vorstellen und für das sich Bewerber bitte im Büro melden mögen.

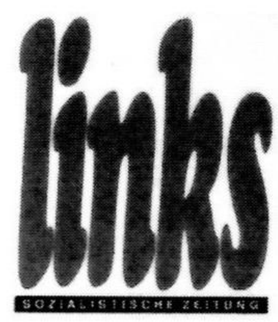
Mit den besten Grüßen

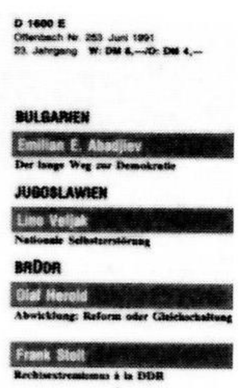
Sozialistisches Büro, Arbeitsausschuß und Büro
i.A. Ludi Lodovico, Anke Hassel

ANMELDUNG zur Mitgliedertagung 28.9.91 (bitte bis 22.9. zurück an Sozialistisches Büro, Postfach 10 20 62, 605 Offenbach);
ich ○ nehme an der Mitgliedertagung teil;
○ benötige einen Schlafplatz;
○ werde ab 10 Uhr am Frühstücksbuffet teilnehmen;
○ biete Mitfahrgelegenheit.

NAME:
Vorname:
Straße:
Wohnort:
Tel.:

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch





Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Golfkrieg und den Folgen, über das Flüchtlingselend der Kurden und die Problematik „Migration als Menschenrecht".
Kostenlose Probeexemplare senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Abo-Bestellschein

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bitte senden Sie die links ab der nächst erreichbaren Ausgabe an

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Das links-Jahresabonnement kostet W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl _____ Konto-Nr. _____

Name der Bank _____ Datum _____

Das Abo erhält:

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Datum und Unterschrift (Bestellunterschrift)

Datum und Unterschrift (Bestätigungsunterschrift)

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1991) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Stand: Oktober '90

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Bücherstube Dausien & Erb
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7